Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich 2,10 Mk. Vierteljährlich 6,30 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen 6,30 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Landboten 6,60 Mk. frei Haus. Einzelnummer 20 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 25 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Ostfreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 57 — Sonntag den 7. März 1920 — 46. Jahrg.

Revision des Versailler Friedens?

In letzter Zeit mehren sich die Anzeichen dafür, daß die Kreise innerhalb der Entente, die für eine Revision des Friedens von Versailles eintreten, an Einfluß gewinnen. Zwar kommen aus Frankreich nur wenig Meldungen über eine Sinnesänderung, die wenigen französischen Persönlichkeiten, die sich im Sinne einer Völkerversöhnung und -verständigung ausgesprochen haben, können immer noch nur als weiße Raben gelten. Anders liegen dagegen die Dinge in Italien und vor allem in England.

Die englische Politik während des Krieges hat gewiß von allen Mitteln der Verhetzung Gebrauch gemacht, um die Bevölkerung zu jenen Leistungen zu bringen, die zur Kriegführung unbedingt notwendig waren. Der Erfolg ist dieser Politik nicht versagt geblieben, die Bevölkerung des Inseleiches hat „durchgehalten". Sofort nach dem Abschluß des Waffenstillstandes organisierte dann Lloyd George Neuwahlen, mit dem Erfolg, daß durch die Hurrastimmung der alte Liberalismus und die Arbeiterpartei an die Wand gedrückt wurden. Allmählich scheint aber England nun aus dem Kriegswahnsinn zu erwachen. Hatte Lloyd George noch den Wählern die völlige Ausplünderung Deutschlands in Aussicht stellen können, das Deutschland, das man auspressen werde wie eine Zitrone, bis man die Kerne krachen hört, und dessen Kaiser man im Tower den Prozeß machen und aufhängen werde, so greift jetzt die Ernüchterung immer mehr Platz. Der Sieg ist zwar glänzend, hat aber doch für die Bevölkerung nicht die Folgen, die man erhofft hatte. Vor allem geht das Wettrüsten in einem alles bisherige weit übersteigenden Tempo zu Wasser und zu Lande weiter, es ist bis heute noch nicht gelungen, mit Rußland einen Frieden abzuschließen. Hinzu kommt die ungeheure Verschuldung Englands an Amerika und die Entwertung des englischen Geldes. Allgemeine Teuerung, Wohnungsnot und Verkehrselend sind auch dem britischen Reich keine fremden Begriffe geblieben, wenn auch natürlich England nicht im entferntesten etwa so an den Kriegsfolgen zu leiden hat, wie Deutschland. Alle diese Dinge tragen dazu bei, daß man sich in England von der chauvinistischen Hurrapolitik ab- und dem Liberalismus zuwendet. Der englische Liberalismus aber nimmt eine Stellung ein, die geeignet ist, die Kluft zwischen Siegern und Besiegten allmählich wenigstens zu überbrücken. Der englische Liberalismus hat auch eingesehen, daß die Erfüllung des Vertrages von Versailles ein Ding der Unmöglichkeit ist. Bei der Eröffnung des englischen Parlaments am 10. Februar schloß sich der Führer der englischen Liberalen, Maclean, der sehr herben Kritik, die die Arbeiterpartei am Versailler Vertrage übte, an und brachte einen Antrag ein, in dem es u. a. heißt: „Das Unterhaus macht die Krone darauf aufmerksam, daß die Minister Ihrer Majestät noch nicht eingesehen haben, daß die Erfüllung der Friedensbedingungen für unsere ehemaligen Feinde unmöglich sei." Den sichtbarsten Ausdruck für das Erstarken des englischen Liberalismus bildet die kürzlich vollzogene Wiederwahl von Asquith in das Parlament. In diesem Wahlkampf hat die Regierungskoalition kaum eine Beteiligung versucht, so daß er sich im wesentlichen zwischen Asquith und der Arbeiterpartei abspielte. Asquith hat aus seinem Standpunkt keinen Hehl gemacht und betont, daß die Ostgrenzen der mitteleuropäischen Staaten nur provisorischen Charakter hätten. Er hat auch richtig erkannt, daß die aus der österreich-ungarischen Monarchie hervorgegangenen neuen als nicht wirtschaftlich betrachtet werden können, und er hat darauf hingewiesen, daß man von Deutschland nicht eine zu große Summe verlangen dürfe, und daß es nötig sei, diese Summe sofort bekannt zu geben.

In den englischen Regierungskreisen rechnet man wohl mit dieser Änderung der Stimmung und alle Nachrichten lassen erkennen, daß wir tatsächlich mit einer Schwankung in der englischen Politik zu rechnen haben. Der neuernannte englische Botschafter in Washington, Sir Auckland Geedes, erklärte beispielsweise einem Korrespondenten gegenüber, England werde bei der Friedenskonferenz die absolute Notwendigkeit betonen, Deutschland zu helfen, sich wieder empor zu arbeiten. Andere Nachrichten gehen noch weiter und das Pariser Blatt „La Presse" glaubte sogar, einen Beschluß des Obersten Rates mitteilen zu können, der sich für eine Hilfe für Deutschland ausspricht. Man wolle Deutschland die Mittel in die Hand geben, seine Industrien wieder aufzubauen und das französische Blatt fügt hinzu, daß dieser Beschluß eine vollständige Revision des Friedensvertrages bedeute. Auch der „Evening Standart" spricht von einem Beschluß, nach dem Deutschland mehr Rohstoffe erhalten müsse. Alle Blätter sind sich darüber einig, daß den Wirtschaftsberatungen des Obersten Rates die größte Bedeutung zukomme, das gehe schon daraus hervor, daß die Premierminister der beteiligten Staaten in diesem Wirtschaftsrat säßen, während die Erledigung der politischen Fragen den Botschaftern vorbehalten bleibe. Diese Beratungen des Obersten Rates finden in London statt und es ist durchaus wahrscheinlich, daß sich der englische Standpunkt gegenüber dem französischen durchsetzen wird. Die Vertreter Frankreichs nämlich widersetzen sich diesem englischen Standpunkt und die französischen Forderungen laufen weiter darauf hinaus, daß Deutschland restlos die Bestimmungen des Versailler Vertrages durchführen müsse.

Der englische Standpunkt muß schon deshalb den Sieg davontragen, weil, darüber kann ja gar kein Zweifel bestehen, der Vertrag von Versailles für Deutschland einfach undurchführbar ist. Trotzdem erscheint es gut, vor großen Hoffnungen auf eine baldige und weitgehende Revision des Friedens zu warnen. Vor allem ist es gefährlich, anzunehmen, daß eine solche Revision des Friedensvertrages nur um der schönen deutschen Augen wegen erfolgen werde. England weiß natürlich sehr genau, was es tut, wenn es für eine Abänderung der unmöglichen Friedensbestimmungen eintritt. Sehr klar kommt das zum Ausdruck in einem Londoner Telegramm des „Petit Journal", in dem berichtet wird, die englische Politik stelle sich seit einiger Zeit auf den Standpunkt, man müsse aus Rußland alles herausholen, was an Nahrungsmitteln und Rohstoffen herausgeholt werden könne, und man müsse aus Deutschland die große Fabrik machen, in der diese Rohstoffe verarbeitet würden.

Die britische Politik hat sich noch niemals durch Selbstlosigkeit ausgezeichnet, wie dem dieser Begriff im politischen Leben ja überhaupt wohl unbekannt ist. England hat während des Krieges sehr zielbewußt und klar seine Politik darauf gerichtet, den gefährlichen Rivalen auf dem Kontinent zu erdrücken. Es wird mit allen Kräften dahin streben, ein Emporkommen dieses Rivalen zu verhindern. Nur die Einsicht, daß es ihm allein unmöglich ist, den Kampf gegen den neuen Konkurrenten Amerika durchzufechten, und die Einsicht, daß Europa nicht gesunden könne, so lange der Kern, Deutschland, krank ist, kann England veranlassen, für eine Revision des Friedens von Versailles, dessen Undurchführbarkeit für jeden Einsichtigen klar auf der Hand liegt, einzutreten. Europa wird gemeinsam leben oder sterben. Ein gesundes Europa aber ist nur denkbar mit einem gesunden Deutschland.

W. A.

Nach dem Frieden.

Die Absichten des Obersten Rates mit Deutschland.

Aus Paris wird gemeldet: Der italienische Ministerpräsident Nitti, der sich auf der Durchreise von London nach Rom drei Stunden in Paris aufhielt, empfing einen Mitarbeiter des „Matin" und gab ihm folgende Erklärungen: Wir sprachen in London von Deutschland und über die Notwendigkeit, dessen Industrie zu neuem Leben zu erwecken. Wir waren uns darüber einig, daß ein Land, das nicht die nötigen Rohstoffe hat und nicht kaufen kann, nicht in der Lage ist, zu produzieren und infolgedessen das nicht bezahlen kann, was es schuldig ist. Wenn wir deshalb beschlossen haben, Deutschland zu Hilfe zu kommen, so geschieht es im wirtschaftlichen Interesse Europas und es geschieht auch deshalb, damit Deutschland in der Lage sei, Frankreich jene Entschädigungen zu zahlen, auf die dieses berechtigten Anspruch hat. Wir haben eine Anleihe Deutschlands bei den neutralen Staaten in Aussicht genommen. Den Zeichnern dieser Anleihe werden die nötigen Sicherheiten durch die Wiedergutmachungskommission gewährt werden. Wir haben alle Mittel in Betracht gezogen, um das wirtschaftliche Leben Europas wieder in Gang zu setzen. Zu einer Beunruhigung Frankreichs ist kein Anlaß vorhanden.

Über das Maß der Deutschland zugedachten Hilfe und ihrer Verwendung gibt der Mailänder „Corriere della Sera" folgendes berichten zu können:

Lugano, 6. März. Nach dem Sonderkorrespondenten des „Corriere della Sera" hat der Oberste Rat beschlossen, der deutschen Regierung zu erlauben, eine internationale Anleihe von 30 bis 40 Milliarden Mark in den neutralen und ehemals feindlichen Ländern aufzunehmen. Von diesem Betrage kann Deutschland 12 Milliarden Mark für den Ankauf von Nahrungsmitteln und Rohstoffen verwenden, um sich in den Stand zu setzen, den vollen Betrieb seiner Produktion wieder zu erreichen. Der Rest der Summe soll angeblich zugunsten der Alliierten für die Entschädigung verwendet werden, doch scheint das noch nicht festzustehen. In den Kreisen der Friedenskonferenz hofft man, daß diese internationale Anleihe in den mit Deutschland in Handelsbeziehungen stehenden neutralen Staaten eine gute Aufnahme finden wird und auch den zahlreichen Deutschen in Amerika willkommen ist, die zum wirtschaftlichen Wiederaufbau ihres Vaterlandes beitragen wollen.

Frankreichs Furcht vor Deutschland.

Aus Paris wird gemeldet: Die Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten und für Heeresangelegenheiten in der französischen Kammer hielten am Donnerstag eine gemeinsame Sitzung ab, wobei Ministerpräsident Millerand ein ausführliches Exposé über die auswärtige Lage hielt. Der offizielle Bericht über diese Sitzung ist sehr knapp gehalten und es hat den Anschein, als ob Millerand nur mit äußerster Vorsicht alle jene Punkte berührte, die gegenwärtig den Komplex der internationalen Situation bilden. Über Kleinasien sagte er, daß die Lage dort äußerst delikat sei. Die aus englischen und amerikanischen Quellen stammenden Nachrichten über die Haltung der einheimischen Bevölkerung gegenüber den französischen Truppen sei mit großer Vorsicht aufzunehmen, aber in Kleinasien müsse tatsächlich mit größter Klugheit vorgegangen werden.

Was Deutschland anbelangt, so erklärte Millerand, daß der Verkehr zwischen den Ententekommissionen in Deutschland und den deutschen Behörden sich in durchaus korrekten Formen abspiele. Schwierigkeiten mache Deutschland bezüglich der Auslieferung des Kriegsmaterials, wobei den alliierten Kommissionen immer versichert werde, Kriegsmaterial, dessen Auslieferung verlangt würde, sei bereits zerstört worden. Millerand zweifelt nicht daran, daß dieses Kriegsmaterial irgendwo sorgfältig verborgen gehalten werde. Die Garantien Frankreichs gegenüber Deutschland, falls dieses die Ausführung von Bestimmungen des Versailler Friedens ablehne, liegen nach Mitteilung Millerands noch immer in der verlängerten Besetzung des linken Rheinufers. Auch wirtschaftliche Repressalien können in Anwendung kommen, ohne daß Deutschland dies als feindliche Absicht betrachten könne. Heute über acht Tage wird in der Kammer selbst die auswärtige Lage noch einmal besprochen werden.

Der aus Rußland und Polen zurückgekehrte General Massenet erklärte ferner vor dem Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten, die Parteien in Rußland seien deutschfreundlich. Wenn man den Weltfrieden sicherstellen wolle, müsse man Deutschland von Rußland durch Preußen zustande mit dem Ausgang zum Meere trennen. Die Unabhängigkeit und die Wiederherstellung der Ukraine scheine ihm besonders wertvoll. Dort könne man Getreide, Kupfer, Wolle und Vieh finden.

Holland lehnt auch die neue Auslieferungsforderung ab.

Nach einer Meldung des Haager Kort.-Büros heißt es in der Antwortnote der niederländischen Regierung auf die letzte Note der Alliierten bezüglich der Auslieferung des früheren deutschen Kaisers, die holländische Regierung habe erneut genau untersucht, was ihr im vorliegenden Falle ihre Pflicht vorschreibe. Sie werde jedoch zu keinem anderen Schlusse als dem kommen, den sie bereits in ihrer Note vom 21. Januar niedergelegt habe, und der ihr nicht gestatte, dem Verlangen der Mächte Folge zu leisten. Da es zu den höchsten Pflichten der Regierung gehöre, die auf allgemeinen Rechtsgrundsätzen beruhenden verfassungsmäßigen Gesetze des Reiches zu achten, darf sie nicht unterlassen, noch einmal deutlich darauf hinzuweisen, daß sie eine Tat begehen würde, die dem Reiche und der Gerechtigkeit widerspreche und mit der nationalen Ehre unvereinbar wäre, wenn sie unter dem Drängen der Mächte zulassen würde, die Gesetze zu verletzen und dem auf holländischem Gebiet befindlichen Flüchtling die Rechte nehmen würde, die diese Gesetze ihm zuerkennen. Wenn die Regierung die einmal gegebene Antwort aufrechterhalten muß, so ist sie sich dennoch vollauf der Pflicht bewußt, die ihr die Anwesenheit des ehemaligen Kaisers auf dem Gebiete des Reiches auferlegt, sowohl im Interesse des Landes selbst, als in dem der internationalen Sicherheit. Von Anfang an ist die Regierung Ihrer Majestät bestrebt gewesen, dem nachzukommen, was ihr ihre Pflicht vorschreibt, und wird es auch weiterhin tun. Sie weiß, daß sie in der Lage ist, ihre Souveränität auszuüben, um an Ort und Stelle genügend Vorsorgemaßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um die Freiheit des ehemaligen Kaisers den erforderlichen Beschränkungen zu unterwerfen. Sie vertraut darauf, daß diese Erklärungen, die den Beweis liefern, daß die Niederlande die Gefahr in Rechnung ziehen, die die Mächte fürchten, nicht verfehlen werden, ihre Besorgnis zu beseitigen.

Zum Wiederaufbau Europas.

Rotterdam, 5. März. (Priv.-Tel.) „Times" melden, daß das Manifest über die Teuerung und den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas, das der Oberste Rat aufgesetzt hat, augenblicklich der französischen Regierung zur Genehmigung vorliegt. Nitti schlägt vor, daß alle an Deutschland gestellten Forderungen der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschland untergeordnet werden sollen. Es wurde jedoch der französische Abänderungsantrag, daß der Wiederaufbau der verwüsteten französischen Gebiete mindestens das gleiche Interesse bei den Alliierten zu beanspruchen habe, schließlich angenommen.

Wie der Corriere della Sera meldet, hat der Oberste Rat der Alliierten dem Vorschlag des italienischen Ministerpräsidenten Nitti für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands zugestimmt. Deutschland erhält danach die Erlaubnis zur Aufnahme einer Anleihe in den alliierten und neutralen Ländern im Betrage von 30 bis 40 Milliarden. Von diesen bleiben 12 Milliarden vorbeschränkt für den Einkauf von Lebensmitteln und Rohstoffen.

Der Präsidentschaftskandidat der Rechtsparteien.

Berlin, 6. März. (T.-U.) Wie uns gemeldet wird, wird schon in nächster Zeit ein Aufruf von führenden Männern und Frauen der vaterländischen Kreise ergehen, der zur Wahl des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg zum Reichspräsidenten vorbereiten soll. Es besteht Grund zu der Annahme, daß der Feldmarschall die Wahl annehmen wird. (Es ist dies nur eine Wiederholung einer schon vor einiger Zeit von den Rechtsparteien in die Diskussion geworfenen Präsidentenagitation. Damit haben wir schon zwei Kandidaten: Dr. Damaschke und v. Hindenburg. D. R.)

Frankreich behält „Kriegsbeschuldigte".

Berlin, 6. März. (Priv.-Tel.) Die „B. P. N." berichten, daß Frankreich 900 Kriegsgefangene zurückbehalte, bis die gegen sie angestrengten Prozesse erledigt seien.

Protest gegen die französischen Verhaftungen.

Berlin, 6. März. (Priv.-Tel.) Gegen die Verhaftung von Persönlichkeiten im besetzten Gebiet durch die Entente wegen angeblicher Kriegsverbrechen waren vom Reichskommissar Vorstellungen bei der Rheinlandkommission erhoben worden. Wie jetzt verschiedenen Blättern aus Koblenz berichtet wird, ordnete die französische Regierung an, daß dem Befehl zur Verbringung der Verhafteten nach Frankreich keine Folge zu geben sei.

Die deutsche Kommission für Rußland.

Berlin, 6. März. (Priv.-Tel.) Wie nach verschiedenen Blättern verlautet, würde der Führer der deutschen Delegation, die nach Moskau geht, Generaldirektor der A. E. G. Walter Rathenau sein.

Immer wegen Kohlenmangel . . .

Cuxhaven, 6. März. (T.-U.) Die Einstellung der Zufuhren ist nunmehr erfolgt, da wegen Kohlenmangel die Cuxhavener Fischdampferflotte untätig im Hafen liegen bleiben muß.

Frankreich will die Türkei erobern.

Paris, 6. März. (T.-U.) Die Londoner Pall Mall Gazette erklärt, es werde eine militärische Expedition nach der Türkei unternommen, deren Hauptkosten Frankreich tragen wird. (In Frankreich dürfte es gehen wie anderwärts. Hochmut kommt vor dem Falle. D. R.)

Wer wird Verwalter von Konstantinopel?

Haag, 6. März. (Priv.-Tel.) „Nieuwe Courant" meldet aus London: Lloyd George habe im Unterhause mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten keineswegs sich endgültig geweigert hätten, ein Mandat für Konstantinopel anzunehmen, sondern sich nur vorläufig von den Besprechungen über die türkische Frage zurückgezogen hätten.

Paris, 6. März. (Havas.) Lord Robert Cecil erklärte einem Pariser Journalisten gegenüber, daß er dafür sei, Frankreich ein Verwaltungsmandat über Konstantinopel unter Kontrolle des Völkerbundes zu übertragen. Er äußerte sich auch dahin, daß es endlich an der Zeit wäre, daß man die von Deutschland zu zahlenden Summen festsetze.

Streik der norwegischen Hafenarbeiter.

Christiania, 6. März. (T.-U.) Gestern abend ist in den westnorwegischen Häfen ein Teilstreik der Hafenarbeiter ausgebrochen, der alle Schiffe und Schiffsladungen betrifft. Die Veranlassung dazu ist ein Streik der Hafenarbeiter im Hafen von Bergen, der jetzt durch den teilweisen Ausstand der übrigen Hafenarbeiter unterstützt werden soll.

Ein britisches Gibraltar in der Ostsee.

Stockholm, 6. März. (T.-U.) Dagens Tidningen schreibt, daß es kein Geheimnis mehr sei, daß England von den Ålandsinseln Besitz nehmen wolle, um dort ein britisches Gibraltar in der Ostsee zu errichten. Von diplomatischer Seite wird mit Bestimmtheit behauptet, daß alle Vorbereitungen dafür bereits getroffen seien, aus der Insel eine gewaltige Marinebasis zu machen. „Die Gefahr", so schreibt das Blatt, „kann nur mit Hilfe von Amerika von dem skandinavischen Reich abgewendet werden."

Rumänien nimmt den russischen Frieden an.

London, 6. März. (T.-U.) Die Times melden, daß der Ministerpräsident von Rumänien das Friedensangebot Sowjetrußlands angenommen habe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200307-18/fragment/page=0001

Mißbrauch der deutschen Kriegsgefangenen zur Schädigung der deutschen Interessen.

Münster, 6. März. Die Zustände im französischen Wiederaufbau verdienen, wie uns von hiesiger gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, die größte Aufmerksamkeit. Nach eingezogenen zuverlässigen Nachrichten müssen deutsche Kriegsgefangene dort die Breite der Granattrichter abschätzen, und nach diesen Schätzungen wird dann die Entschädigung für die Unternehmer der Einebnungsarbeiten berechnet. Die französischen Unternehmungen haben unter den deutschen Gefangenen ihre Agenten, die sich durch hohe Schmiergelder zu höheren Schätzungen zu veranlassen suchen. Daraus machen sich die Gefangenen, wie festgestellt ist, auch gar kein Gewissen, da sie in dem Glauben erhalten werden, daß Frankreich diese Arbeiten bezahlt, während sie in Wirklichkeit Deutschland um Millionen schädigen.

Mehr Lebensmittel für Deutschland.

Die Londoner Blätter veröffentlichen weitere Einzelheiten über die Beschlüsse des Obersten Rates zur Besserung der Wirtschaftslage. Zur Hebung der deutschen Leistungsfähigkeit sollen in wachsenden Mengen Lebensmittel nach Deutschland gesandt werden. Die Erholung der deutschen Industrie, die von entscheidender Bedeutung für die ganze Welt sei, müsse tunlichst beschleunigt werden. Zum Wiederaufbau der zerstörten belgischen und französischen Gebiete sollen die Alliierten beitragen.

Verbot der Erhebung von Valutazuschlägen.

Nach einer Entscheidung der französischen Militärbehörde wird den in der Besatzungszone ansässigen deutschen Kaufleuten untersagt, französischen Untertanen irgendwelche Valutazuschläge zu berechnen. Die deutschen Waren müssen vielmehr den Franzosen unter denselben Bedingungen und zu denselben Preisen wie den Deutschen verkauft werden bei einer Geldstrafe bis zu 10 000 ℳ oder einer Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten.

Kommunisten als Ententesöldlinge.

In Frankfurt a. M. ist man in großer Sorge wegen des Schicksals des bekannten ehemaligen Fremdenlegionärs Eugen Kirsch, dem es seinerzeit gelungen war, aus der Gewalt der französischen Henker in Nordafrika zu entkommen. Im Juli v. J. wurde Eugen Kirsch in Frankfurt von dem berüchtigten Kommunisten Stickelmann an die Franzosen verraten und ist, aller Wahrscheinlichkeit nach, von ihnen ermordet worden. Stickelmann war seinerzeit Führer der Frankfurter Matrosenabteilung. Seine schurkische Tat ist, wie man annimmt, von den Franzosen gut bezahlt worden. Kirsch wurde von Stickelmann gefesselt und in einem Auto an die Besetzungsgrenze gebracht, wo er französischen Offizieren übergeben wurde.

Kein „Made in Germany" mehr.

Die englische Regierung hat folgende vorläufige Verordnung erlassen: Aus dem Ausland eingeführte Waren, auf denen weder selbst, noch auf den Verpackungen oder Umschlägen Marken angebracht sind, brauchen fernerhin keinerlei Angaben mehr zu tragen, wie: „Made abroad", „Made in Japan" usw. Das heißt, daß künftighin Waren, die aus Deutschland eingeführt werden, nicht länger den Vermerk zu tragen brauchen: „Made in Germany".

Kündigung von Hüttenarbeitern im Saarrevier.

Saarbrücken, 5. März. Die Werkleitung der Brebacher Hütte hat sämtlichen Arbeitern mit Wirkung vom 4. März gekündigt mit der Begründung, daß bei dem am 3. März ausgebrochenen Streik die lebenswichtigen Betriebsmittel ohne weiteres verlassen worden seien und infolgedessen großer Schaden angerichtet worden sei. Es handelt sich um 3000 bis 4000 Arbeiter.

Die Lage im Reiche.

Das Reichstagswahlrecht.

Berlin, 6. März. Der Reichsminister Koch machte gestern den Vertretern der Presse Mitteilung über den Inhalt der Gesetzesvorlage betreffend das Reichstagswahlrecht. Es sei beabsichtigt, die Größe der Wahlkreise elastisch zu machen, in der Weise, daß drei bis sechs Wahlkreise zu einem Wahlverband zusammengefaßt würden, innerhalb dessen jede Partei zu bestimmen habe, wieweit sie diese Wahlbezirke zu einer einheitlichen Wahlliste zusammenfassen wolle. Die Wahlbezirke würden mit einigen Ausnahmen etwa den heutigen Wahlbezirksverbänden entsprechen. Bei der Bestimmung, daß auf 60 000 abgegebene Stimmen ein Abgeordneter komme, soll es verbleiben. Ferner soll es eine Reichsliste geben, die große Vorzüge habe, die es ermöglicht, die Wahl von Leuten vorzunehmen, die, ohne Fühlung mit einem bestimmten Wahlkreise zu haben, durch ihre hervorragenden Eigenschaften für die Wahl erwünscht seien. Von Einzelheiten sei noch hervorzuheben: Einführung von Wahlparteien statt Wählerlisten in den Städten, und Wahlpässen für die Berufe der Binnenschiffahrt, Handlungsreisende und Eisenbahnbeamte, und endlich das Wahlrecht für Auslandsdeutsche.

Erhöhung der Unfallrenten.

Die Empfänger von Unfallrenten, namentlich aus älteren Jahren, leiden stark unter der heutigen Teuerung und Geldentwertung. Die Berufsgenossenschaften haben anerkannt, daß die letzte Zulage in Höhe von 20 ℳ monatlich bei ²/₃ Erwerbsbeschränkung den heutigen Verhältnissen nicht mehr gerecht wird. Ihre Verbände haben daher der Regierung vorgeschlagen, künftig schon Rentnern mit einer Erwerbsbeschränkung von 50 Proz. aufwärts die Zulage zu gewähren, ebenso den Waisen und älteren Witwen der durch Unfall Getöteten. Bei Unfallrenten, die aus der Zeit vor 1900 stammen, wollen die Berufsgenossenschaften bei voller Erwerbsunfähigkeit mit den Zuschlägen bis 100 Prozent gehen.

Eine Hilfsaktion für die Presse.

Berlin, 6. März. Unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministers Schmidt fand im Reichswirtschaftsministerium eine Besprechung mit den Vertretern der Länder statt, welche sich mit Maßnahmen zu einer Verbilligung der Zeitungspapierpreise befaßte. Minister Schmidt wies auf die außerordentliche politische Bedeutung der Aktion hin, welche eine Katastrophe für die Presse abwenden solle. Es wurde beschlossen, daß die Länder in kürzester Frist der Reichsregierung eine Erklärung zugehen lassen sollen über ihre Beteiligung an einer Aktion zur Senkung der Preise durch Gewährung von Barzuwendungen und Bereitstellung von billigem Papierholz. Nach den Darlegungen des Reichswirtschaftsministers und des Unterstaatssekretärs Hirsch steht zu hoffen, daß die Länder sich zur Teilnahme an der zu treffenden Maßnahme bereit erklären werden.

Politische Übersicht.

Schweden.

Beitritt zum Völkerbund.

Kopenhagen, 5. März. Die erste Kammer des schwedischen Reichstages hat gestern nachmittag mit 86 gegen 47 Stimmen den Beitritt Schwedens zum Völkerbund beschlossen. Damit ist der Beitritt Schwedens zum Völkerbund endgültig entschieden.

Norwegen.

Für den Eintritt zum Völkerbund.

Kopenhagen, 5. März. In der gestrigen Sitzung des Storthing hat sich Norwegen mit 100 gegen 20 Stimmen für den Beitritt zum Völkerbund ausgesprochen.

Italien.

Geheimes Konsistorium beim Papst.

Rom, 5. März. Der Papst hat an die beteiligten Stellen Einladungen zu einem geheimen Konsistorium am 8. März ergehen lassen.

Die italienische Siegesanleihe.

Rom, 5. März. Der Schatzminister teilt mit, daß die Zeichnungen auf die Anleihe am 3. März 18 175 Millionen Lire betrugen.

Griechenland.

Griechenland ratifiziert den Frieden.

Athen, 5. März. Die Kammer hat in erster Lesung die Friedensverträge mit Deutschland, Österreich, und Bulgarien ratifiziert.

Rußland.

Kuropatkin und Brussilow bei den Bolschewisten.

Paris, 5. März. Nach einer Havasmeldung aus London erklärte man in offiziellen Kreisen, General Kuropatkin befinde sich an der Spitze der bolschewistischen Verwaltung von Turkestan, General Brussilow kommandiere die Armeen, die gegen die Antibolschewisten in Transkaukasien operieren.

Frankreich.

Neuer Bergarbeiterstreik.

Paris, 5. März. Nach einer Meldung aus Béthune ist in den Gruben von Marles ein Streik ausgebrochen. 13 000 Arbeiter sind in den Ausstand getreten.

Tschechei.

Plünderungen in Olmütz.

Prag, 5. März. Aus den nachträglichen Berichten der Blätter ist zu ersehen, daß die Plünderungen in Olmütz viel größer waren, als nach den gestrigen Meldungen anzunehmen war. Wie „Narodni Politica" berichtet, versagte die ausgerückte militärische Assistenz, da die Soldaten Gewehr bei Fuß standen und die Bajonette von ihren Gewehren nahmen.

Unterzeichnung der Verfassungsgesetze.

Prag, 5. März. Die Verfassungsgesetze wurden heute vormittag vom Präsidenten der Republik sanktioniert.

Merseburg und Umgegend.

6. März.

** **Botanische Wanderung durch Merseburg.** Jetzt blüht nun auch schon das große Schneeglöckchen, auch Frühlingsknotenblume — Leucojum vernum — genannt. In vielen Gärten kann man es beobachten. Es ist weniger zart als Galanthus und unterscheidet sich von ihm durch die grasgrünen Blätter und gleich großblättrigen Blüten. Ferner zeigt ebendaselbst das Leberblümchen, eine Anemonenart — Hepatica triloba — seine himmelblauen, in dichten Büscheln stehenden Blüten zwischen verwelkten, alten, dreilappigen Blättern. Die frischen Blätter treiben erst später. Selten in Gärten (Logengarten) sieht man den Seidelbast, Kellerhals — Daphne Mezereum — blühen. Der Vorgebirgsstrauch ist durchaus giftig. Seine aschgrauen Stengel treiben an ihren Spitzen Blattbüschel und tragen an den Seiten häufchenweis sitzend die rosafarbenen, stark duftenden kleinen Blüten. Die Korneliuskirsche — Cornus Mas — ist ein noch blattloser Baum oder Strauch und übersät mit doldenförmig stehenden, kleinen, gelben Blüten. Im Schloßgarten als Zaun vor der Schloßgärtnerwohnung, am Bergabhang vor der Kirchhofsmauer des Altenburger Friedhofs und auch sonst nicht selten kann man ihn sehen.

** **Bestandene Prüfung.** Am Oberlyzeum der Franckeschen Stiftungen in Halle fanden vom 24. bis 26. Februar die Lehramts- und Reifeprüfung statt, beide unter dem Vorsitz des Ober-Regierungsrates Dr. Waßner aus Magdeburg. Der ersteren unterzogen sich 29 Schülerinnen, von denen u. a. das Lehramtszeugnis zuerkannt wurde: Katharina Enke, Schkeuditz, Hedwig Kobbe, Merseburg, Gertrud Ledermann, Ammendorf, Margarete Löbus, Merseburg. Die Erstgenannte ist von der mündlichen Prüfung befreit gewesen.

** **Domgymnasium.** Unter dem Vorsitz des Direktors Professor Dr. Pilling fand am Freitag die diesjährige Reifeprüfung statt. Sämtliche neun Abiturienten bestanden dieselbe, und zwar wurden Deicke, Eicke und Prasse auf Grund ihrer Klassenleistungen und schriftlichen Arbeiten von der mündlichen Prüfung befreit. Die übrigen Hartmann, Heßler, Küstermann, Schenke, Seewald und Wiegand erhielten das Reifezeugnis nach Ablegung einer mündlichen Prüfung. Die Entlassung der Abiturienten soll am Donnerstag früh 10 Uhr in der Aula des Domgymnasiums stattfinden.

** **Provinziallandtag.** Wie schon mehrfach mitgeteilt, tritt morgen, Sonntag, der neugewählte Provinziallandtag zu einer Tagung zusammen. Der Tagung im Ständehaus geht ein Festgottesdienst um 10 Uhr im Dom voraus. Um 11 Uhr soll die Tagung im Ständehaus ihren Anfang nehmen. Die Sitzung ist öffentlich, doch wird dies ziemlich aufgehoben durch die Bestimmung, daß der Eintritt nur gegen Erlaubniskarten zulässig ist. Der zur Verfügung stehende Raum für Zuhörer ist derartig klein, daß bedauerlicherweise nur eine ganz beschränkte Anzahl Erlaubniskarten ausgestellt werden kann. Die Verhandlungen des Provinziallandtages begegnen jetzt natürlich einer ganz anderen Aufmerksamkeit in der Gesamtbevölkerung wie bisher.

** **Kreisschulaufsicht.** Auf Anregung des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wurden die Seminardirektoren des Bezirks, denen eine nebenamtliche Kreisschulinspektion übertragen war, mit Ende dieses Monats von ihrem Nebenamte entbunden und die betreffenden Schulen an andere Schulaufsichtsbezirke überwiesen. So sind die Orte der Kreisschulaufsichtsbezirke Delitzsch II und Eilenburg dem Kreisschulaufsichtsbezirk Delitzsch I, Eisleben II dem Kreisschulaufsichtsbezirk Eisleben I, Elsterwerda dem Kreisschulaufsichtsbezirke Liebenwerda, Merseburg II dem Kreisschulaufsichtsbezirke Merseburg I, Naumburg II dem Kreisschulaufsichtsbezirke Naumburg I, und Weißenfels II dem Kreisschulaufsichtsbezirke Weißenfels I zugewiesen worden.

** **Stadtverordnetenversammlung.** Am kommenden Montag wird im Sitzungssaale des alten Rathauses eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung abgehalten. Eine umfangreiche und wichtige Tagesordnung liegt dieser Sitzung vor, die um 6 Uhr nachmittags beginnt.

** **Elternbeiräte.** Die Regierung macht in der neuesten Nummer des Amtlichen Schulblattes zur Behebung etwaiger Zweifel darauf aufmerksam, daß den Vormündern kein Wahlrecht zum Elternbeirat zusteht.

** **Frühjahrsmarkt.** Auf dem Marktplatz ist man seit heute vormittag bei den Vorbereitungen zum Aufbau einer kleinen Budenstadt zum bevorstehenden Frühjahrsjahrmarkt. Der Frühjahrsjahrmarkt ist auf Montag, Dienstag und Mittwochmittag angesetzt, doch dürfte er unter den jetzigen sattsam bekannten Zeitläuften mit den in den Himmel wachsenden Preisen und den verschwindenden Waren nur mehr von untergeordneter Bedeutung sein.

** **Polizeiliche Anzeigepflicht für Grippe und Schlafkrankheit.** Laut Erlaß des Ministers für Volkswohlfahrt vom 7. Februar 1920 und Verfügung des Regierungspräsidenten in Merseburg vom 12. Februar 1920 besteht für Grippe und Schlafkrankheit die polizeiliche Anzeigepflicht. Jede Erkrankung und jeder Todesfall an Grippe und Schlafkrankheit ist daher der für den Aufenthaltsort des Erkrankten oder den Sterbeort zuständigen Ortspolizeibehörde unverzüglich anzuzeigen. Grippekranke oder krankheitsverdächtige Personen dürfen einem Krankenhause erst dann überwiesen werden, wenn die Aufnahme der Kranken vor dem Abtransport durch die Verwaltung der Krankenanstalt zugesichert ist.

** **Der Postpaketverkehr mit Italien ist wieder aufgenommen** worden.

** **Zur Frage der Steuernachsicht.** Wer Vermögen oder Einkommen, das zu einer öffentlichen Abgabe hätte veranlagt werden müssen, bisher nicht angegeben hat, und deswegen verwirkte Strafen wegen Steuerzuwiderhandlung sowie Verfall des verschwiegenen Vermögens gemäß dem Gesetze über Steuernachsicht abwenden will, wird aufgefordert, das bisher nicht angegebene Vermögen im Einkommen spätestens bis zum 15. April 1920 einem Finanzamt, das für die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs zuständig ist, anzugeben. Die Angaben können mit der Steuererklärung für die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs verbunden oder als Nachtrag hierzu innerhalb der Frist — bis zum 15. April 1920 — eingereicht werden. Dabei sind Vor- und Zuname, Stand, Beruf oder Gewerbe nebst Wohnort und Wohnung oder Firma und Sitz genau zu bezeichnen. Die Angabe befreit den Steuerpflichtigen von jeder Strafe wegen Steuerzuwiderhandlungen, die sich auf das nachträglich angegebene Vermögen oder Einkommen beziehen. Nachforderungen von Abgaben für die Zeit vor dem 1. April 1915 sind ausgeschlossen. Vermögen, das bei der Veranlagung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs oder zum Reichsnotopfer vorsätzlich verschwiegen ist, verfällt kraft Gesetzes dem Reich. Unrichtige Angaben, die sich etwa noch in der Steuererklärung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs finden, müssen daher unverzüglich und jedenfalls so zeitig berichtigt werden, daß die Angabe noch bei der Veranlagung zu der Steuer berücksichtigt werden kann.

** **Die Befreiung von der Teilnahme am Religionsunterricht.** Die Berliner Schuldeputation hat Richtlinien über das Verfahren bei der Befreiung von der Teilnahme am Religionsunterricht herausgegeben. Polizeiliche Beglaubigung der Unterschrift des Erziehungsberechtigten ist für die Abmeldung danach nicht zu fordern. Die Befreiung vom Religionsunterricht ist auf den Zeugnissen zu vermerken, und zwar mit dem Worte „befreit". Zwang zum Singen von Chorälen und geistlichen Liedern darf auf die befreiten Kinder nicht ausgeübt werden. Falls sie sich weigern, sollen sie darauf hingewiesen werden, daß die Melodie die Hauptsache beim Gesangsunterricht ist und daß sie ihre gesangliche Ausbildung schädigen, wenn sie nicht mitsingen. Die Befreiung vom Religionsunterricht darf nicht Ursache sein, die Kinder irgendwie zurückzusetzen oder sie anders als sachlich und gerecht zu beurteilen. Die Lehrenden dürfen die Eltern bezüglich der Befreiung nicht beeinflussen. Unterrichtsstunden, die für andere Unterrichtsfächer lektionsplanmäßig bestimmt sind, dürfen für den Religionsunterricht nicht verwendet werden. Auch sollen bei der Einübung grammatischer Regeln nicht Sätze aus den Stoffen des Religionsunterrichtes bevorzugt werden. Das Recht, über die Teilnahme am Religionsunterricht zu bestimmen, haben die erziehungsberechtigten Väter, nach deren Tode oder Todeserklärung die Mutter und nach dem Ableben der Mutter der Vormund.

** **Abgabe von Militärpferden.** Nachdem die Militärbehörden selbst, teils leihweise, teils endgültig Pferde an die Landwirte abgeben und der Landwirtschaftskammer seit einiger Zeit überhaupt keine Tiere mehr zugewiesen werden, können weitere Bewerbungen um Militärpferde nicht mehr berücksichtigt werden. Es liegen jetzt bereits 4000 Anträge vor, welche schon lange vorgemerkt sind. Weitere Gesuche sind völlig aussichtslos und können mit Rücksicht auf die Arbeitsüberlastung keine Beantwortung finden.

** **Kaufpreise für Orden.** Laut Beschluß des Preußischen Staatsministeriums vom 22. September v. J. können diejenigen preußischen Orden, die bisher nach dem Ableben der Beliehenen zurückgeliefert werden mußten, den Besitzern gegen Bezahlung zur Aufbewahrung als Andenken belassen werden. Entsprechende Vorlagen sind an die General-Ordenskommission in Berlin zu richten. Die Preise sind folgende: Roter Adlerorden III. Klasse 50 ℳ, Roter Adlerorden IV. Klasse 8,10 ℳ, Kronenorden III. Klasse 65 ℳ, Kronenorden IV. Klasse 24,75 ℳ, Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens 31,35 ℳ., Allg. Ehrenzeichen in Gold 200 ℳ., Allg. Ehrenzeichen in Silber 9,90 ℳ., Allg. Ehrenzeichen in Bronze 2 ℳ.

** **Steuert der Raupenplage.** Zeit und Bestimmungen erfordern dies allerwärts, besonders aber zu einer Zeit, wie in der jetzigen, wo die Knospen zu schwellen beginnen und der kommenden Obsternte Gefahr droht; dieselbe wäre in Frage gestellt, wenn nicht zur Vernichtung der Schädlinge, die sich jetzt an den Obstbäumen zeigen, geschritten würde. Bedeutende Verluste an Einkommen würden jeder einzelne Gartenbesitzer und die Gemeinden bei Unterlassung der Vernichtungsmaßregeln erleiden, ungeheure Mengen von Obst würden der Allgemeinheit entgehen und die Verfehlungen würden außerdem noch Bestrafungen nach sich ziehen. Gerade die Raupenplage trat hier in den letzten Jahren in den Gärten und an anderen Obstanpflanzungen in dem Ringelspinner und Apfelstecher außerordentlich stark hervor, so daß nicht oft genug zur Steuerung der Raupenplage nachdrücklich gemahnt werden.

** **Zeitungsanzeigen.** Gegenüber den verschiedentlich aufgetauchten Zweifeln, ob die Bekanntmachung vom 6. Dezember 1915 (RGBl. S. 827) noch in Kraft ist, muß darauf hingewiesen werden, daß diese Bekanntmachung noch zu Recht besteht, eine Abänderung bisher weder erfolgt, noch in Aussicht genommen ist. Dementsprechend sind nach wie vor solche Chiffreanzeigen verboten und strafbar, in denen Gegenstände des täglichen Bedarfs angeboten werden oder in denen zur Abgabe von Angeboten über solche Gegenstände aufgefordert wird.

** **Weltpostporto für Postsendungen nach den Kreisen Eupen und Malmedy.** Von Einwohnern der nach dem Friedensvertrag an Belgien abgetretenen Kreise Eupen und Malmedy wird lebhaft darüber geklagt, daß zahlreiche Sendungen aus Deutschland nach Orten in den genannten Kreisen nach den Inlands- statt nach den Weltpostvereinstaxen freigemacht sind und infolgedessen mit Nachporto belegt werden, wodurch den Empfängern erhebliche Unkosten erwachsen. Auf die Bestimmung, wonach im Verkehr zwischen Deutschland und den beiden an Belgien abgetretenen Kreisen die Weltpostvereinstaxen angewendet werden, wird daher hingewiesen.

** **Bestimmungen über die bei Hochbauten vorzunehmenden Belastungen und über die zulässigen Beanspruchungen der Baustoffe** vom 24. Dezember 1919 werden in einer Sonderbeilage zum Amtsblatt der hiesigen Bezirksregierung, Stück 9 vom 28. Februar, veröffentlicht. Wir machen die Interessenten auf diese 16 Seiten umfassenden Bestimmungen besonders aufmerksam.

** **Gegen die Beherbergung russischer Kriegsgefangenen außerhalb des Gefangenenlagers** wendet sich der komm. Landrat wie folgt: Es ist beobachtet worden, daß kriegsgefangene Russen des Gefangenenlagers Merseburg, wenn sie die Zeit zur Rückkehr ins Lager verpaßt haben, in Gasthäusern, anderen Absteigequartieren oder bei Privatpersonen (z. B. früheren Arbeitgebern) in Merseburg oder Orten der Umgebung Unterkommen für die Nacht finden und erst am nächsten Morgen ins Lager zurückkehren. Dadurch wird die öffentliche Ruhe und Sicherheit dauernd gefährdet und die Allgemeinheit wie der einzelne unter Umständen schwer geschädigt und deshalb ersucht, russische Kriegsgefangene nicht über Nacht zu beherbergen.

** **Über die Ausschlußfrist für Entschädigungsanträge von Betrieben an das Reich** hat der Minister für Handel und Gewerbe eine Bekanntmachung erlassen, die der Landrat im heutigen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" zur öffentlichen Kenntnis bringt.

** **Mitteldeutsche Ausstellung für Siedlung, soziale Fürsorge und Arbeit.** Für die 1921 geplante Ausstellung in Magdeburg auf dem Roten Horn läßt sich bereits ein Überblick gewinnen; nach den bisher veröffentlichten Entwürfen der Architekten Prof. Paul Mebes und Scheibe gruppiert sich die künftige Ausstellung um den Mittagssee; vorgesehen sind eine Industriehalle, ein Vortragshaus, Hallen für soziale Fürsorge, für Verkehrswesen, für die Siedlungen, ein Spiel- und Sportplatz, Vergnügungspark, Laden-Kolonnaden, Halle für Kriegerheimstätten, ein Wirtshaus, ein Hauptrestaurant u. a.

** **Der 7. Bildungsabend der Alten Sozialdemokratischen Partei** brachte mit der Aufführung von Anzengrubers „Der Pfarrer von Kirchfeld" wieder eines der ergreifenden Volksstücke, die wohl so leicht nicht von der Bühne verschwinden werden. In kurzen Worten deutete Verm.-Assistent Mehler zunächst das Ringen des Dichters an und gab dann den Inhalt des Werkes wieder. Mit trefflicher Sicherheit schildert Anzengruber den menschenfreundlichen jungen Pfarrer Hell, der in seinem Kampfe mit seinen Gegnern nicht die streitende, sondern die duldsame Kirche voranstellt. Die Stimme des eigenen Innern übertönt die starren Formeln der Dogmatik. So ist er bei seinen Bauern der verehrungswürdige Führer geworden. Durch ein braves Dirndl aber erwacht in ihm die Sehnsucht nach einer Familie, die er ja nicht gründen darf. Ein Feind, der Wurzelsepp, dem einst die Ehe mit einem lutherischen Mädchen von seinem Priester verweigert wurde, belauscht den Pfarrer, als er dem Dirndl das goldene Kreuz seiner Mutter schenkt und sie überredet, immer bei ihm zu bleiben. Das kostet dem Pfarrer die Achtung der Gemeinde. Des Wurzelsepps Mutter stürzt sich im Wahnsinn in den Fluß, und der Wurzelsepp muß, um ihre letzte Bitte zu erfüllen, den von ihm in Verruf gebrachten Pfarrer um ein christliches Begräbnis bitten, dieser ist groß in seiner Nächstenliebe, er findet sich sofort dazu bereit. Das Dirndl reicht, um des geliebten Pfarrers Ehre wiederherzustellen, einem wackeren Burschen die Hand zum Ehebunde und unter größten Seelenqualen muß der Pfarrer, der den Weg der Entsagung und der Pflicht gewählt hat, den Bund segnen. Die Liebe seiner Bauern hat er zwar wiedergewonnen, aber die Ladung vor ein geistliches Gericht bringt ihm den Abschied von seinem Dorfe für immer. In scharfer Weise geißelt Anzengruber das eifernde unwahre Christentum, dem er immer wieder die wahre christliche Menschenliebe entgegenstellt. In der Charakteristik übertrifft er seinen Kollegen Rosegger, mit ihm zusammen hat er die Liebe zu den Bergen und den offenen Gebirglern. Die Darstellung durch die Mitglieder unseres Tivoli-Theaters befriedigte. Die Titelrolle fand eine wahre Gestaltung durch Direktor Dechant. Sein Ringen zwischen dem Blute und der Entsagung war ergreifend und hinterließ einen bleibenden Eindruck. Ihm zur Seite als Wurzelsepp zeigte Erwin Biegel sich in einer Paraderolle; zuerst den gehässigen, die krummen Wege nicht scheuenden wilden Burschen, dann sein Zusammenbrechen und seine innere Wandlung. Diesem Künstler dürfte wohl noch ein größerer Wirkungskreis beschieden sein. Curt Walters Graf von Finsterberg hing etwas zu sehr vom „Kastengeist" ab, wenngleich sonst die Wiedergabe gut gelang. Als Anna Birkmeier fand Janna Gnauck den richtigen Herzenston, der gleichfalls auf Entsagung gestimmt war. Von den kleineren Rollen ist besonders noch de Vals Pfarrer von St. Jakob erwähnenswert. Die Vorstellung zeitigte ein volles Haus, der Anfang hätte pünktlich wie sonst sein können.
G.

** **Der Verein für Heimatkunde** hält am kommenden Montag, abends 8 Uhr, im „Herzog Christian" seine Monatsversammlung ab. Für den Abend ist ein interessanter Vortrag des Privatgelehrten Daehne (Dölau) über „Mehr Insektenkunde" vorgesehen. (Siehe auch Anzeige in dieser Zeitung.)

** **Über „Deutsche Lebensfragen der Gegenwart"** wird am kommenden Dienstag abend ½8 Uhr im Casino Schriftsteller Dr. Stadtler-Berlin sprechen. Da dem Vortrag eine freie Aussprache folgen soll und sämtliche Mitglieder des hier tagenden Provinziallandtages zu der Versammlung eingeladen sind, dürfte ein Besuch der Veranstaltung besonders empfehlenswert sein.

** **Künstlerkonzert im Ratskeller.** Am gestrigen Abend gab Kapellmeister Franke mit einem Teil seiner Kapelle ein Künstlerkonzert im Ratskeller. Der Besuch war leider nur ein mäßiger,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200307-18/fragment/page=0002

Sport-Nachrichten des „Merseburger Korrespondent".

Die Kreisligaspiele

gehen ihrem Ende entgegen. Nur noch einige wenige Kämpfe sind auszutragen. Für morgen stehen zwei auf der Terminliste. Davon nimmt das Spiel der beiden zurzeit zweifellos spielstärksten Mannschaften Halles,

des F.-C. „Wacker" gegen den V.f.L.

ungeteiltes Interesse in Anspruch. Es stehen sich in diesem Kampfe der vorjährige mitteldeutsche Meister und der neue Kreismeister, damit gleichzeitig aber auch die beiden Mannschaften unserer Nachbarstadt gegenüber, deren Zusammentreffen seit Jahren im Saalegau ein Ereignis bedeutet, da sie stets erbittert um die Vorherrschaft rangen. Wenn auch „Wacker" durch seinen glänzenden Sieg über den „Sportverein 98" am vergangenen Sonntag seine große Form aufs neue bestätigen konnte, so möchten wir eine absolute Überlegenheit über die übrigen Mannschaften unserer Ligaklasse doch ernstlich bezweifeln und halten auch den Ausgang des morgigen Spieles für völlig offen, zumal da es auf dem Sportplatz am Zoo zum Austrag kommt und der V.f.L. somit den Vorteil des eigenen Platzes für sich hat.

Die „Borussia"-Halle spielt gegen „Naumburg 05"

in Naumburg. Der Ausgang dieses Spieles ist recht zweifelhaft. Wir möchten fast den Naumburgern, die zurzeit auf der Höhe ihres Könnens stehen dürften, die besten Chancen einräumen, denn der Triumph der „Borussia" auf ihrem eigenen Platze nach recht mäßigem Spiele über den überaus geschwächten Merseburger V.f.L. am letzten Sonntag war doch recht problematischer Art.

Einer ehrenvollen Einladung folgt unsere führende Merseburger Mannschaft.

Der V.f.L. spielt gegen die Leipziger Spielvereinigung

in Leipzig. Es ist ein neuer Beweis, welch hohen Ansehens sich unser V.f.L. und damit der Merseburger Fußballsport unter den ersten Vereinen Mitteldeutschlands erfreut. Denn die Leipziger Spielvereinigung zählt nicht nur zu den hervorragendsten Mannschaften Leipzigs, sondern sie repräsentiert beste mitteldeutsche Klasse. Sehr gut schnitt sie im Kampfe gegen stärkste süddeutsche Gegner ab, nimmt überhaupt im deutschen Fußballsport eine achtunggebietende Stellung ein. Auch den Gaumeistertitel von Nordwestsachsen, ebenso die Meisterschaft des mitteldeutschen Verbandes hat die Spielvereinigung schon errungen. Sie verfügt über allgemein bekannte, erste Kräfte, durchweg Spieler von bestem Rufe. Merseburg tritt die Reise mit voller Mannschaft an und wird folgendermaßen spielen: Schenk; Götze, Pätz; Schwarze, Büttner, Knothe; Rost, Maltitz, Heitkamp und Gebrüder Thon. In dieser Aufstellung sollte der V.f.L. dem starken Gegner einen Kampf liefern können, dessen Ergebnis nicht ohne weiteres feststeht, denn gerade gegen hervorragende auswärtige Mannschaften erzielten die Merseburger im verflossenen Jahre durchweg außerordentlich gute, zum Teil glänzende Resultate. Wir hoffen, daß der V.f.L. auch morgen in Leipzig die Merseburger Farben ehrenvoll vertreten und sich damit weitere Freunde erwerben wird, denn sicher wird das Spiel vor Tausenden von Zuschauern vor sich gehen und auch viele ausländische Besucher der Meßstadt anlocken.

⇔ **B. C. „Preußen".** Vier Verbands- und ein Gesellschaftsspiel sieht der Spielplan genannten Vereins für den morgenden Sonntag vor; davon werden drei Verbandsspiele auf dem hiesigen Nulandtsplatze ausgetragen. Es herrscht also auf demselben morgen wieder reger Spielbetrieb. Die I. Mannschaft hat „Fortuna"-Dölau als Gegner. Diese haben in letzter Zeit eine gute Form entwickelt und in den letzten Spielen recht gute Resultate erzielt; erst am vergangenen Sonntag vermochten sie dem Favoriten der I B-Klasse („Preußen"-Halle), welcher noch immer in der Punkt-Tabelle an der Spitze steht, durch ein 3 : 3 Resultat einen wertvollen Punkt abzuknöpfen. Ein interessanter Kampf zweier gleichwertiger Gegner steht also in Aussicht; Beginn desselben 3 Uhr auf dem Nulandtsplatze. — Vorher, ½2 Uhr, tritt „Preußen" II zum Verbandsspiel gegen „V. f. B." II-Lettin an; das erste Spiel gewannen die Hiesigen 5 : 0, und dürften sich selbige, obwohl mit Ersatz spielend, auch morgen wieder die Punkte holen. — Das schwerste und für die Meisterschaft ihrer Klasse entscheidende Spiel ist das der IV. „Preußen"-Mannschaft gegen den Halleschen „V. f. L." V. Wer von den Beiden als Sieger hervorgeht, erwirbt damit die Meisterschaftswürde der IV. Klasse. — „Preußen" V fährt nach Mücheln und trägt gegen dortigen „Sportklub" II ein Gesellschaftsspiel aus. — Vorm. 10 Uhr auf dem Nulandtsplatze Verbandsspiel der I. Jugendmannschaft gegen „Tv. Giebichenstein"-Jugend I.

⇔ **V. V. „Hohenzollern"** fährt am morgigen Sonntag mit seiner I. Mannschaft nach Lettin, um dort gegen „V. f. B." I das fällige Verbandsspiel auszutragen. Die Weiß-roten scheinen nach den in letzter Zeit gezeitigten Resultaten sich in aufsteigender Form zu befinden, so daß „Hohenzollern" alles wird daran setzen müssen, um das Spiel zu seinen Gunsten zu entscheiden. — Die IV. Mannschaft spielt um ½11 Uhr vorm. auf dem Kasernenhof ein Gesellschaftsspiel mit „Germania" III. — Im Verbandsspiel ist noch die II. Jugendmannschaft beschäftigt, die um ½12 Uhr gegen V. f. L. II-Halle-Jugend auf dem Nulandtsplatz antritt.

⇔ **„Germania" I—„Minerva" I-Halle.** Beide Mannschaften treffen sich kommenden Sonntag auf dem Kasernenhof im Verbandsspiel. „Minerva" ist zurzeit der spielstärkste Verein der I A-Klasse des Saalegaues und wird „Germania" vor eine schwere Aufgabe stellen. Wenn die Germanen mit demselben Eifer spielen wie am vergangenen Sonntag, darf man auf eine knappe Niederlage der Hiesigen rechnen. Beginn des Spieles 3 Uhr. — Vorm. ½11 Uhr treffen sich „Germania" III und „Hohenzollern" IV im Freundschaftsspiel.

---

allerdings war gestern abend an einer Anzahl Stellen schon „etwas los". Trotzdem hätten die guten Darbietungen ein volles Haus verdient. Wenn auch der Abend eine besondere Stimmung nicht schuf, so kamen die Musikfreunde doch zu dem musikalischen Genuß, wie der lebhafte Beifall nach den einzelnen Stücken deutlich bezeigte. Den weiteren Konzerten kann ein besserer Besuch gewünscht werden.

** Tivoli-Theater. Sonntag wird zum letzten Male die mit so großem Beifall aufgenommene Operettenposse „Eine tolle Nacht" gegeben. Es ist sehr zu empfehlen, sich rechtzeitig mit Eintrittskarten zu versehen. — Ganz besonders sei darauf hingewiesen, daß am Dienstag den 9. März eine volkstümliche Vorstellung zum Einheitspreise von 1,20 ℳ auf allen Plätzen stattfindet. Gegeben wird das Anzengrubersche Volksstück „Der Pfarrer von Kirchfeld". Angesichts dieses überaus billigen Eintrittspreises sei dringend empfohlen, die Vorstellung nicht zu versäumen, damit es der Direktion nicht gleich von Anfang an unmöglich gemacht wird, der Bevölkerung weitere billige Vorstellungen zu bieten. — Donnerstag geht als Benefiz für den Kapellmeister Leo Simonsohn die wunderbare Johann Straußsche Operette „1001 Nacht" erstmalig in Szene.

*

Auf zur Wahl der Elternbeiräte!

Am morgigen Sonntag finden bekanntlich die Wahlen der Elternbeiräte an den Volksschulen I und II hier statt. Wir haben bereits diese Woche mitgeteilt, daß sich an beiden Schulen drei Listen gegenüberstehen: eine Liste der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, eine gemeinsame Liste der Deutschen demokratischen Partei und der Mehrheitssozialisten und eine sogen. Christliche Liste der Rechtsparteien. Die Kandidaten unserer gemeinsamen Liste wurden schon bekannt gegeben und wir sind überzeugt, daß sie die Unterstützung der Eltern finden, die die Schule nicht zum Tummelplatz politischer Kämpfe und Verhetzung werden lassen wollen. Über den Charakter und die Art der Schulen entscheiden verfassungsgemäß die Eltern in besonderen Handlungen und nicht in den Zusammenkünften der Elternbeiräte, die auch kein Spitzel- und Überwachungsinstitut über die Lehrpersonen sein sollen, weder nach der radikalen linken Richtung, noch nach der reaktionären orthodoxen Seite. Es geht um die wirkliche reine, nichtpolitische Erziehung, das körperliche und geistige Wohl unserer Kinder in einer Schule, die sich jeder Verhetzung von Volksgenossen gegeneinander in irgendwelcher politischer oder religiöser Hinsicht fernhält. Vater und Mutter, die ihr ein Kind der Schule zur Erziehung anvertraut habt, habt ihr dies schon reiflich überlegt? Ihr habt vielleicht schon oft mit dem Lehrer eurer Kinder über diese gesprochen und seid überzeugt, sie sind gut aufgehoben und werden den rechten Weg geführt. Da meint ihr, es hat keine Not, der Lehrer tut seine Pflicht, und ihr haltet auch euer Kind dazu an. Ihr selbst meint, damit hättet auch ihr eure Pflicht getan. Mit nichten — in dieser Zeit nicht! Darum prüfet, wen ihr in den Elternbeirat wählet, darum gebet eure Stimme denjenigen, die in der Fürsorge für alle Volksgenossen nach den Satzungen des Elternbeirats über die Erziehung der Jugend mitberaten wollen! Darum gebt bei der morgigen Elternbeiratswahl

in der Volksschule I (Windberg),

in der Zeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 3 Uhr, eure Stimme nur der

Liste Willi Schulz,

Former, und

in der Volksschule II (Altenburg und Neumarkt)

nur der

Liste Emil Rienecker,

Malermeister. Die Stimmzettel werden vor den Wahllokalen der betr. Schulen ausgegeben. — Zu unserer Mitteilung der Kandidatenliste für die Volksschule II muß es heißen unter 17. Schuhmachermeister Paul Hobe (versehentlich Vorarbeiter gesagt). — Die vollständige Kandidatenliste für die Volksschule I wurde in Nr. 53 vom Mittwoch, die Kandidatenliste für die Volksschule II in Nr. 54 vom Donnerstag dieser Woche veröffentlicht. An der Volksschule II findet die Wahl in der Zeit von vorm. 11 bis nachm. 4 Uhr statt. Also auf zur Wahl der Elternbeiräte!

*

Die Elternbeiratswahl für die katholische Schule

findet Sonntag den 7. März im Schullokal von 11—4 Uhr statt. Wahlzettel werden im Lokal ausgegeben.

*

Rettet Oberschlesien!

Von der Vereinigung heimattreuer Oberschlesier wird uns geschrieben: Oberschlesien, unsere alte Heimat, die durch deutsche Arbeit und deutschen Fleiß zu hoher Blüte gelangt ist und dessen Bodenschätze für das deutsche Wirtschaftsleben unentbehrlich sind, wollen uns die gierigen Polen entreißen. Alle Kräfte werden aufgeboten, keine Kosten werden gescheut, selbst deutsches Gold wenden die Polen an, um ihr Ziel zu erreichen. Daran können wir aber nur lernen.

Einige Hunderttausend Abstimmungsberechtigte sind über das ganze Deutsche Reich verteilt; sie alle wollen helfen, die Heimat deutsch zu erhalten. Auch wir, die heimatstreuen Oberschlesier von Merseburg und Umgegend sind bereit, unsere Stimme für Deutschland zu geben; doch fehlen uns die Mittel für die Heimreise, Herberge und Verpflegung. Leider ist es dem Staat laut Friedensvertrag verboten, Mittel für diesen Zweck bereit zu stellen, darum richten wir an die Bürger Merseburgs die dringende Bitte, helft uns und gebt was in Euren Kräften steht. Gebt der Vereinigung heimattreuer Oberschlesier, Bürgergarten 13, Merseburg, oder zahlt bei der Kreissparkasse auf Konto Nr. 173 ein.

Gleichzeitig wird nochmals auf die heute abend im Casino stattfindende Versammlung hingewiesen, mit der Bitte, um vollzähliges Erscheinen aller Oberschlesier.

*

Für unsere Hausfrauen.

(Lebensmittelkalender für Montag den 8. Februar.)

Ausgabe von Mager- und Buttermilch unbestimmt; Bekanntgabe in den Geschäften.

Merseburg-Land: 100 Gramm Fett auf gewöhnliche Fettmarken, 50 Gramm auf Zusatzfettmarken, für 7.—13. März.

Rüböl im markenfreien Verkauf in allen Lebensmittelgeschäften.

---

h. **Tragarth,** 6. März. Ein Unglücksfall ereignete sich am Montag nachmittag auf der Leipziger Chaussee in der Nähe von Tragarth. Ein Geschirr vom Rittergut Löpitz, mit ein paar Mauleseln bespannt, hatte den Wasserwagen eines Dampfpfluges abgeholt. Als das Geschirr in die Nähe von Tragarth kam, wurden die Tiere scheu und fuhren mit dem gefüllten Wasserwagen in den tiefen Chausseegraben. Der Wagen mit samt den Tieren überschlug sich und das eine Tier kam mit dem Bein unter den Wagen zu liegen, und konnte nur mit großer Mühe befreit werden. Durch Hilfe fremder Leute konnte der Wagen wieder auf die Räder gebracht werden, aber als der Weg fortgesetzt werden sollte, ging vom Wasserwagen wieder ein Rad ab, und so konnte der Dampfpflug seinen Weg erst am anderen Morgen fortsetzen. Schaden ist sonst nicht entstanden.

Mücheln und Umgegend.

6. März.

⁑ **Mücheln,** 6. März. Betr. Verteilung von Lebensmitteln. Von Montag den 8. März d. J. ab können bei den betreffenden Kleinhändlern auf Bezugsabschnitt 20 der Lebensmittelkarte B folgende Waren entnommen werden: 175 Gramm Grieß zum Preise von 33 ₰, 275 Gramm Haferflocken lose 52 ₰, oder 275 Gramm Haferflocken in Paketen 65 ₰, 100 Gramm Teigwaren 24 ₰ oder 100 Gramm Kartoffelgraupen 35 ₰ und 100 Gramm Gersteflocken 16 ₰. Der Anspruch auf die Lebensmittel erlischt am 16. d. Mts. — Betr. Fettverteilung. In der Woche vom 8. bis 14. März d. J. kommen auf Fettmarken zur Verteilung: 25 Gramm Butter zum Preise von 61 ₰ und 75 Gramm Margarine (einschl. 35 Gramm als Sonderzuweisung) zum Preise von 1,17 ℳ.

⁑ **Mücheln,** 6. März. Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe wurde Oberbundesfechtmeister A. Henze hier als Anerkennung für seine Verdienste in der Hinterbliebenen- und Kriegswaisenhilfe durch unsern Bürgermeister Heine überreicht.

⁑ **St. Ulrich,** 6. März. Mit dem heutigen Tage hat Sekretär Herwig, welcher demnächst von hier scheidet, sein Amt als Direktor des Gesamtarmenverbandes St. Ulrich niedergelegt. Die vorläufige Führung der Geschäfte ist von Pastor Küstermann-St. Ulrich übernommen worden.

⁑ **Querfurt,** 6. März. Über 8000 Mark städtische Gelder veruntreut. Der an Stelle des langjährigen Stadtverordnetenvorstehers Justizrat Nitka am 9. Januar gewählte Inhaber eines Installationsgeschäftes Gustav Witzleben hat von den als Vorstand der Kohlenstelle der Stadt Querfurt vereinnahmten Geldern über 8000 ℳ trotz wiederholter Aufforderung nicht zur Ablieferung gebracht. W. hatte es verstanden, sich immer wieder unter allerhand Ausflüchten der verlangten Abrechnung zu entziehen, bis schließlich das Fehlen des Geldes festgestellt wurde. Das Strafverfahren ist nunmehr eingeleitet worden. — Für das Berufs- und Jugendamt der Stadt Mühlheim (Ruhr) wurde der Magistratsbeamte Warnecke verpflichtet.

Wetterwarte.

B. W. am 7. 3.: Bald heiteres, bald wolkig-trübes, vorwiegend trockenes, tagsüber ziemlich mildes Wetter. — 8. 3.: Wechselnd bewölktes, ziemlich mildes Wetter, geringe Niederschläge.

Gerichtsverhandlungen.

⊥ **Strafkammer Naumburg vom 4. März.** In Weißenfels hatte während des Generalstreiks im März v. J. die Streitleitung zur Versorgung lebenswichtiger Betriebe einen Waggon mit 400 Zentnern Briketts beschlagnahmt. Davon waren über 230 Zentner an die Bäckereien abgegeben, die anderen waren zum Teil unter Mitglieder der Streikleitung gegen Bezahlung verteilt worden. Aus diesem Vorkommnis war eine Anklage gegen eine Anzahl Streikender sowie den Bezirksleiter Alfred Oelßner aus Halle wegen Diebstahls und andere wegen Beihilfe zum Diebstahl erhoben. Oelßner als der eigentlich Verantwortliche in der Sache, hielt weder bei sich noch bei den übrigen Angeklagten einen Diebstahl für vorliegend. Er habe der Bürgerschaft in Weißenfels als Vorsitzender der Streikleitung das Versprechen gegeben, dafür zu sorgen, daß die lebenswichtigen Betriebe, Bäckereien, Wasser- und Elektrizitätswerk, im Gange erhalten würden, im anderen Falle wäre die Bürgerschaft in einen Gegenstreik eingetreten. Dies sei ihm aber nicht leicht gewesen. Im Elektrizitätswerk sei Braunkohle gebraucht worden. Um diese zu erlangen, sei er selbst zur Streikleitung im Geiseltal gefahren und dort habe man ihm zur Bedingung gestellt, daß erst die am Bahnhofe lagernden Briketts beschlagnahmt werden müßten. Diese Ausführungen wurden auch als richtig anerkannt, doch wurde ihm zum Vorwurf gemacht, daß gerade die Angeklagten und nicht ärmere Leute bei der Verteilung berücksichtigt worden seien. Es wurde Unterschlagung für vorliegend angesehen und Oelßner deshalb zu 600 ℳ Geldstrafe verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Vermischtes.

* **Idyllische Zustände.** Unter vorstehender Spitzmarke wird berichtet: In der Sitzung der Stadtverordneten zu Holzminden wurde über die traurige Finanzlage der Stadt Bericht erstattet, besonders über den viel zu großen Beamtenapparat. Dabei kam ein Stadtverordneter auf die viel zu großen Summen zu sprechen, die für Überstunden an die Beamten gezahlt seien. Redner sagte: „Ich habe durchaus nichts dagegen, wenn wirklich gearbeitet worden wäre, aber statt dessen haben sich die Beamten während der Überstunden im Rathaussaal mit Tanzen vergnügt. Dabei hat die Stadt beim Verkauf von Butter etwa 42 000 ℳ, beim Verkauf von Kohl etwa 3300 ℳ zugesetzt, während 436 Zentner Kohlen überhaupt spurlos verschwunden sind. Bei dem Handel mit Holzsohlen hat die Stadt 20 000 ℳ zugesetzt. Kein Wunder, denn mit dicken Holzsohlen läßt sich schlecht tanzen und in Holzminden tanzt man schamlos viel und gern.

* **Zeitgemäßer Aufdruck für Notgeld.** Die Stadt Lobenstein hat abermals Kriegsnotgeld herstellen lassen. Das neuhergestellte Muster enthält außer dem im Reußenlande üblichen Sprichwort: „O Herr, gib Regen und Sonnenschein für Greiz, Schleiz und Lobenstein, Und woll'n die andern auch was ha'n, so möchten sie dies selber sa'n" noch einen sinnreichen Spruch folgenden Wortlauts: „Ich bin ein Feind der Not aus schwerer Zeit, ach wären alle Menschen erst gescheit, dann würde auch die Welt vom Leid genesen, und ich wär' mehr als ein Papier gewesen."

* **Schon wieder ein falscher Graf.** Wieder hat man einen Hochstapler entlarvt, der in der Rolle eines Grafen Dr. med. v. Borke viel von sich reden machte. Es war diesem Hochstapler sogar gelungen, bei einem Reichswehr-Bataillon in Scheessel als Vizefeldwebel und Leiter einer Revierstube angestellt zu werden. Die Mannschaften schienen mit ihrem Vorgesetzten sehr zufrieden gewesen zu sein; denn der falsche Graf und Doktor ließ sich soweit herab, seine Untergebenen anzupumpen. Schließlich entfernte sich der leutselige Revierstubenleiter heimlich von seinem Truppenteil. Dieses plötzliche Verschwinden klärte sich aber bald auf, als man feststellte, daß Graf v. Borke sich der Unterschlagung schuldig gemacht hat. Man benachrichtigte die Hamburger Kriminalpolizei, die bei der Ankunft des Zuges aus Scheessel auf dem Hamburger Hauptbahnhof den Flüchtling verhaften konnte. Bisher ist es noch nicht gelungen, das Inkognito des Pseudografen zu lüften.

* **Der neueste Tanz: Der Noske-Schritt.** Der Reichswehrminister Noske wird nicht nur als Überwinder der Spartakisten in die Geschichte übergehen — er hat auch Anwartschaft darauf, der Besieger des Foxtrott zu werden. Man tanzt jetzt in Berlin einen neuen Tanz, der sich im Sturm Volkstümlichkeit erobert. Er heißt „Noske-Schritt". Es ist kein Rundtanz, sondern eine Abart der neuzeitlichen Gehtänze; sein Hauptmerkmal sind große, lange Schritte, bei denen die Reichswehrsoldaten, die offenbar die Väter des neuen Tanzes sind, an die langen Beine des Reichswehrministers gedacht haben. Die Hauptsache ist, daß den kleinen Mädchen der Tanz besonders gut gefällt und daß sie die Militarisierung der Tanzfreude mit Begeisterung mitmachen. Sie haben nur die eine Sorge, daß demnächst ein Ententegeneral und der „Figaro" in Paris entdecken werden, Deutschland sei so revancheluftig geworden, daß sogar auf den Tanzböden jeden Abend Parademarsch geübt würde . . . und daß die Noten des Noske-Schrittes noch einmal in diplomatische Noten ausklingen könnten. . . .

* **Deutschlands Ausverkauf geht fort.** Das große, am Hauptbahnhof in Hamburg gelegene Geschäftshaus, das sogenannte Bieberhaus, wurde für den verhältnismäßig niedrigen Preis von 12 Millionen Mark an eine ausländische Gesellschaft verkauft, die dort ein großes Warenhaus, ähnlich dem Pariser Louvre, errichten will. Der hamburgische Staat erzielt aus dem Verkauf an Steuern 600 000 ℳ. Sämtlichen Mietern des Bieberhauses soll gekündigt werden. Bei der überaus großen Kontornot in Hamburg bedeutet der Verkauf des Bieberhauses eine Katastrophe für die Hamburger Geschäftswelt. — Auch der „Cityhof" in Hamburg ist für 2½ Millionen Mark verkauft worden.

* **Einen akademisch gebildeten Nachtwächter** sucht im „Göttinger Tageblatt" ein Rittergutsbesitzer Kröschel auf Hebenhausen bei Eichenberg mit folgender Anzeige: Zur Nachtbewachung meines Gutshofes suche ich zuverlässigen jungen Mann, der gleichzeitig Gelegenheit hat, die Landwirtschaft kennen zu lernen. Gegebenenfalls für Studenten geeignet, der in Göttingen Kollegien besucht, da Bahnverbindung vorhanden. — Herr K. ist zweifellos ein tüchtiger Konjunkturpolitiker, außerdem aber beweist die Anzeige, wie herrlich weit wir schon mit der Überfüllung der akademischen Berufe gekommen sind, und was für ungeahnte Möglichkeiten sich unserer akademischen Jugend „nebenamtlich" noch darbieten.

* **Wenn Damen ins Nachtcafé gehen . . . .** Eine Frau Dr. S. vom Kurfürstendamm und eine Frau Direktor B. aus Halensee besuchten dieser Tage in Berlin ein Nachtlokal am Kurfürstendamm, um sich das Treiben anzusehen. Die Damen saßen ohne Begleitung für sich allein an einem Tische, bis gegen 3 Uhr. Als dann männliche Gäste den Versuch machten, sich ihnen zu nähern und sie zum Tanz aufforderten, lehnten sie ab und gingen weg. Durch ihren reichen Schmuck waren sie aber schon aufgefallen. Als sie aufbrachen, folgten ihnen einen Haufen von Männern und Weibern und fielen an der Ecke des Kurfürstendammes und der Johann-Sigismund-Straße plötzlich über sie her und beraubten sie ihrer Handtaschen und der wertvollen Schmucksachen, die sie ihnen vom Körper rissen. Ein Teil der Räuber wollte dann mit einer Droschke davonfahren, als einige Mitglieder der Einwohnerwehr, die sich auf einer Streife befanden, dazu kamen. Diese nahmen den Übeltätern den größten Teil ihrer Beute wieder ab, um sie den Beraubten wieder auszuhändigen, und stellten soweit wie möglich die Persönlichkeiten fest. Frau Dr. S. fehlen noch eine goldene Uhr, ein Zigarettenetui, eine Halskette aus Elfenbeinperlen und ein Portemonnaie mit 200 ℳ, der Frau Direktor B. ein lackledernes Portemonnaie mit 500 ℳ und eine Tabakdose aus friederizianischer Zeit. Die Frau Doktor wurde übrigens ziemlich übel zugerichtet, während die Frau Direktor glimpflicher davonkam.

* **Was die Schuhmachergesellen verdienen.** Die Groß-Berliner Maßschuhmachergehilfen waren in den letzten Tagen wieder einmal in einen Streik eingetreten. Sie beanspruchten weitere Lohnerhöhungen. Es kam mit den Arbeitgebern eine Einigung zustande, nach der eine Zulage von 135 Prozent gewährt wurde. Die bisherigen Zulagen der Schuhmachergehilfen auf den Lohn seit dem Jahre 1914 betragen 1300 Prozent. Ein Schuhmachergeselle kann es infolgedessen jetzt auf einen monatlichen Verdienst von 1600 ℳ bringen (!). Die Folge dieser Erhöhung ist wieder eine wesentliche Erhöhung der Preise für fertige Schuhe und Reparaturen. Die Lage im Schuhmachergewerbe wird durch die ständigen Lohnerhöhungen und durch das fortwährende Steigen der Lederpreise immer schwieriger. Wie wir hören, erwägen mehrere Großbetriebe der Schuhwarenbranche, ob es unter diesen Umständen nicht besser ist, gleich wie die Zigarettenfabriken, ihre Betriebe zu schließen.

* **Der Journaltrompeter von Säckingen.** Von dem dornenvollen Wirken eines Kleinstadtredakteurs im allgemeinen und eines Redakteurs des „Säckinger Tageblates" im besonderen gibt das genannte Blatt ein anschauliches Bild. Es schreibt anläßlich des Ausscheidens seines Redakteus Scheid u. a.: „Er wird seiner Tätigkeit keine Träne nachweinen. Wenn die Häuser in aller Welt vier Ecken haben, für den Redakteur haben sie fünf. Wenn er glaubt, unbehelligt und ohne jemand behelligt zu haben, um die vermeintlichen vier Ecken herumgekommen zu sein, flugs wickelt sich eine fünfte in den Raum, an der jemand steht, der sich an den Leib gerannt fühlt. Wenn sich jemand einen Artikel vom Leib geschwitzt hat und der Redakteur nimmt ihn nicht auf oder kann ihn nicht aufnehmen, dann ist der Redakteur ein Mensch, der für die Bedürfnisse des öffentlichen Lebens kein Verständnis hat. Nimmt er ihn auf, dann verfolgt er offensichtlich den Zweck, Unzufriedenheit unter die ehrsamen, frommen Bürger zu säen, denn es gibt Leute in der Stadt, die genau das Gegenteil von dem beweisen können, was in dem Artikel stand. Ein Redakteur ist an allem schuld. Er stößt die Abonnenten und Artikler der Reihe nach vor den Kopf, bringt immer falsche Berichte; stellt er einen richtig, dann ist er erst recht falsch. Aber auch der Drucker kommt nicht ungeschoren davon. Wenn er nach des Tages Last und Hitze an seinen Stammtisch kommt, fallen die Herren Zensoren über ihn her und belehren ihn, wie man eine Zeitung herausgibt. „Kommt und macht's besser."

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Rößner; für Provinz, Lokales u. a. Philipp Schmitt; für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Aßmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Straße 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200307-18/fragment/page=0003

Panorama
im Herzog Christian.
Diese Woche:
Straßburg!

Ratskeller - Restaurant
Jeden Sonntag
von 4 Uhr bis 11 Uhr:
Künstler-Unterhaltungsmusik
Otto Kießler.

Dürrenberg
Konditorei Café Ortel
Jed. Sonnabend 8—11 Uhr
Sonntag 4—7 Uhr
Künstler-Musik.

Gasthaus Kötzschen.
Sonntag, den 7. d. M.
Großes Geld-Preis-Skat-Turnier
Anfang 3 Uhr.
Es ladet freundlichst ein
Emil Lindner, Gastwirt.

Gasthof Zscherben.
Sonntag, den 7. März 1920:
Tanz - Vergnügen!
Anfang 3 Uhr.
Es ladet ergebenst ein Der Wirt

Gesang - Verein Einigkeit
hält Sonntag, den 7. März, von nachmittags 3 Uhr ab im Lippertschen Gasthaus zu Meuschau seinen
BALL
ab. — Vollbesetztes Orchester. — Neueste Tänze — Es ladet herzl. ein Der Vorstand.

+ Gummiwaren
Mutter-Spritzen, Frauen-Tropfen
sanitäre Frauenartikel
Anfrag. erbrt. Versandhaus Hensinger Dresden 240, Am See 3.

Wie kann man von
Magen- u. Darmleiden, Schwindelanfällen
(Adern-Verkalk., Herzbeklemmung., Angst- und Schwächezust.),
Gallen- u. Nierensteinen
Lungen- und Halsleiden
(Brustschmerzen, Husten, Heiserkeit, Asthma) ohne große Kosten befreit werden? Hierauf antwortet allen Leidenden, auch solchen, die gar keine Hoffnung mehr haben, kostenlos, wenn Krankheit in der Anfrage genau bezeichnet wird (Rückporto erbeten)
Pfarrer und Schulinspektor a. D.
P. O. Fiedler, Post Niewerle 120 (Niederlausitz).

+ Frauen +
Gebrauchen Sie nur die bestens bewährten
Mensalla-Tropfen extrastark Preis M. 12,—. In hartnäckigen Fällen **Sortiment Mensalla** (Tropfen extrastark, Pulver und Tee) Preis M. 20,— Porto extra. Nachnahme oder Voreinsendung.
Laboratorium Kosmetikum, Berlin-Friedenau D 21.

Gegen Katarrhe
EMS **Emser Wasser**

Asthma
kann geheilt werden. Sprechstunden in **Halle, Magdeburgerstraße 60, 2 Tr., jeden Sonnabend** von 10—1 Uhr.
Dr. med. Alberts,
Spezialarzt, Berlin SW 11.

Zu haben: Neumarkt-Drog., Neumarkt 12; Kaiser-Drog., Roßmarkt 5; Central-Drog., Markt 17; Gotthardt-Drog., Hermann Emanuel.

: Funkenburg :
Montag, den 8. März, großer
Jahrmarkts-Ball
Anfang 6 Uhr Volles Orchester

Strandschlößchen
Sonntag, den 7. März — Anfang 3 Uhr nachm.
Grosser BALL
Görlach-Orchester A. Weiß.

Neues Schützenhaus
Sonntag, den 7. März, von nachmittags 3 Uhr an

Großer Ball
bei voll besetztem Görlach-Orchester.
Es ladet freundlichst ein Hermann Eilenberger.

Achtung!
Bandoniumspieler von Merseburg und Umgegend werden zu
Sonntag, den 7. März, vorm. 9 Uhr
im Vereinslokal „Funkenburg" herzlichst eingeladen.
Zweck: Gründung einer Bandonium-Vereinigung. Auch sind Nebeninstrumente (Geige, Cello, Baß ꝛc.) willkommen. Die Einberufer.

Tanzschule Hünicke-Hölzer
Nächster Unterricht für Kaufleute Dienstag ½7 Uhr im Casino.
Ehepaar-Zirkel für moderne Tänze ebenfalls erst Dienstag 8 Uhr im Casino, nicht wie festgesetzt war Montag.

Die Mitgliederbücher
werden in der Zeit vom 9. bis 20. März d. Js. ausgegeben.

Gleichzeitig erfolgt die **Auszahlung** der auf 5 Prozent festgesetzten **Dividende** für vollgezahlte Anteile und Auszahlung der **Guthaben** ausgeschiedener Genossen.

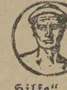
Für nicht vollgezahlte Anteile sind in derselben Zeit die Beiträge zu entrichten.

Merseburg, den 6. März 1920.

Merseburger Vereinsbank
Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht
E. Hartung. F. Henne. Hädecke.

Die Hilfe
Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst
Begründer: D. Friedrich Naumann.
Schriftleiter Wilhelm Heile u. Dr. Gertrud Bäumer.

Probeheft kostenfrei.



Vierteljahrespreis 7,50 M.

Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40.

Nur 3 Tage! Nur 3 Tage!
Freitag, Montag, Dienstag:
Schafwolle
gewaschen oder ungewaschen, sowie **Kammzug, Kämmlinge** und Strumpfabfälle können gegen
Strumpfgarne
bester Qualität in allen Farben eingetauscht werden. Nehme auch jedes Quantum Wolle zu den höchsten Tagespreisen in Zahlung.
Der Eintausch findet
Freitag, den 5. März, von 10—5 Uhr,
Montag, den 8. März, von 10—5 Uhr, und
Dienstag, den 9. März, von 9—4 Uhr
im Gasthaus **Zum „Alten Dessauer"**, Tel. 345, Dammstr. 6, statt. Die Garne sind im obengenannten Gasthof **ausgestellt** u. können **kostenlos besichtigt** werden. **H. Montag,** Wolle en gros.

Tivoli-Theater Mersebg.
Direktion: A. Dechant.
Sonntag, 7. März, abds. ½8 Uhr
Zum letzten Male!
Eine tolle Nacht!
Operettenposse in 5 Bildern von Einödshöfer.
Dienstag, 9. März, abds. ½8 Uhr
Volkstümliche Vorstellung!
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Volksstück mit Gesang in fünf Bildern von Anzengruber.
Einheitspreis 1,20 M. auf allen Plätzen.

Freiwill. Feuerwehr
2. Pionier-Kompanie.

Montag, den 8. d. Mts., abds. ½8 Uhr
Appell
in der städt. Turnhalle (Wilhelmstraße)
Sämtl. Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke müssen zur Stelle sein. Der Brandmeister.

G. D. A.
58er V.D.H. V.d.D.K. D.A.B.
Montag, den 8. März 1920, abends 7½ Uhr, Gasthaus „Halber Mond"
Haupt-Versammlung
Tagesordnung:
Neuwahl des Vorstandes.
Der Vorstand.

Geflügelzüchter
jedoch nur Züchter
werden für Sonntag nachmittag 3 Uhr nach dem Casino gebeten

Anhaltische Bauschule ZERBST
Eröffnung der Sonderkurse für Kriegsteilnehmer in den Klassen II und I am 3. März und des normalen Sommer-Semesters 1920 am 13. April. Lehrpläne und Näheres durch die Direktion.

Erteile Nachhilfestunden
spez. Mathematik.
Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Viele verm. Damen wünschen sich bald glückl. zu verheiraten. Herren, wenn auch ohne Vermög., erhalten sofort Auskunft durch **„Union", Berlin, Postamt 37.**

---

2 flotte Damen suchen Bekanntschft mit lebensluft. Herren im Alter von 30—40 J. zw. sp. Heirat. Off. u. 617 an die Exp. d. Bl.

Fräulein sucht bessere Freundin
16 od. 17 J. Off. m. Bild unt. 608 a. d. Exped. d. Bl.

Kriegsbeschädigter lk. Oberschl amput., 29 J., sucht Beschäftigung für 3 Tage in der Woche, Montag, Mittwoch und Donnerstag. Offerten unt. 618 an die Exped. d. Bl.

Junges, anständiges Mädchen
sucht Stellung auf einem Rittergut zur Erlernung des Haushalts mit Familienanschluß. Offert. unter 609 an die Exp. d. Bl.

Tüchtigen Polsterer
stellt ein Neumarkt 22.

Maurer
stellt ein
Albin Neumann,
Bahnbau in Rössen.

Nebenverdienst bis 1000 M. monatl. zuhause, ohne Vorkenntnisse. Näher. auf briefl. Anfrag S. Woehrel & Co., G. m. b. H., Berlin-Lichterfelde, Postf. 603.

Tüchtigen Tischler
stellt ein Neumarkt 22.

Ziegeleiarbeiter
und 1 Mann für das Bahnpferd
werden angenommen.
Ziegelei Amtshäuser 2.

Kräftige
Arbeiter
werden eingestellt.
Königsmühle.

Öffentliche Volks-Versammlung.
Am Dienstag, den 9. März, abends ½8 Uhr, findet im „Kasino" eine
öffentliche Volksversammlung statt.
Redner: Schriftsteller Dr. Stadtler, Berlin.
Thema:
Deutsche Lebensfragen der Gegenwart.
Freie Aussprache!
Die ganze Einwohnerschaft von Merseburg wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.
Zur Deckung eines Teils der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 50 Pf. erhoben.
Liga zum Schutze der deutschen Kultur.
Sektion Halle.

Deutsch-Evangelischer Frauenbund.
Mittwoch, den 10. März, nachm. 5 Uhr im Saale des Landeskulturamts, Wilhelmstraße Nr. 4
Vortrag:
„Was müssen sozial interessierte Frauen von der christlichen Gewerkschaftsbewegung wissen."
Herr Pastor Riem.
Daran anschließend Aussprache über die in Merseburg zu errichtende **Häusliche Nothilfe.** Mitglieder des **Deutsch-Evangel. Frauenbundes** und des **Hausfrauen-Verbandes** sind herzlich eingeladen. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Verein für Heimatkunde e. V.
Nächste Monatsversammlg.
Montag, d. 8. März, abends 8 Uhr i. „Herzog Christian".
Vortrag des Herrn Privatgelehrten Daehne-Dölau:
Mehr Insektenkunde.
Gäste willkommen. Der Vorstand.

Diskussionsabende
über
*** Weltanschauungsfragen ***
am Mittwoch, den 10. und 24. März, den 14. und 28. April, abends 8 Uhr,
im oberen Saale des Jugendheims Herzog Christian.
Leiter: Herr Superintendent Professor Bithorn.
Jedermann herzlich willkommen!
Die Leitung der Merseburger Bildungsabende.

Leuna. Gasthaus zum heiteren Blick.
Sonntag, den 7. März, von nachm. 3 Uhr an
Ball-Musik
wozu ergebenst einladet Ernst Eißner.

Trebnitz.
Sonntag, den 7. März
große Ballmusik.
Volles Orchester. Anfang 3 Uhr.
Dazu ladet freundlichst ein A. Heyer.

Zu letzten Stunden
mache ich auf den am Sonntag, den 7. März, in Schkopau stattfindenden Letzten
Preis-Masken- u. -Kostümball
aufmerksam. Von nachmittags 3 Uhr an Tanz. — Maskeneinlaß 6 Uhr. Volles Orchester. —
Ergebenst L. Berger.

Voranzeige! Voranzeige!
Spergau Gasth. Zur preuß. Krone
Billard-Klub „Grüne Wiese"
Sonnabend, den 13. März, von abends 8—11 Uhr und Sonntag, den 14. März, von nachmittags 2—6 Uhr
groß. Billard-Geldpreis-Kegelspiel
von 3 Uhr ab **Ball** mit Kappenfest, wozu freundlichst einladen Der Klub. Der Wirt.

Geübte und schon mehrjährig tätige
Putz-Arbeiterinnen
für Jahresstellung werden jederzeit angenommen.
Marie Müller Nachf.
M. Merker u. H. Sachse.

Warnung!
Wir warnen hiermit jedermann, Hunde in der Meuschauer Flur frei umher laufen zu lassen, da wir infolge der Jagdschäden den Jagdaufseher angewiesen haben, jeden frei umher laufenden Hund zu erschießen.
Die Jagdpächter.

Saubere Bedienung
für vormittag gesucht
Dreizner, Wilhelmstr. 2, part.

Hausmannsgesuch.
Wohnung Hallesche Str. 42 ist gegen Tausch an älteres, kinderloses Ehepaar zu vermiet., kann sofort oder 1. 4. bezogen werden. Hausmannsarbeiten sind zu übernehmen.
Otto Fuchs, Hallesche Str. 42, I

14—15 jährigen
Arbeitsburschen
sucht für sofort
Peitschenfabrik Hallesche Straße.

---

1 Klempnerlehrling
sucht zu Ostern
Walter Dreße, Klempnermstr.

Fräulein
geübte Stenotypistin, für hiesig. Fabrikkontor z. sof. Antritt ges. Off. unt. 592 a. d. Exp. d. Bl.

Jüngere Dame
zur Bedienung des Fernsprechers und Schreibmaschine für sofort gesucht. Flottes Stenographieren Bedingung.
Günther Liebmann, Markt 20.

Zeitungsausträgerin
sucht G. Kleinert, Kl. Ritterstr. 13

Zeitungs-Austräger
für südlichen Stadtbezirk per 1. 4. gesucht
Merseburger Korrespondent.

Laufjunge
14—15 jährig, sowie eine
Anlegerin
werden gesucht
C. Görling, G. m. b. H.

Frau
z. Reinigen der Kontorräume gesucht. Georg Göpel, Masch.-Fabrik, Hallesche Straße 13.

Frau
zum Umgraben gesucht
Kopp, Leunaer Straße.

Für einen frauenlosen Haushalt in Merseburg wird zu Anfang April d. J. eine in allen häuslichen Arbeiten, insbesondere im Kochen, Einmachen, Einwecken erfahrene, ältere
Wirtschafterin
gesucht. Meldungen werden unter 607 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Einfache Stütze
oder kinderliebes Mädchen für Haushalt und Kinder gesucht. Zweites Mädchen und Waschfrau vorhanden.
Frau Mühlenbesitzer Lenz, Mühle Oberbeuna b. Merseburg

Dienstmädchen erhält,
wer die Unstrut-Zeitung, Laucha, zur Insertion benutzt

Suche zum 1. April
Zweitmädchen
für Hausarbeit und Hilfe in der Küche, mit Gelegenheit zum Kochen erlernen.
Frau Erste Bürgermstr. Hertzog, Hallesche Straße 19, 1 Tr.

Besseres junges Mädchen
bei einem 2jährigen Kinde für die Nachmittagsstunden von 1—7 Uhr gesucht. Zu erfragen Hotel „Goldene Sonne".

Bei hohem Gehalt für besseren Haushalt tüchtiges **Mädchen,** welches Kochkenntnisse besitzt, oder **einfache Wirtschafterin** oder **Mamsell** für 1. April gesucht. Stubenmädch. vorhand. 3. erfr. i. d. Exp. d Bl.

Ordentliche Aufwartung
für 4 Stunden vormittags per sofort gesucht. Frau Jenny Embruch, Hallesche Straße 53.

Aufwartung
für sofort gesucht
Domstraße 5, 1 Tr.

Eine Aufwartung
für vormittags gesucht
Eisenbahnstraße 5, 1 Tr.
Daselbst auch Ausbesserin für Wäsche und Kleider gesucht.

Verloren.
Heimgekehrt. Kriegsgefangener verlor am Donnerstag abend auf dem Wege Breite Str. bis Altenburg ein großes weißes **Kuvert mit Papiergeld** (seine ganze Barschaft). Geg. gut. Bel. abzugeb. Unt.-Altenburg 10, III

Weißer Hund
mit gelben Flecken abhanden gekommen. Gegen gute Belohnung abzugeben **Depot Frankleben.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200307-18/fragment/page=0004
DFG

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 57. Sonntag den 7. März 1920. 46. Jahrg.

Zur Politik des deutschen Bauernbundes.

Von Richard Bax-Berlin,
Generalsekretär des Deutschen Bauernbundes.

Die Umlegung landwirtschaftlicher Grundstücke.

Ein preußischer Gesetzentwurf.

Der Preußischen Landesversammlung ist der Entwurf zu einem Gesetz über die Umlegung von Grundstücken (Umlegungsordnung) zugegangen. Der § 1 des Entwurfes lautet:

„Die vermengt liegenden oder unwirtschaftlich gestalteten Grundstücke verschiedener Eigentümer einer Feldmark können behufs besserer Bewirtschaftung umgelegt werden, wenn davon eine erhebliche Verbesserung der Landeskultur zu erwarten ist.“

Die §§ 2—28 des Gesetzes enthalten Einzelvorschriften über das Verfahren bei der Umlegung, über die Einspruchsrechte der Eigentümer, über die Bestimmung der Entschädigungen an Eigentümer und der Abfindungen an Pächter und so fort.

In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß gerade die bittere Not unserer Zeit es erheischt, dem vaterländischen Grund und Boden die höchsten Erträge abzuringen. **Das setzt voraus, daß die Grundstücke eines Besitzers nicht zerstreut und im Gemenge mit anderen liegen, sondern, daß sie wirtschaftlich zusammenhängen.** Wie die Landeskulturämter und Landwirtschaftskammern der westlichen Provinzen übereinstimmend berichten, haben die Grundstücke in Gemeinden, in denen die frühere Zersplitterung durch Umlegung beseitigt oder stark gemindert war, und die durch ein gutes Wege- und Grabennetz erschlossen waren, höhere Erträge gebracht, und sie konnten schneller und leichter bestellt und abgeerntet werden, als in denjenigen Gemeinden, in denen ein Umlegeverfahren noch nicht stattgefunden hat.

Um Grundbesitzer, die ihrer Pflicht zu möglichster Ausnutzung ihrer Grundstücke nicht gerecht werden, zwingen zu können, muß eine gesetzliche Handhabe geschaffen werden, die das Zustandekommen von Umlegungen in jeder Weise fördert. Es kommt hinzu, daß der in neuerer Zeit immer stärker hervortretende Wunsch kleinerer Besitzer, ihre Stelle durch Zukauf aus angrenzendem Großgrundbesitz zu vergrößern, oft zweckmäßig nur erfüllt werden kann, wenn das hinzuerworbene Land in wirtschaftlichen Zusammenhang mit dem alten Besitz gebracht werden kann.

Nach dem geltenden Recht können wirtschaftliche Umlegungen von Amts wegen nicht eingeleitet werden. Sie setzen stets einen Antrag der Beteiligten voraus. Infolgedessen gehen die Umlegungsanträge sehr unregelmäßig ein. Es muß daher die Abhängigkeit von einem Antrage der Beteiligten, das Haupthindernis, das der Einleitung neuer Umlegungsverfahren und damit dem jetzt durch die Verhältnisse gebotenen planmäßigen Vorgehen auf dem Gebiet entgegensteht, beseitigt werden.

Der neue Gesetzentwurf will einerseits die Einleitung neuer Umlegungen auch ohne Antrag zulassen, er will andererseits den Beteiligten möglichste Sicherung gegen die Einleitung nicht wirtschaftlicher oder unzweckmäßiger Umlegungen geben. Zugleich will er aber auch eine größere Übersichtlichkeit gegenüber dem geltenden Rechtszustand durch eine Einheitlichkeit der anzuwendenden Vorschriften schaffen. Zurzeit sind für die Umlegung acht verschiedene Vorschriften für die einzelnen preußischen Provinzen in Geltung. Alle diese Gesetze stimmen in den Hauptgrundsätzen miteinander überein. Es hat daher keine Bedenken, die Vorschriften zusammenzufassen, zumal sich eine Einheitlichkeit auf diesem Gebiete schon längst, namentlich im Interesse der Förderung der inneren Kolonisation, als dringendes Bedürfnis herausgestellt hat.

Die Bodenreformer.

Es gibt einen Verband, dessen Anhänger sich **Bodenreformer** nennen. Diese wollen den Bodenwucher und seine üblen Folgen beseitigen. Wird uns ein gangbarer Weg gezeigt, der die **Verteuerung des Bodens verhindert** und die damit zusammenhängende **Überschuldung beseitigt**, so wollen wir gerne mitarbeiten; denn die hohen Zinsen haben schon vielen Bauern schlaflose Nächte gemacht. Nach wie vor werden **aber wohl** die Bodenpreise von Angebot und Nachfrage abhängen, und **kein Reformer kann den Boden billiger machen.** Darauf kommt es aber an und nicht auf die Frage, wer die mühelos entstandene Bodenrente erhalten solle.

Auch können wir nicht einsehen, warum der Grundbesitzer neben der Einkommens- und Vermögenssteuer noch **eine Sonderabgabe** entrichten soll. Will man durch besonders scharfe Steuern bewirken, daß städtischer Boden nicht jahrelang ungenützt liegt oder daß der Großgrundbesitz zum guten Wirtschaften gezwungen wird, so sind wir damit einverstanden. **Eine Sozialisierung der Grundrente des landwirtschaftlichen Bodens lehnen wir aber ab;** denn diese Feststellungen erfordern einen teuren Beamtenapparat, würden auch Ungerechtigkeiten, Beschwerden und Verärgerungen zeitigen und könnten doch niemals die wahre Grundrente (d. h. die Zinsen aus dem Bodenwert ohne Rücksicht auf Verbesserungen) einwandfrei feststellen. Es wird hier wieder einmal versucht, Maßnahmen, die städtische Mißstände beseitigen könnten, auf die ganz anders gearteten ländlichen Verhältnisse auszudehnen.

Auch die **Wertzuwachssteuer lehnen wir für ländliche Verhältnisse ab;** denn auf dem Lande ist Wertzuwachs, der nicht durch persönliche Arbeit entsteht, und von der Steuer verschont bleibt, äußerst selten.

Alles in allem: Soweit die Bodenreform sich auf die Forderungen beschränkt: Abänderung des ländlichen Kredit- und Steuerwesens, Ausbreitung des Gedankens der Rentengutsbildung, der Heimstättengründung und ähnliches, gehen wir mit. Wertzuwachssteuer und erst recht Sozialisierung der Grundrente landwirtschaftlich genutzten Besitzes lehnen wir ab, nicht, weil wir sie für ungerecht halten, sondern, weil wir ihre praktische Durchführbarkeit für das flache Land bezweifeln.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 6. März.

Auf Anfrage des Abg. Weinhausen (Dem.) wird regierungsseitig geantwortet, daß die Gewährung von Krediten seitens holländischer Banken an Internierte in Holland, deren Rückzahlung jetzt nach dem augenblicklichen Kurswert verlangt wird, Privatsache sei. Der Regierung ständen keine Mittel zur Verfügung, um die Schuldner zu unterstützen.

Auf Anfrage Kunert (U. S.) wird geantwortet, daß die Regierung nach eben erfolgter Annahme des Betriebsrätegesetzes eine Abänderung der Bestimmungen desselben herbeizuführen nicht gewillt sei.

Abg. Kunert (U. S.) fragt an, ob die Reichsregierung bereit sei, die amnestierten Meuterer und Deserteure, die in der Gerlachversammlung in Charlottenburg, geführt von gleichgesinnten Offizieren, anständige Staatsbürger in bestialischer Art mißhandelt hätten, zu entwaffnen und diese Horde von Militärs mit Noskeausweisen den Gerichten zu übergeben.

Regierungsseitig wird geantwortet, daß der Reichswehrminister es ablehne, auf eine in solcher Form gestellte Anfrage zu antworten.

Auf Anfrage Laverrenz (Dn.) wird geantwortet, daß das Entschädigungsverfahren für Kolonialdeutsche möglichst beschleunigt werden solle.

Dritte Beratung des Gesetzentwurfes zur Ergänzung des Gesetzes zur

Verfolgung von Kriegsverbrechen usw.

Abg. Dr. Düringer (Dn.): Wir lehnen das Gesetz ab.

Reichsjustizminister Schiffer: Wir wünschen, daß die Sprüche des Reichsgerichts möglichst bald herbeigeführt werden. Dazu müssen wir auch die Namen und Adressen derer haben, die in der Liste ohne Namen angeführt sind. Die Betreffenden müßten sich melden, um eine Klärung der Sachlage zu beschleunigen. (Unruhe rechts.)

Abg. Dr. Kahl (D. Vpt.): Meine Partei nimmt das Gesetz an, allerdings nur mit äußerstem Widerstreben. Ist die Regierung bereit, auf die Note Lloyd Georges vom 13. Februar mit ihren entehrenden Unterstellungen eine deutsche Antwort zu geben?

Reichsminister Müller: Selbstverständlich wird die Regierung die noch unbeantwortete Note vom 13. eFbruar beantworten und sich verwahren gegen die Angriffe. Die Regierung wollte die Verabschiedung dieses Gesetzes abwarten. Ebenso selbstverständlich werden wir auch für diejenigen, die in Feindesland oder im besetzten Gebiet sich befinden und dort wegen angeblicher Kriegsverbrechen ergriffen werden, das gleiche Recht verlangen, wie für alle anderen Deutschen. Überall in der ganzen Welt ist man heute überzeugt, daß

Schweinereien und Verbrechen in allen Ländern vorgekommen sind.

Die Ausgabe einer Gegenliste durch uns wird vielfach gefordert. Glaubt jemand, die Entente würde ihre Leute daraufhin bestrafen? Die Regierung muß sich den Zeitpunkt vorbehalten, wann sie mit der Liste heraus kommt.

Abg. Katzenstein (Soz.) spricht für die Annahme des Entwurfes. Die Opposition der Rechten sei recht billig gewesen.

Nachdem sich noch der Abg. Falk (Dem.) gegen den Abg. Düringer gewandt hat, wird das Gesetz gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfes eines Landessteuergesetzes.

Abg. Leicht (Ztr.): Das Gesetz hebt die Selbständigkeit der Länder und Gemeinden vollkommen auf.

Abg. Dr. Becker-Hessen (D. Vpt.): Meine Partei wird ihre Zustimmung zu dem Gesetz von seiner endgültigen Gestaltung in der dritten Lesung abhängig machen.

§ 1 wird angenommen. Zu § 2: „Die Inanspruchnahme von Steuern für das Reich schließt die Erhebung gleichwertiger Steuern durch die Länder und Gemeinden aus usw.“ bemerkt

Abg. Dr. Beyerle (Bayer. Vpt.), daß der § 2 den Ländern die Finanzhoheit nimmt. Er widerspricht der Reichsverfassung.

Unterstaatssekretär Moesle führt aus, daß § 2 der Reichsverfassung nicht widerspreche, auch nicht der zweite Absatz, der die Erhebung von Zuschlägen zu Reichssteuern von der gesetzlichen Ermächtigung abhängig macht.

Abg. Pohl (Dem.) stimmt dem zu. Es sei richtig, daß wir uns mit diesem Gesetz in eine dunkle Zukunft hineinbegeben. Aber dem Reiche müßten die nötigen materiellen Sicherheiten gewährt werden. Verfassungswidrig sei weder das Gesetz noch § 2.

Abg. Vogel (Ztr.): Der gewaltige Bedarf des Reiches, der Druck des Friedensvertrages zwingen uns, dem Reiche die Finanzhoheit einzuräumen.

Abg. Düringer (Dn.): Meine Partei wird für den § 2 stimmen, aber gegen das Gesetz.

Abg Schneider-Franken (D. Vpt.): Gewiß könne das Reich sämtliche Steuern in Anspruch nehmen, aber es könne die Länder und Gemeinden nicht von der Erhebung gleicher Steuern ausschließen.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Dr. Zöphel (Dem.), Burlage (Ztr.) und Dr. Braun-Franken (Soz.), die für die Annahme des § 2 sprechen, wird über den Paragraphen namentlich abgestimmt. Der Paragraph wird mit 219 gegen 33 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Weitere Paragraphen werden angenommen.

Morgen 1 Uhr Fortsetzung, Besitzsteuergesetz.

Deutschland.

Ein Appell an die Vaterlandsliebe.

Professor Dr. Baumgarten-Kiel richtet in der „Kieler Ztg.“ einen warmherzigen Appell an die Vaterlandsliebe aller Deutschen zur Rettung vor der uns drohenden Hungersnot. Er schreibt u. a.:

„Von Tag zu Tag steigen unsere Schulden an das feindliche Ausland für so völlig entbehrliche Artikel wie Zigaretten, Schokolade, Seidenwaren, Parfümerien und — steigt zugleich die deutsche Zahlungsunfähigkeit für lebensnotwendige Zufuhr von Nahrungs- und Futtermitteln, ohne die wir unsere Ernährung bis zur neuen Ernte und eine ausreichende Milch- und Fettversorgung unserer Mütter und Säuglinge nicht sicherzustellen vermögen. Es gibt gegen diese furchtbare Gefahr für das nackte Leben der Nation kein anderes Mittel als der Entschluß aller wirklich anständigen und aufrichtigen Vaterlandsfreunde, den Weiterbezug der genannten Luxusgegenstände als ein Verbrechen gegen die Nation zu brandmarken. Kürzlich wurde in einem geschlossenen Kreise deutscher Männer und Frauen nach einer überzeugenden Schilderung vorstehend skizzierter Zusammenhänge die Frage aufgeworfen, ob es nicht möglich sein würde, durch einen Appell an die Vaterlandsliebe jedes einzelnen den grundsätzlichen Verzicht unseres Volkes auf Bezug solcher Waren zu erreichen, die dem einzelnen schlechthin entbehrlich, dem Ganzen aber ebenso tödlich sind. Darauf mußten wir aus berufenstem Munde hören, daß das vorgeschlagene Mittel das einzig Aussicht auf Erfolg versprechende und zweifellos auch durchführbare wäre, wenn die deutsche Nation nur denselben starken, entsagungsreichen Patriotismus besäße, wie ihn das englische Volk angesichts der Aushungerung durch den U-Bootkrieg bewiesen hat. Sollte wirklich ein Volk, das über vier Jahre die ungeheuren Wirkungen der Blockade nahezu schweigend getragen, das den Rübenwinter mit zusammengebissenen Zähnen überstanden hat, nun, wo es das nackte Leben des Volkes, die Erhaltung der Kranken, Mütter, Säuglinge gilt, nicht imstande sein, auf den Genuß von Zigaretten und Schokolade, von Bohnenkaffee und echtem Tee, auf die Befriedigung eitler Gesellschaftsmoden so lange zu verzichten, bis all die guten und schönen Dinge ohne Schädigung der Lebensnotwendigkeiten des Volkes wieder zu haben sein werden?“

Der Bund der Landwirte über die Regierung.

Am 19. Februar fand in Unteraltertheim in Unterfranken eine vom Bunde der Landwirte einberufene Versammlung statt, als deren Referent der Wanderredner Börner erschien. Daß der Bund der Landwirte ein grimmiger Gegner der jetzigen Regierung ist, dagegen für die Wiederaufrichtung des Kaiserthrones agitiert, ist nichts neues. Wie er aber in der Versammlung in Unteraltertheim über die gegenwärtige Regierung urteilte, das überschreitet alles bisher dagewesene und ist wert, zu allgemeiner Kenntnis gebracht zu werden. Herr Börner sagte: „Die meisten von unserer Regierung haben früher im Gefängnis oder Zuchthaus gesessen und weil diese Leute daher wissen, wie es im Gefängnis oder Zuchthaus ist, begnadigen sie die anderen.“ — Diese Hetze ist ein sehr trauriger Beweis dafür, mit welchen Mitteln der Bund der Landwirte arbeitet, um Mitglieder zu fangen. Hetze und Lüge sind seine Agitationsmittel! Denn ist es nicht eine Lüge, wenn Herr Börner in Sommerhausen erklärte, der Deutsche Bauernbund schließe sich dem Bund der Landwirte an? Ist es keine Lüge, wenn er leugnet, daß der Bund der Landwirte zur deutsch-nationalen Partei gehört und mit ihr durch Dick und Dünn geht? Oder wenn Herr Börner leugnet, daß der deutsch-nationale Abgeordnete Behrens bei dem Betriebsrätegesetz eine bauernfeindliche Haltung eingenommen hat?

*

Politische Wochenrundschau

vom 28. Februar bis 5. März.

Die deutsche Regierung hat erneut der französischen Regierung eine Protestnote wegen des „Loches im Westen“ übermittelt. Sie betont in dieser Note nochmals, wie notwendig es ist, dieses Loch so schnell wie möglich zu schließen. Das durch die unerlaubte Einfuhr bedingte Abströmen von Zahlungsmitteln und die daraus folgende Zerrüttung der deutschen Valuta schädigt ja nicht allein Deutschland, sondern die dadurch fortschreitende Verarmung schädigt vielmehr sehr beträchtlich auch die Länder, denen Deutschland Leistungen aus dem Friedensvertrage schuldet. Bei der begrenzten Leistungsfähigkeit, die Deutschland besitzt, sollte eigentlich die Entente endlich zu der Einsicht kommen, daß diese Leistungsfähigkeit immer geringer wird mit dem Sinken der deutschen Währung.

Die Auslieferungsfrage ist noch immer nicht zur Ruhe gekommen Nach den vorliegenden Meldungen wird die Entente nunmehr Deutschland eine Liste übermitteln, die 46 Namen enthält. Diese Anklagen sollen zunächst vor dem Reichsgericht zur Aburteilung gelangen. An und für sich wäre ja kaum etwas dagegen vom deutschen Standpunkt einzuwenden, wenn der Oberste Rat in Ausführung des letzten Abkommens zunächst eine beschränkte Liste vorlegt. Er wird gleichzeitig in einer Mantelnote dazu seine Bemerkungen machen. Sollt er dabei, wie es nach den Nachrichten den Anschein hat, die 46 als eine Art Probeopfer präsentieren wollen, so müßte auf das schärfste dagegen protestiert werden. Es wäre eine Beleidigung sondergleichen für die deutsche Richterehre, zu verlangen, daß man 46 zu den schwersten Strafen verurteilt, um die übrigen 850 vor jedem Verfahren zu retten

Dabei gewinnt es neuerdings den Anschein, als ob innerhalb der Entente die Kreise, die für eine Revision des Friedensvertrages von Versailles eintreten, an Einfluß gewinnen. Ganz besonders mehren sich in England diese zur Vernunft mahnenden Stimmen. Die Wiederwahl Asquiths ist der beste Beweis dafür, daß das Land entschlossen ist, von der im Kriege befolgten Hurra-Politik zu

Arbeit adelt.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

17. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Heinz Lindeck war zwar derselben Meinung, wie der alte Herr, sprach es aber nicht aus.

Seit Heribert von Lossow sich so schwach fühlte, kam Heinz Lindeck noch öfter als sonst nach Lemkow. Er saß oft lange an dem Lager des alten Herrn, das dieser nicht mehr verlassen konnte. Jetzt kam Gitta nicht mehr jedesmal hinter ihm her, weil der Baron stets den Umweg nahm, um ihr zu entgehen.

Sobald die Lossower auftauchten, verschwand der Baron jedesmal unter irgendeinem Vorwand.

Kuno und seine Frau beobachteten mit unruhigen Augen die zunehmende Schwäche Onkel Heriberts. Ihr ganzes Sinnen und Denken galt jetzt dem Wunsch, daß dieser sterben möchte. Dann glaubten sie gewonnenes Spiel zu haben. Noch war ja Fritz Lossow nicht im Lande, noch drohte ihnen durch diesen keine Gefahr.

Jedenfalls war es der leidenschaftlichste Wunsch dieses edlen Ehepaares, daß Heribert Lossow sterben möge, ehe Fritz kam.

Und als ob dieser leidenschaftliche Wunsch Gewalt bekommen hätte über den alten Herrn, so siechte er vollends dahin. Die Lossower waren jetzt beständig um ihn, sie lösten sich gegenseitig ab. Es war, als wollten sie Heribert von Lossow bewachen, damit er kein neues Testament machen konnte. Sie ahnten ja nicht, daß dies längst geschehen war. Kein fremder Mensch kam mehr zu dem alten Herrn außer Baron Lindeck, der jeden Tag ein Stündchen am Bette seines verehrten väterlichen Freundes saß.

Diese beiden Männer, die trotz des großen Altersunterschiedes eine so warme Freundschaft verband, sahen sich zuweilen mit verstohlenen Blicken an, wenn die Lossower sich so auffällig um Onkel Heribert bemühten und ihn am liebsten von der Außenwelt abgeschlossen hätten.

So verging auch der Winter, ohne daß Heribert von Lossow wieder zu Kräften gekommen wäre. Als die Vorboten des Frühlings, die ersten lauen Winde über die Felder wehten und die Sonne den Schnee wegküßte, fand man eines Morgens den alten Herrn tot in seinem Bette. Ganz still und sanft war er in der Nacht verschieden, wohl infolge eines Herzschlages. So ruhig und friedlich, so sanft und unmerklich war sein Ende gekommen, daß sein alter Diener, der bei ihm wachte, nicht gemerkt hatte, wie der Schlaf in den Tod übergegangen war. Auf seinem Antlitz lag der Ausdruck hehren Friedens.

Am frühesten Morgen ritt ein Bote nach Lossow und nach Lindeck, um das Hinscheiden des alten Herrn zu melden.

Die Lossower vernahmen die Trauerkunde mit heimlicher Befriedigung. In fliegender Eile begaben sie sich nach Lemkow, nachdem Kuno von Lossow ein Telegramm an Botho gesandt hatte, das ihn nach Hause rief.

Der alte Diener Heribert von Lossows hatte, wie es sein Herr ihm schon früher befohlen, sofort nach der Stadt an den Notar des alten Herrn telephoniert. Als die Lossower in Lemkow eintrafen, fanden sie den Notar Dr. Holm bereits anwesend.

Zu ihrem Erstaunen zeigte ihnen Dr. Holm eine Vollmacht, die ihn beauftragte, in Lemkow bis nach Eröffnung des Testamentes die Oberaufsicht zu führen.

Natürlich wurde er mit Fragen bestürmt, wann das Testament gemacht worden sei und wann es eröffnet werden solle. Auf die erste Frage blieb der Notar die Antwort schuldig; die zweite beantwortete er dahin, daß das Testament eine Stunde nach dem Begräbnis Herrn von Lossows eröffnet werden würde.

Baron Lindeck war gegen seinen Willen Zeuge dieser Szene gewesen. Die nervöse, gierige Hast der Lossows berührte ihn sehr unangenehm. Er trat an die bereits aufgebahrte Leiche seines väterlichen Freundes heran und sah ernst und bewegt in das stille Gesicht, auf dem die Majestät des Todes lag. Da huschte ein Sonnenstrahl über das Gesicht des stillen Schläfers; er umzuckte den auf ewig geschlossenen Mund — es war wie das leise sarkastische Lächeln, das im Leben so oft um seine Lippen geschwebt hatte.

Die wenigen Tage bis zur Beerdigung vergingen schnell. Botho war von Berlin gekommen, um dem Großonkel die letzte Ehre zu erweisen. Auch er war fieberhaft erregt, hoffte er doch, daß nun bessere Zeiten für ihn kommen würden, und er nicht mehr so sehr zu „knausern“ brauchen würde. Zweifellos war doch sein Vater Onkel Heriberts Erbe. Zum Glück war dieser gestorben, ehe die Amerikaner herüberkamen und „erbschleichen“ konnten.

Trotz dieser Zuversicht waren sowohl für Botho als für seine Eltern und seine Schwester die Tage, die sie von der Testamentseröffnung trennten, eine wahre Höllenqual gewesen. Auch für Gitta bedeutete diese Erbschaftsfrage eine wichtige Entscheidung. War ihr Vater der Haupterbe, dann erhielt sie eine glänzende Mitgift, denn Lemkow war nicht Majorat wie Lossow, und sie würde mit dem Bruder gleiche Rechte daran haben.

Wenn sie als reiche Erbin galt, würde Baron Lindeck wohl bald seine abwartende Haltung aufgeben. Aber dann kamen sicher auch noch andere Freier nach Lossow — und sie wollte es sich noch sehr überlegen, ob sie den Baron mit ihrer Hand beglückte oder einen andern. Lindeck hatte eigentlich durch seine Zurückhaltung zum mindesten verdient, daß sie ihn ein wenig zappeln ließ. Dann wollte sie sich rächen für sein zurückhaltendes Wesen, mit dem er sie gekränkt hatte. Ach, wenn doch erst das Begräbnis vorüber wäre!

Das war der heiße Wunsch der Lossower. Und die Zeit bis dahin erschien ihnen wie eine Ewigkeit.

Kuno hatte es nicht für nötig befunden, seinem Bruder Fritz das Ableben Onkel Heriberts zu melden. Nun dieser tot war, würde die Angelegenheit mit dem Bruder ohnehin in ein ganz anderes Fahrwasser kommen. Kuno war froh, daß er den „diplomatischen Brief“ an Fritz noch nicht abgeschickt hatte.

Sollte wider Erwarten und gegen Kunos Wunsch Fritz als Miterbe in Betracht kommen, dann erfuhr er es durch den Notar noch immer zeitig genug. Dann war es Zeit zu einer endgültigen Stellungnahme dem Bruder und seiner Familie gegenüber.

Endlich war das Begräbnis vorbei. Das Trauergefolge kehrte in das alte Herrenhaus zurück.

Frau Helene machte, von Gitta wirksam unterstützt, mit stolzer Würde die Honneurs. Gitta sah in der eleganten Trauerrobe sehr gut aus. Das tiefe Schwarz hob den goldigen Glanz ihres blonden Haares.

Schweigend versammelte sich das Trauergefolge nebst den Beamten und der Dienerschaft von Lemkow in dem großen Festsaal des Hauses, wo in langen Reihen Stühle aufgestellt waren. Diesen Stuhlreihen gegenüber war für den Notar ein kleiner Tisch aufgestellt.

Als alle Platz genommen hatten und der Notar mit seiner Aktenmappe an den Tisch trat, herrschte atemlose Stille. Baron Lindeck lehnte abseits in einer Fensternische und sah mit ernsten Augen auf die blassen, abgespannten Gesichter. Wehmütig dachte er daran, daß er heute vielleicht zum letztenmal in diesen Räumen weilen würde, wo er stets ein warmes, treues Freundesherz gefunden hatte. Er sah gleichsam mit den Augen seines alten Freundes über die Versammlung hin, und unwillkürlich spielte auch um seine Lippen ein sarkastisches Lächeln.

Frau Helene saß hochaufgerichtet neben ihrem Gatten, der unzählige Male über seinen Scheitel tastete. Botho klemmte das Monokel krampfhaft ins Auge und Gitta kokettierte selbst in dieser Stunde mit dem Baron, während sie in innerer Unruhe an ihrem Spitzentaschentuch zerrte.

Nun begann der Notar mit den üblichen Formalitäten. Das Testament wurde von den Siegeln befreit, und Dr. Holm begann vorzulesen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200307-18/fragment/page=0005
DFG

einer Politik des Liberalismus zurückzukehren. So betonte der englische Botschafter in Washington, Sir Auckland Geddes, einem Korrespondenten gegenüber, England werde bei der Friedenskonferenz die absolute Notwendigkeit betonen, Deutschland zu helfen, sich wieder emporarbeiten. Auch nach anderen Meldungen will man uns insofern zur Hilfe kommen, als man Deutschland gestattet, eine Anleihe aufzunehmen, die den Vorzug vor allen Kriegsentschädigungen haben soll, um so die Möglichkeit zu bieten zum Wiederaufbau der deutschen Industrie. Es ist erklärlich, daß sich gerade in dieser Frage die Gegensätze zwischen Frankreich und England zuspitzen. Die französischen Forderungen laufen ja noch immer darauf hinaus, daß Deutschland alle Bestimmungen des Versailler Vertrages restlos erfüllen müsse. Natürlich erfolgt diese englische Hilfe keinesfalls unserer schönen Augen wegen, sondern es sind sehr selbstsüchtige Zwecke, die das britische Inselreich damit verfolgt. Am deutlichsten kommen sie zum Ausdruck in einer Londoner Meldung des „Petit Journal", das feststellt, daß die englische Politik sich seit einiger Zeit auf den Standpunkt stelle, man müsse aus Rußland alles herausholen, was an Nahrungsmitteln und Rohstoffen herausgeholt werden könnte, und man müsse aus Deutschland die große Fabrik machen, in der diese Rohstoffe verarbeitet werden. Die französischen Kreise hätten zwar Bedenken gegen eine solche Politik, aber man dürfe die Tatsache nicht verkennen, daß die wachsende Rohstoffnot Englands und der niedrige Sterlingkurs in Amerika England zum Aufgeben der Käufe in Amerika zwinge.

Innerpolitisch steht noch immer die Erzberger-Krise im Vordergrund des Interesses. In dem großen Erzberger-Helfferich-Prozeß ist am 22. Verhandlungstage der Strafantrag gegen Helfferich gestellt worden. Er lautet auf eine Geldstrafe von 300 ℳ, Publikationsbefugnis und Unbrauchbarmachung der Platten der Broschüre. Dieser Strafantrag bedeutet mehr eine Verurteilung des Nebenklägers Erzberger, als des eigentlichen Angeklagten Helfferich, wie denn der Staatsanwalt ja auch feststellte, daß „der Beweis in der Verquickung politischer und geschäftlicher Tätigkeit, der Unwahrhaftigkeit, Denunziation und Unanständigkeit erbracht" sei. Es ist selbstverständlich, daß nach dem Ausgang dieses Prozesses an ein Verbleiben des Reichsfinanzministers Erzberger in seinem Amte nicht gedacht werden kann. So werden denn die verschiedenen Kombinationen über die Umbildung des Reichskabinetts erörtert. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" glaubt feststellen zu können, daß eine weitgehende Umbildung des Kabinetts nicht stattfinden werde und daß eine Entscheidung kaum früher als im letzten Drittel des laufenden Monats fallen dürfte. Es muß bei dieser Gelegenheit immer wieder betont werden, daß die Regierungskoalition durch den Fall Erzberger keinen Augenblick gefährdet ist, daß aber andererseits es durchaus wahrscheinlich ist, daß die Neubesetzung in den Ministerien zu lebhaften Erörterungen zwischen den Mehrheitsparteien noch führen werden.

Die Nationalversammlung beschäftigte sich im wesentlichen mit der Steuerarbeit, die ein großes Interesse nirgends zu erwecken vermag. So kam es sogar dazu, daß das Haus am Montag bei der Beratung des Einkommensteuergesetzes seine Beschlußunfähigkeit feststellen mußte. Ein kleines Zwischenspiel bildete die Erörterung der Anträge der Unabhängigen gegen den Belagerungszustand und die Ausnahmeverfügungen des Reichspräsidenten. Wer auf starke Zusammenstöße zwischen Unabhängigen und ihrem Busenfreund, dem Reichswehrminister Noske, gerechnet hatte, sah sich enttäuscht. Der Redner der Unabhängigen, Cohn, ist kein starker Polemiker und so blieb auch Noske zwar sachlich scharf im Ton, doch aber gemäßigter, als man es sonst von ihm gewohnt ist. Außerdem mußte sich die Nationalversammlung noch mit der sogenannten Lex-Leipzig, dem ergänzenden Gesetzentwurf über die Bestrafung der Kriegsverbrechen befassen. Der außerordentlich heftige Kampf, den die Rechte seit einiger Zeit gegen die Nationalversammlung mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, führt, hat jetzt seinen Ausdruck gefunden in einem gemeinsamen Antrag der Rechtsparteien, die Regierung möge erklären, welche Gesetzentwürfe sie noch der Nationalversammlung vorzulegen gedenke und die Wahlgesetze mit größter Beschleunigung vorlegen, ferner möge sich die Nationalversammlung vom 1. Mai 1920 ab für aufgelöst erklären. Man wird auch vom demokratischen Standpunkt nichts gegen baldige Neuwahlen einzuwenden haben, aber es geht doch wohl nicht an, sich heute schon an einen bestimmten Termin zu binden. Außer den Wahlgesetzen, auf Grund deren ja erst der kommende Reichstag gewählt werden kann, sind noch eine Reihe wichtiger Gesetze zu erledigen und vor allem wird der Etat, die Voraussetzung für eine geordnete Finanzwirtschaft erst noch von der Nationalversammlung erledigt werden müssen. Wenn die Rechte sich jetzt über das langsame Tempo in der Einbringung der Wahlvorlage entrüstet, so darf man doch wohl daran erinnern, wie außerordentlich lange das alte Regie brauchte, um für Preußen eine neue Wahlvorlage auszuarbeiten. Recht zu machen wäre es der Presse der Rechten ja ohnehin nicht. Sie muß ihr Agitationsbedürfnis befriedigen und entrüstet sich einmal über die Langsamkeit in der Gesetzarbeit, um dann im anderen Falle wieder gegen die „Galopparbeit" zu polemisieren.

Provinz und Umgegend.

† **Weißenfels,** 5. März. In einer Schuhfabrik in der Zeitzer Straße erbeuteten Diebe bei einem Einbruch Sohlenleder (15 halbe Rinderhäute) im Gesamtwerte von 10 000 ℳ.

† **Eilenburg,** 5. März. Die Stadtväter bewilligten im „Eilzugstempo" die Reform des Schulwesens. Die Grundschule wird schon am 1. April 1920 an den drei Volksschulen und an der Mittelschule eingerichtet, trotzdem sie erst vom 1. April 1921 ab gesetzlich verlangt wird. Die Reform erfordert eine vorläufige Mehrausgabe von 72 200 ℳ, die auch bewilligt wurden. Die Stadtverordneten gaben weiter ihre Zustimmung zu einer neuen Gewerbesteuerordnung. Danach werden die Steuersätze der 1. Gewerbesteuerklasse um 50 Prozent, der 2. um 25 Prozent und der 3. um 15 Prozent erhöht. Auch die Lustbarkeits-Kartensteuer wird um 100 Proz. erhöht.

† **Altenburg,** 6. März. Neun Stunden Sommerarbeitszeit in der Landwirtschaft. Die Verhandlungen der Vereinigung der Landwirte Sachsen-Altenburgs mit dem deutschen Landarbeiterverband haben zu einem Tarifabschluß geführt. In dem neuen Tarif ist die Arbeitszeit vom 16. Februar bis 30. April auf neun Stunden vorgesehen.

† **Lobenstein,** 6. März. Eine erschütternde Todesnachricht erhielten die Karl Ziermannschen Eheleute in Gahma. Ihr Sohn Hermann war bei den Rückzugskämpfen im Oktober 1918 in die Hände der Engländer gefallen. Wie ein Kamerad, der jetzt aus englischer Gefangenschaft zurückkehrte, mitteilt, plünderten die „Vorkämpfer für Kultur und gegen deutsche Barbarei" die Gefangenen gründlich aus. Bei Hermann Ziermann fanden sie nichts, und aus Wut darüber schoß ihn ein Engländer kurzerhand nieder.

† **Quedlinburg,** 6. März. In der Nacht zum 2. März wurde der Gärtner Oswald von hier durch den Gutsaufseher Sprenger erschossen. Dieser gab 6 Schüsse auf Oswald ab, von denen einer das Herz traf und den sofortigen Tod zur Folge hatte. Sprenger will in Notwehr gehandelt haben, da ihm Oswald aufgelauert und zum Angriff ausgeholt hätte. Fest steht, daß sich beide feindlich gesinnt waren und öfters Auseinandersetzungen miteinander hatten.

† **Meuselwitz,** 5. März. Ein Unglücksfall auf der Bahn trug sich beim Übergang an dem Scheideschachte zu, als ein Geschirr aus Sabissa das Gleis überfuhr und von einem Zuge überrascht wurde. Der Geschirrführer wurde besinnungslos aufgehoben, ein Pferd zerrissen, das andere so schwer verletzt, daß es erschossen werden mußte. Der Wagen ging vollständig in Trümmer.

† **Letzlingen,** 5. März. Rekordpreise für Eichen wurden auf der Holzauktion in Letzlingen erzielt. Eine Eiche brachte 28 000 Mark und eine gar, deren Stamm in zwei Teile zerschnitten worden war, ergab für das Stammende 27 700 ℳ und für das Zopfende 7000 ℳ., zusammen also 34 700 ℳ. Da gibt's aber mal billige Eichenmöbel!

† **Salzwedel,** 5. März. Nachdem die Stadt von dem hiesigen Gefangenenlager zwei Baracken angekauft und 15 Wohnungen daraus hergerichtet hat, deren Kosten sich je Wohnung auf 7500 Mark belaufen, haben die Stadtverordneten den Magistrat ermächtigt, soviel Baracken aus dem Gefangenenlager anzukaufen, wie er nur irgend erhalten kann.

*

Kirchenraub in Meißen.

Meißen, 4. März. Ein schwerer Einbruch mit Kirchenberaubung ist in der vergangenen Nacht in der Trinitatiskirche des Ortsteiles Zscheila verübt worden. Die Einbrecher schlugen auf der Südseite der Kirche ein Fenster ein und gelangten durch dieses ins Innere der Kirche. Dort räumten sie den Altar vollständig aus. Die Altarleuchter, das Kruzefix, Decke und sonstige Altarbekleidung, selbst der Teppich, wurden von den Dieben mitgenommen. Vom Altarplatz aus versuchten die Einbrecher offenbar auch in die Sakristei einzubringen, was ihnen aber nicht gelang. Sie brachen deshalb von außen her von neuem ein und sprengten die eiserne Tür zur Sakristei auf. Aus der zweiten Tür hoben sie ein verglastes Feld heraus. Durch die schmale Öffnung ist offenbar ein schmächtiger Mensch hindurchgekrochen, der sodann im Innern der Sakristei den Raub vervollständigte. Sämtliches Abendmahlsgeräte und eine Taufwasserkanne sind aus einem ebenfalls erbrochenen Schrank geraubt worden. Alle Geräte, Kelche, Hostiendosen, Teller und Löffel waren von Silber und innen vergoldet und stellten einen erheblichen Wert dar. Die Einbrecherwerkzeuge, Beil und Hacke, hatten sich die Räuber aus dem Geräteschuppen des Totenbettmeisters auf dem Friedhofe geholt.

Merseburg und Umgegend.

6. März.

(Weitere Lokalnachrichten siehe Hauptblatt.)

** **Die Ablieferungspflicht der Provinz Sachsen an Pferden an die Entente.** Tierzuchtinspektor Dröse in Torgau ließ sich auf dem Torgauer Kreistag wie folgt darüber aus: Ursprünglich sollten geliefert werden 48 Hengste und 26694 Stuten im Alter von 1½—10 Jahren, jetzt werden verlangt 5 Hengste und 5170 Stuten. Wird die Forderung, nur reinblütige Belgier abzuliefern, streng durchgeführt, so bedeutet das den Ruin unserer Kaltblutzucht. In der Provinz sind im ganzen 17 415 gedeckte Stuten gezählt, davon waren 10 893 Kreuzungstiere und 6522 reinblütig, die also fast alle abgegeben werden müssen. Erschwerend ist die Ablieferung gerade in der Zeit der Abfohlperiode und der Frühjahrsbestellung. Die Abnahme beginnt am 8. März mit 264 Pferden in Magdeburg. Im Rheinland hat der Feind von 100 Stuten 80 abgelehnt. Als Preis hat die Magdeburger Kommission der Regierung vorgeschlagen: 3 jährige und ältere Stuten 22 000 ℳ, 2½jährige 18 000 ℳ, 1½ jährige 15 000 ℳ, Hengste 45 000 ℳ. Die Regierung will jedoch nur 16 800, 14 400, 10 800 bezw. 36 000 ℳ zahlen. Eine Entscheidung ist noch nicht getroffen. Es kann nur geraten werden, freiwillig abzuliefern, denn sonst wird enteignet.

** **Gesundheitszeugnis bei Eheschließung.** In der Preußischen Landesversammlung wurde im Ausschuß für Bevölkerungspolitik eingehend über die Frage der Beibringung eines Gesundheitszeugnisses bei der Eheschließung gesprochen. Neben warmen Befürwortern fanden sich auch Redner, die erhebliche Bedenken gegen eine solche Maßnahme vorbrachten. Die Angelegenheit soll deshalb demnächst noch geklärt werden.

** **Die neuen Dienstmarken.** Während bisher die Landesbehörden in ihrem Briefverkehr durch ein sogenanntes Ablösungsabkommen mit der Postverwaltung Pauschalbeiträge zur Ablösung ihrer Dienstsachen zahlten, werden am 1. April Dienstmarken für den Dienstverkehr eingeführt. Die Abkommen mit Reichsbehörden bleiben jedoch bis auf weiteres aufrechterhalten, z. B. mit dem Reichsgericht, der Reichsschuldenverwaltung und den Militärbehörden für Ortssendungen. Die neuen Marken werden keinerlei Bild oder Figur zeigen, sondern lediglich den Wert in einer großen Zahl, der fast über die ganze Marke geht. Den Hintergrund bilden Arabesken, die für jede einzelne Marke verschieden sind. Den Text bildet lediglich das Wort „Dienstmarke". Die Marken zu 5, 10, 15, 20 und 30 ₰ zeigen keine Angabe der Währung, nur bei der Marke zu 50 ₰ ist auch Pfennig angegeben, bei der zu 1 ℳ auch Mark. An die preußischen Behörden werden Dienstmarken mit dem Eckenaufdruck „21", an die anderen Länder ohne diesen abgegeben. Es gibt auch Postkarten mit dem Stempel zu 10 ₰. Telegrammgebühren dürfen durch Dienstmarken nicht entrichtet werden. Am 1. April werden Sendungen bei der ersten Kastenleerung nicht nachtaxiert, wenn sie in der bisherigen Weise behandelt sind.

** **Die Uniform für das neue Heer.** Wie das Reichsministerium in einer Verfügung vom 22. Februar sagt, hat sich die seit etwa Jahresfrist eingeführte Reichswehruniform nicht in allen Teilen voll bewährt. So sind die Dienstabzeichen zu undeutlich, kostspielig und infolge des zur Verfügung stehenden schlechten Rohmaterials schnell unansehnlich. Sie werden daher bei der Bildung des neuen Heeres durch Abzeichen von der Art ersetzt werden, wie sie sich im Felde bewährt haben. Es ist demnächst ratsam, keine Neuanschaffungen von Dienstgradabzeichen, Schulterschnüren und Armspiegeln vorzunehmen. Die eingegangenen Gutachten der Kavalleriedienststellen haben ergeben, daß sich die Mehrzahl für die Beibehaltung der Lanze ausgesprochen haben. Der Kavallerist der künftigen Wehrmacht wird also mit Lanze, Karabiner und kurzem Seitengewehr bewaffnet sein. Der Kavalleriedegen 89 kommt vorläufig in Fortfall.

** **Beschaffungsbeihilfe.** Beim Reichsfinanzministerium gehen trotz der Mitte Januar veröffentlichten Pressenotiz noch immer zahlreiche Anträge von ehemaligen Angestellten und Arbeitern der Reichs- und Staatsbehörden ein, in welchen um Auskunft über die seinerzeit erlassenen Bestimmungen betr. Beschaffungsbeihilfe gebeten wird. Da eine Bescheidung der einzelnen Antragsteller nicht möglich ist, muß dringend davon abgeraten werden, weitere Anträge oder Anfragen dieserhalb an das Reichsfinanzministerium zu richten. Soweit eine Auskunfterteilung wegen der Beschaffungsbeihilfe seitens einzelner Beteiligter noch für erforderlich gehalten werden sollte, kann ihnen nur anheimgestellt werden, sich an das zuständige Aufsichtsressort bezw. an die Stelle zu wenden, bei welcher sie am Stichtage (3. September 1919) beschäftigt waren.

** **Kein Sechsmonatsabzug für Unterhalt bei der Aufstellung des Vermögenszuwachses.** In der Vollzugsanweisung zum Gesetz über eine außerordentliche Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs ist bestimmt, daß bei der Feststellung des Endvermögens die aus laufenden Einkünften vorhandenen Bestände an Waren, Geld, Banknoten, Kassenscheinen, sowie Bank- und sonstigen Guthaben insoweit außer acht gelassen werden können, als sie zur Bestreitung der laufenden Ausgaben für die nächsten sechs Monate zu dienen bestimmt sind. Über die Tragweite dieses Artikels der Vollzugsanweisung sind nun Zweifel entstanden. Die Bestimmung will den Steuerpflichtigen nicht das Recht einräumen, in allen Fällen den Abzug eines entsprechenden Betrages für sechs Monate zu machen. Denn nach § 6 Nr. 4 des Besitzsteuergesetzes in Verbindung mit § 21 Abs. 2 des Gesetzes über die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs ist nur ein Dreimonatsabzug zugelassen. Der Sechsmonatsabzug soll bloß für die Fälle zugestanden werden, in denen es eine besondere Härte sein würde, wenn der Steuerpflichtige nur berechtigt wäre, den Unterhalt für drei Monate abzuziehen. Diese Voraussetzung ist aber nur dann gegeben, wenn den Steuerpflichtigen in den auf den Stichtag folgenden sechs Monaten zur Bestreitung der laufenden Kosten des Lebensunterhaltes im wesentlichen andere Mittel als die in Rede stehenden nicht zur Verfügung stehen. Die in diesen Fällen nach der Reichsabgabenordnung dem Finanzminister zustehende Erlaßbefugnis wird auf die Finanzämter übertragen. Die Finanzämter können von dieser Erlaßbefugnis bereits bei der Feststellung des Endvermögens Gebrauch machen. Es muß also besonders darauf hingewiesen werden, daß der Steuerpflichtige keineswegs berechtigt ist, ohne weiteres den Bedarf für sechs Monate abzusetzen, sondern es ist ihm nur gestattet, den Unterhalt für die nächsten drei Monate in Abzug zu bringen. Will er darüber hinaus einen weiteren Abzug in Anspruch nehmen, so ist ihm anheimzustellen, die angegebenen Voraussetzungen für einen weiteren Abzug darzulegen.

** **Selbstfahrer für amputierte Kriegsbeschädigte.** Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß — nach einer Verfügung der Reichswehr-Befehlsstelle Preußen vom 8. September 1919 — Kriegsbeschädigten, die an beiden Oberschenkeln amputiert sind, auf begründeten Antrag neben den ihnen zustehenden Kunstgliedern leihweise ein Selbstfahrer bewilligt werden kann, vorausgesetzt, daß sie im Gebrauch ihrer Arme unbehindert sind.

** **Särge sind Gegenstände des täglichen Bedarfs.** Diese bemerkenswerte Entscheidung hat das Reichswirtschaftsministerium ausdrücklich getroffen, nachdem eine Preisprüfungsstelle eine darauf bezügliche Frage gestellt hatte. Nicht nur Gegenstände, die von ein und derselben Person täglich gebraucht werden, sind Gegenstände des täglichen Bedarfs, sondern auch solche, die für den einzelnen nur einmal in Frage kommen. Maßgebend ist, daß der Gegenstand von der Allgemeinheit dauernd begehrt wird.

** **Wertpaket-Verkehr.** Die Zulassung von Wertpaketen bis 100 ℳ unter ähnlichen Versendungsbedingungen, wie sie für Pakete ohne Wertangabe bestehen, war hauptsächlich aus dem Grunde erfolgt, weil bei Verlust und Beschädigungsfällen der gesetzlich zulässige Höchstbetrag der Entschädigung für gewöhnliche Pakete den Schaden meist nicht deckte und dem Absender die Möglichkeit einer höheren Entschädigung gegeben werden sollte. Nachdem nunmehr ein Gesetzentwurf wegen Erhöhung der Entschädigung für den Verlust oder die Beschädigung gewöhnlicher Pakete vorbereitet und somit der Hauptgrund für die Beibehaltung der Wertpakete bis 100 ℳ in absehbarer Zeit hinfällig werden wird, ist eine Erweiterung dieser Einrichtung nicht beabsichtigt.

** **Für die britische Zone der besetzten deutschen Rheingebiete** sind alle bisher seitens der Besatzungsbehörden erlassenen Anordnungen über die Zensur und über sonstige Einschränkungen des Postverkehrs aufgehoben worden. Der Postverkehr mit dieser Besatzungszone richtet sich daher von jetzt an nach den allgemeinen Vorschriften. Die Verordnung der hohen interalliierten Rheinlandkommission vom 10. Januar 1920, die dieser Kommission und den von ihr ermächtigten Beamten für gewisse Fälle das Recht auf die Auslieferung bestimmt bezeichneter Briefe und Postsendungen beilegt, sowie ferner eine Überwachung der Presse seitens der Besatzungsbehörden vorsieht, wird durch die vorgenannten Erleichterungen nicht berührt.

Aus der Stadtverwaltung.

Der nächsten Stadtverordnetenversammlung liegen folgende Vorlagen zur Genehmigung vor:

Zuschuß für den Vaterländischen Frauenverein.

Der Magistrat beschließt, dem Vaterländischen Frauenverein Merseburg-Stadt unter Berücksichtigung der in dem Schreiben vom 2. Februar 1920 dargelegten Gründe zu den Kosten der Säuglingspflege einschl. der Mütterberatungsstunde für das laufende Rechnungsjahr noch einen Zuschuß von 400 ℳ aus Sparkassenüberschüssen zu bewilligen.

Begründung: Es wird zurzeit nur ein Zuschuß von 600 ℳ aus Mitteln der Renkwitz-Stiftung gewährt. Die Erhöhung dieses Zuschusses auf 1000 ℳ dürfte in Anbetracht der für die Erhöhung vom Vaterländischen Frauenverein vorgebrachten Gründe gerechtfertigt sein. Der für das laufende Rechnungsjahr noch erforderliche Betrag kann aus Sparkassenüberschüssen genommen werden, von denen aus dem Jahr 1918 noch rund 40 000 ℳ verfüglich sind.

Mehrkosten für die Lichtanlage im Heimatmuseum.

Der Magistrat beschließt: Die Mehrkosten von 309,50 ℳ für die Lichtanlage mit 4 Brennstellen im Heimatmuseum werden aus den Sparkassenüberschüssen aus dem Rechnungsjahr 1918 bewilligt, wo zurzeit noch 43 793,29 ℳ zur Verfügung stehen. Die Arbeiten sind beendet.

Begründung. Mit Rücksicht darauf, daß das Heimatmuseum auch in den Wintermonaten gern aufgesucht wird, hatte der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung am 9. und 22. Dezember 1919 für die Herstellung einer Lichtanlage 600 ℳ bewilligt.

Diese Summe muß um den Betrag von 309,50 ℳ überschritten werden, weil zwischen Anschlag und Ausführung ein Zeitraum von 8 Wochen liegt und während dieser Zeit die Baustoffe um 300 Prozent und auch die Löhne erheblich gestiegen sind.

Nachbewilligung von Ausgabezugängen: 62 000 ℳ beim Gaswerk und 26 401,80 ℳ beim Elektrizitätswerk.

Die Überschreitung der aus den Anlagen ersichtlichen Ansätze des Haushaltsplanes der Gaswerksverwaltung wird genehmigt und die erforderlichen Mittel mit 62 000 ℳ für die betreffenden Teile als Ausgabezugang nachbewilligt.

Desgleichen wird für das Wasserwerk eine Überschreitung von 26 461,80 ℳ als notwendig anerkannt und diese Mittel in der Höhe zu den einzelnen Ansätzen als Ausgabezugang nachbewilligt.

Begründung: Die im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1919 vorgesehenen Mittel reichen in einzelnen Teilen nicht aus und ist eine Erhöhung erforderlich.

Die Überschreitung der vorgesehenen Mittel hat ihren Grund nicht allein in der Erhöhung der Arbeitslöhne und den außergewöhnlichen hohen Preissteigerungen aller Bau- und Rohstoffe, sondern ist im wesentlichen mit auf die umfangreiche Bautätigkeit und den hieraus folgenden höheren Bedarf an Baustoffen, Geräten und Werkzeugen zurückzuführen.

Es wird um folgende Nachbewilligungen gebeten:

A. Beim Gaswerk:

Teil I	Ziffer 2a	Geschäftszimmer-Unkosten	3 800,— ℳ
„ II	„ 2g	Beschaffung von Gerätschaften und Werkzeugen	9 200,— „
„ V	„ 3	Unterhaltung d. Maschinen u. Apparate	6 000,— „
„ V	„ 5	Unterhaltung der Gasmesser	2 600,— „
„ V	„ 6	Unterhaltung der Münzgasmesser	3 500,— „
„ V	„ 7	Unterhaltung d. Münzgasmesser Manl.	3 500,— „
„ V	„ 8	Unterhaltung der Geräte u. Werkzeuge	6 000,— „
„ IX	„ 3	Gasmesser-Neuanschaffungen	10 000,— „
„ IX	„ 4	Münzgasmesser-Neuanschaffungen	18 000,— „
			62 000,— ℳ

B. Beim Wasserwerk:

Teil IV	Ziffer 3	Unterhaltung der Kessel und Maschinen	2 000,— ℳ
„ IV	„ 4	Unterhaltung des Rohrnetzes	6 000,— „
„ IV	„ 6	Unterhaltung der Geräte u. Werkzeuge	2 700,— „
„ VIII	„ 2	2 Wassermesser-Beschaffungen	15 761,80 „
			26 461,80 ℳ

Bei Festsetzung der erhöhten Gas- und Wasserpreise haben die den Betrieb belastenden Mehrausgaben Berücksichtigung gefunden. Die Mehrausgaben werden also durch höhere Einnahmen ausgeglichen werden.

3000 ℳ Mehrausgaben bei der Bauverwaltung.

Die erforderlichen Mehrausgaben für die Erhöhung der Fuhrlöhne bei der Bauverwaltung in Höhe von rund 3000 ℳ werden als Ausgabezugang bei den in Frage kommenden Abteilungen D und E der Bauverwaltung bewilligt.

Die Erhöhung soll rückwirkend am 1. Februar d. Js. in Kraft treten.

Begründung: Die Geschirrhalter haben beantragt, den für Merseburg vom Verbande aufgestellten neuen Tarif für die Stadtgemeinde anzuerkennen.

Es muß zugegeben werden, daß die Kosten für die Unterhaltung von Pferden und Fahrzeugen in letzter Zeit stark in die Höhe gegangen sind.

Aus diesem Grunde ist es wohl gerechtfertigt, wenn den Geschirrhaltern, die Tagelohnfuhren für die Stadtgemeinde ausführen, der beantragte Satz von 80,— ℳ je Tag und Gespann mit 2 Pferden gewährt wird.

---

§ **Kötzschau,** 6. März. Verbrecherische Diebe drangen in der Nacht zum Sonntag durch ein Fenster in die hiesige Kirche ein und entwendeten zwei große Leuchter, eine wertvolle grüne und eine desgleichen schwarze Altarbekleidung, ferner zwei Altardecken. Wer irgendwie über die Täter Auskunft geben kann, wolle dies bei der hiesigen Gendarmerie veranlassen. Dies ist wohl der erste Fall von roher Kirchenräuberei in hiesiger Gegend. Das Pfarramt Kötzschau setzt für die Wiedererlangung der Gegenstände eine Belohnung von 300 ℳ aus.

§ **Keuschberg-Dürrenberg,** 6. März. Am vorigen Freitag fand im Kurhaus die Hauptversammlung des Bürgervereins statt. Der stellv. Vorsitzende Pastor Held gab in seinem ausführlichen Jahresbericht der Hoffnung Ausdruck, daß im zweiten Jahre seines Bestehens der Verein mehr wirken werde. Die Rechnungslegung ergab eine Einnahme von 390 ℳ, der eine Ausgabe von 111,65 ℳ gegenüberstand, so daß ein Barbestand von 278,66 ℳ verbleibt. Die Zahl der Mitglieder ist von 142 auf 130 zurückgegangen. Für die ausscheidenden Vorstandsmitglieder wurden gewählt Ingenieur Köhler als erster Vorsitzender, Herr Strümpel sen. als Schriftführer und San.-Rat Dr. Seyerlen und Bäckermeister Müller als Beisitzer wiedergewählt. Eingehende Aussprachen fanden statt über die Erlangung von elektrischer Energie in die Gemeinden Keuschberg-Porbitz; die meisten Ansichten gingen dahin, daß die Gemeinden unbedingt das Leitungsnetz bauen müßten. Ferner kam die Erhöhung der Kurgebühr seitens der Gemeinden auf 30 ℳ zur Sprache und es wurde bezweifelt, ob die behördliche Genehmigung dazu erteilt werden würde.

m. **Ermlitz,** 6. März. In die Diebstahlssache des hiesigen Ritterguts, wo Wäsche, Betten und Kleidungsstücke gestohlen worden waren, scheint jetzt etwas Licht zu fallen. Als der Tat dringend verdächtig wurde verhaftet der herrschaftliche Kutscher des Rittergutes selbst, der noch Helfershelfer in Leipzig haben soll. Zum Fortschaffen des Diebesgutes hatten die Spitzbuben augenscheinlich einen mit zwei Pferden bespannten Rollwagen nötig gehabt.

w. **Lauchstedt,** 6. März. Am Donnerstag den 4. d. Mts. hatte der Führer der Einwohnerwehr die Kameraden zusammen gerufen, um ihnen den Führer der Kreiswehren Kreisrat Rittmeister Nette-Schkopau vorzustellen. Kreisrat Nette gab in einem Vortrag den Zweck der Einwohnerwehr bekannt. In der folgenden Aussprache wurde das geringe Interesse der Landwirtschaft getadelt. Es wurde hervorgehoben, daß durch den Polizei- und Feldschutz gerade die Landwirtschaft Nutznießer der Einrichtung sei. Wo bleiben da die Beschlüsse des Landbundes? Wer waren die Gründer, die Angsthasen von 1918/19, die die Gründung der Einwohnerwehr mit allen Mitteln betrieben? — Am Mittwoch den 3. d. Mts. hatte der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (D. H.-V.) zu einem Vortrag über das Betriebsrätegesetz eingeladen. Der Referent Bartels, Bezirksvertreter des D. H.-V. aus Halle hatte es verstanden, das große Paragraphenwerk an Hand von Beispielen den Zuhörern verständlich vorzutragen. Er kennzeichnete die Vor- und Nachteile des Gesetzes und stellte hierbei fest, daß seiner Meinung nach der Arbeitgeber wohl den größten Nutzen von dem Gesetz habe, für den Angestellten sei es sehr verbesserungsbedürftig. Das sei aber Schuld der bürgerlichen politischen Parteien, welche sich von den Arbeitgeber-Verbänden hätten einfangen lassen. Nach dem Vortrag setzte eine lebhafte Aussprache ein, die von den Vertretern der freien Gewerkschaften (sprich lieber Generalstreiklern, pardon Generalstäblern der U. S. P.) benutzt wurde, die Bestrebungen des D. H.-V. zu verunglimpfen. Die Redner der freien Gewerkschaften gaben offenherzig die Ziele preis, die sie

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200307-18/fragment/page=0006

verfolgen, indem sie erklärten, die freien Gewerkschaften seien die Brücke zum Rätesystem, zur Diktatur des Proletariats. Im Schlußwort wies der Referent Bartels die Angriffe scharf zurück und gab Herrn W. Meyer den Rat, die Nase erst in das Buch zu stecken und dann zu reden. Dem zweiten Vertreter zeigte er an Hand von Beispielen, daß die von ihnen vertretenen Ansichten den Zusammenbruch unseres gesamten Wirtschaftswesens herbeiführten.

g. **Burgliebenau,** 6. März. Haumeister August Böhme hier konnte jetzt auf eine 44 jährige ununterbrochene Tätigkeit im forstwirtschaftlichen Betriebe des Unterforstes Burgliebenau, zur früheren Oberförsterei Schkeuditz, jetzt Halle gehörig, zurückblicken. Aus diesem Anlaß wurden dem 70 jährigen treuen Jubilar, welcher heute noch mit besonderem Pflichteifer und verhältnismäßig noch recht frischen Körperkräften seinen immerhin nicht leichten beruflichen Arbeiten getreulich nachgeht, von seiner zuständigen Behörde ein namhaftes Geldgeschenk zuteil. Möchte dem Jubilar, welcher sich auch sonst allgemeiner Achtung und Beliebtheit erfreut, noch ein recht langer sonniger Lebensabend beschieden sein!

g. **Raßnitz,** 6. März. Zu den kürzlich in der hiesigen Gemeinde veranstalteten Versteigerungen von Pappelbrennholz hatte sich ein recht zahlreiches kauflustiges Publikum eingefunden. Bei der ersten Versteigerung wurden die Abraumhaufen bis 40 M pro Stück bezahlt, während bei der zweiten die Preise hierfür bis auf etwa 20 M sanken. Das Scheitholz war bei der letzten wieder erheblich teurer, indem das Raummeter 58 bis 65 M kostete. Die Nutzholzstämme, von denen der stärkste etwa 2½ Festmeter enthielt, und die anderen bedeutend schwächer waren, sind bereits zuvor verkauft worden, und für 220 M pro Festmeter an den Mann gekommen.

g. **Aus dem Elstertale,** 6. Mai. Die Frühjahrsbestellung, welche in normalen Zeiten um Mitte März oder gegen Ende dieses Monats zu beginnen pflegt, hat in diesem Jahre bei dem milden Winter bereits Ende vorigen Monats mit der Aussaat von Sommerweizen in den größeren landwirtschaftlichen Betrieben hier begonnen. Die Aussaat von Erbsen hat sich schon angereiht und die übrigen Fruchtarten werden allmählich folgen. Die herrlichen Witterungsverhältnisse begünstigten bisher die Arbeiten und allenthalben herrscht reges Leben in den Feldmarken.

Mücheln und Umgegend.

6. März.

‡ **St. Micheln,** 6. März. Unser Ortsbild hat zum Bedauern aller Naturfreunde eine recht beklagenswerte Veränderung erfahren dadurch, daß unsere alte, ehrwürdige Dorflinde der Axt zum Opfer gefallen ist. Der nie rastende Zahn der Zeit hatte teilweise ihre Wurzeln bloßgelegt, so daß sie die unter ihr stehenden Gebäude ernstlich bedrohte und daher niedergelegt werden mußte. Hoffentlich wird an ihrer Stelle bald eine neue angepflanzt werden.

‡ **Querfurt,** 6. März. Wiedergefundene Diebesbeute aus dem Einbruch bei König. Bei einer stattgefundenen nochmaligen Durchsuchung der Wohnung der Frau B. wurden in einem Futterfasse, eingewickelt in einen Sack, vorgefunden: 9 Paar Schuhe, 4 Paar Filzschuhe, 20 Paar Lederriemen und Lederabfälle. Durch die in dem Fasse befindliche Flüssigkeit sind die wiedergefundenen Sachen ziemlich wertlos geworden. Ein anderer Teil der Diebesbeute konnte bei dem Kriegsinvaliden W. in Reinsdorf bei Artern beschlagnahmt werden, und zwar 3 Paar Schuhe, verschiedene einzelne Schuhe und 2 Paar Filzpantoffeln.

‡ **Freyburg a. U.,** 6. März. Jahnhaus und Jahnmuseum werden einer Neuordnung, sowie einem Neu- und Umbau unterzogen. Im Jahnmuseum sind die Sammlungen von dem langjährigen Geschäftsführer der Deutschen Turnerschaft, Professor Dr. Rühl, und dem Verwalter des Museums, Lehrer Lutze, übersichtlich und geschickt geordnet werden. Besonderes Interesse erregen die vor kurzem aus der Gegend von Thorn eingetroffenen Turnvereinsfahnen, die hierher geschickt worden sind, damit sie nicht den Polen in die Hände fallen. Sie haben, entrollt und mit Trauerflor geschmückt, im Museum Aufstellung gefunden, wo auch Fahnen der anderen Turnvereine aus den besetzten Gebieten, die ihre Tätigkeit haben einstellen müssen, gleichfalls aufbewahrt werden. Der Umbau des Jahnhauses wird noch manche Kosten verursachen. Ein zu dem Jahnhause gehöriges Nebengebäude wird voraussichtlich zu einer Jugend-Herberge eingerichtet werden.

‡ **Laucha,** 5. März. Der hiesigen Polizeiverwaltung gelang es, verschiedene auswärtige Schleichhändler festzustellen. Frischfleisch, Fett und Würste sollten nach Sachsen ausgeführt werden. Der Polizeiverwalter ließ sie an 15 hiesige Wöchnerinnen und erwartende Frauen abgeben. Ferner wurden zwei Frauen aus Leipzig gestellt, die Mehl in größerer Menge ausführen wollten. Die eine steht schon länger im Verdacht des gewerbsmäßigen Schleichhandels. Die Polizeiverwaltung steht auf dem Standpunkt, daß gegen das kleine Hamstern nichts einzuwenden ist, daß aber mit allen Mitteln gegen den Ankauf und Verkauf von Lebensmitteln zu Wucherpreisen, gegen den gewerbsmäßigen Schleichhandel vorgegangen werden muß.

Handel und Verkehr.

Ein Zukunftsbild der deutschen chemischen Industrie.

Das Pariser „Journal“ hat seinen Mitarbeiter Lucien Chasseigne zu einer wirtschaftlichen Studienreise nach Deutschland entsandt und veröffentlicht jetzt seinen ersten Bericht. Die erste deutsche Fabrik, die er schildert, ist die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen. Er führt die Zahlen der letzten Jahre an, um die gewaltige Ausdehnung und das Gedeihen des Unternehmens zu kennzeichnen. Er wendet sich dabei an ihren Direktor Bosch, um ihn über seine Zukunftspläne zu befragen. „Sie wissen doch,“ sagte er zu ihm, „daß jedes der Völker der Entente, das sich allerdings in der chemischen Industrie von Deutschland früher hatte überflügeln lassen, die verlorene Zeit schnell einholen mußte, und daß unter dem Zwang der nationalen Verteidigung Frankreich, Italien, England, die Vereinigten Staaten Fabriken gegründet haben, die ihnen bisher zur Erzeugung von Explosivstoffen dienten, in denen sie aber fortan Farbstoffe und organische Produkte herstellen werden. Der Weltmarkt, auf dem Sie den ersten Platz einnehmen, wird sich also unbedingt schließen, und trotzdem erhöhen Sie Ihr Kapital zu einer phantastischen Höhe. Was wollen Sie also tun? Welche neuen Wege sehen Sie vor sich?“ Direktor Bosch warf einen Blick auf seine Mitarbeiter, die ihn umgaben, und antwortete lächelnd: „Wir denken einfach daran, mit aller Leidenschaft zu arbeiten. Die Zukunft der chemischen Industrie kennt keine Grenzen. Es gibt kein natürliches Produkt, das bei der nötigen Ausdauer nicht auch industriell herzustellen gelänge. Darauf werden wir unsere Anstrengungen richten. Die Farbstoffe, die uns bis heute vor allem beschäftigt hatten, stellen nur einen winzigen Zweig unter denen dar, die unsere Aufmerksamkeit anziehen können. „Zum Beispiel?“ fragt der Franzose. „Da gibt es zunächst die Herstellung im großen von Düngesalzen mit Hilfe des Verfahrens von Haber, das wir ganz durchbilden konnten, dann das Studium der natürlichen Gummi, u. a. des Kautschuk, bei dem wir auch dem Ziele nahe sind. Ferner kommt die Erzeugung der Eiweißstoffe in Betracht, die die menschliche Ernährung revolutionieren kann. Ein ungeheures Feld eröffnet sich vor uns, dessen Grenzen niemand absehen kann. Wir werden uns unverzüglich an seine Erforschung machen.“ „Aber Ihre Versorgung mit Rohstoffen?“ warf der Franzose ein. „Sie ist völlig gesichert. Unsere Ruhrkohlen geben uns das nötige Benzol, wir haben Schwefelkies für unsere Schwefelsäure, wir können jetzt Salpetersäure aus der Luft ziehen, morgen werden wir synthetischen Alkohol machen.“ „Indessen wird Ihnen eine scharfe Konkurrenz begegnen.“ „Wir werden ihr furchtlos entgegentreten. Wir haben 60 Jahre der Erfahrung und Arbeit hinter uns. Wir werden vor allem durch die Qualität unserer Erzeugnisse und auch durch eine immer engere Verbindung zwischen unseren Kunden und uns zu wirken suchen. Unsere Ingenieure, unsere Techniker werden unsere Handelsreisenden sein, die zu den Textilfabrikanten, den Färbern, den Metallindustriellen gehen und nach ihrem Bedarf fragen und ihn studieren, die besten Lösungen dafür suchen und einrichten werden. Wir wollen mit unserer Wissenschaft und unserem guten Willen kämpfen. Keine Mühe wird uns zu groß sein.“ „Ich wünschte,“ fügte Chasseigne hinzu, „unsere großen Industriellen hätten diese Worte sprechen hören. Man muß sie wohl bedenken. Man muß damit rechnen, daß ihnen die Taten folgen werden, und daß man nur mit Taten darauf antworten kann.“

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

§ **„Der kleine Roman“** (Preis des Heftes 50 ₰, vierteljährlich 10 M — Verlag H. S. Hermann & Co. in Berlin) bringt in seiner neunten Nummer die Erzählung „Wintergespinst“ von Moritz Heimann. Mit außerordentlicher Feinheit schildert hier der Dichter das tragische Schicksal eines Knaben, der zwischen einer tapferen Mutter und einem im Trunk verkommenen Vater aufwächst, fälschlich des Diebstahls beschuldigt und in seiner Reinheit erkannt wird, dann im Eise einbricht und ertrinkt. Als heiteren Abschluß bringt der Band — ebenfalls von Moritz Heimann — die humoristische Erzählung „Mister Tullers Respekt“.

§ Von dem illustrierten Sammelwerke **„Die Befreiung der Menschheit“** (Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin W 57) sind soeben die Lieferungen 7, 8, 9 und 10 erschienen. In einer Serie von Aufsätzen „Radikalismus und Anarchismus“, „Revisionismus und Radikalismus im Wettstreit“ und „Der Gewerkschafts- und Genossenschaftsgedanke“ gibt Paul Kampffmeyer eine Charakteristik der Vorkämpfer für die Interessen der Arbeiterklasse, erörtert die Frage der Eroberung der politischen Rechte durch die Arbeiterschaft und schildert die Entwicklung der Gewerkschaften und Genossenschaften. Im Anschluß daran behandelt Eduard Bernstein in seinem aufschlußreichen Beitrag „Die mechanistische und die organische Idee der Revolutionsgewalt“ die beiden Strömungen in der sozialistischen Bewegung, von denen die eine im wesentlichen auf das Aufbauen, die andere auf das Niederreißen gerichtet ist. Gleichzeitig bringen die Lieferungen aus dem historischen Teil des Werkes eine Abhandlung Leo Blochs über „Die politischen Revolutionen im Altertum“. In dem Beitrag „Das Bürgertum im Mittelalter“ schildert Arthur Ernst Rutra die Entwicklung der Städte und die soziale Bedeutung des Bürgertums. Zahlreiche Illustrationen, Reproduktionen von Flugblättern, Karikaturen, Gemälden und Kupferstichen beleben und ergänzen den interessanten Text.

Billiges Samen-Angebot
in guter keimfähiger Ware:
Möhren-Samen (abgerieben); lange rote Braunschweiger und gelbe Lobbericher, a Pfund 6.50 Mark; Kohlrabi (blauer Wiener Glas), a Pfund 15 Mark; Zwiebel (gelbe Zittauer Riesen), a Pfund 22 Mark; Kohlrüben (gelbe Schmalz), a Pfund 6 M., hat abzugeben
Fritz Sack, Mühlberg 5.

Von Sonntag früh ab steht ein Transport
futterfeste
Absatz-Ferkel
preiswert zum Verkauf. Weisse Mauer 1.

Rotklee-Samen
verkauft
Spergau, Dürrenberger Str. 8.

Kleesamen (Dreiblatt)
abzugeben Kravendorf 20

Kleine Anzeigen
finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent“.

Geschlechts-Kranke!
Rasche Hilfe — Doppelte Hilfe!
Harnröhrenleiden, frischer u. veralt. Ausfluß, Heilung in kürzester Frist, Syphilis, ohne Berufsstörung ohne Einspritzung und andere Gifte, Mannesschwäche, sofortige Hilfe. Ueber jedes der 3 Leiden ist eine ausführl. Broschüre erschienen mit zahlr. ärztl. Gutachten u. Hunderten freiwill. Dankschreiben Geheilter. Zusendung gegen 1 Mk. in Marken für Porto und Spesen in verschlossenem Kuvert ohne Aufdruck durch Spezialarzt Dr. med Dammann, Berlin 932 Potsdamerstr. 123 B. Sprechstunden: 9–11, 2–4 Uhr, Sonntags von 10–11 Uhr. Genaue Angabe des Leidens erforderlich, damit die richtige Broschüre gesandt werden kann.

Eine glückl. Zukunft Jedem
der
„Handschriften“
deuten läßt.
Voreinsendung v. 3.20 M., auch in Marken, an
L. Schmidt, Weißenfels, Nicolaistr. 2 I.

Amtliche Bekanntmachungen für den Kreis Merseburg.

Stück 19 Merseburg, 6. März 1920

116] **Beherbergung russischer Kriegsgefangener.**

Es ist beobachtet worden, daß Kriegsgefangene Russen des Gefangenenlagers Merseburg, wenn sie die Zeit zur Rückkehr ins Lager verpaßt haben, in Gasthäusern, anderen Absteigequartieren oder bei Privatpersonen (z. B. früheren Arbeitgebern) in Merseburg, oder Orten der Umgebung, Unterkommen für die Nacht finden und erst am nächsten Morgen ins Lager zurückkehren.

Durch die Unterstützung der Russen im Ueberschreiten und Umgehen der gegebenen Aufsichtsvorschriften leistet die Bevölkerung bewußt oder unbeabsichtigt der Unbotmäßigkeit und Disziplinlosigkeit unter den Kriegsgefangenen Vorschub. Dadurch wird die öffentliche Ruhe und Sicherheit dauernd gefährdet und die Allgemeinheit wie der Einzelne unter Umständen schwer geschädigt.

Ich ersuche im Interesse der öffentlichen Sicherheit, russische Kriegsgefangene nicht über Nacht zu beherbergen.

Merseburg, den 29. Februar 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Küriten.

117] **Wochenfettmenge.**

In der Woche vom 7. März bis 13. März 1920 kommen für Merseburg-Land folgende Fettmengen zur Verteilung:
auf gewöhnliche Fettmarken 100 Gramm,
auf Zusatzfettmarken 50 Gramm.

Merseburg, den 5. März 1920.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

118] **Betrifft Ausschlußfrist für Entschädigungsanträge von Betrieben an das Reich.**

Runderlaß vom 7. März 1918 (III 13 9 I 1874), 10. Juni 1918 (III 3471 I 4622), 14 Dezember 1918 (III 7211).

Die beschleunigte Geltendmachung der aus Anlaß des Krieges oder infolge der Durchführung der Übergangswirtschaft an das Reich zu richtenden Forderungen ist durch die Verordnung der Reichsregierung über die Abgeltung von Ansprüchen gegen das Reich vom 4. Dezember 1919 (R.-G. Bl. S. 2146) allgemein geregelt worden. Die im § 4 dieser Verordnung für die Anmeldungen von Forderungen gesetzte Ausschlußfrist von 3 Monaten nach Inkrafttreten der Verordnung, die mit dem 30. März 1920 abläuft, erstreckt sich gemäß § 8 a. a. O. auch auf Forderungen für die Entschädigung der infolge Kohlenmangels feiernden Arbeiter und Arbeiterinnen kriegswichtiger Betriebe der Rüstungs- und Ernährungsindustrie auf Grund der Bestimmungen des Bundesrats vom 31. Januar 1918 (Zentralblatt für das Deutsche Reich Nr. 5 vom 1. Februar 1918).

Ansprüche auf Grund dieser Bestimmungen des Bundesrats können nach Ablauf des 30. März 1920 nicht mehr geltend gemacht werden. Wenn der Inhaber des Anspruchs bei Inkrafttreten der Verordnung vom 4. Dezember 1919 (R.-G.-Bl. S. 2146), d. i. am 30. Dezember 1919, seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland gehabt hat, so beträgt die Anmeldungsfrist 2 Jahre, läuft also mit dem 30. Dezember 1921 ab. Zur Wahrung der Frist genügt die schriftliche Anmeldung bei einer amtlichen Stelle. Im übrigen wird auf § 4 Abs. 3 bis 5 der Verordnung vom 4. Dezember 1919 hingewiesen.

Berlin W 9, den 31. Januar 1920.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Veröffentlicht!

Merseburg, den 4 März 1920.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

Stadt Merseburg.

14] **Anschlüsse an das städtische Elektrizitätswerk.**

Die Fälle von sogenannten wilden Installationen elektrischer Anlagen, das heißt Installationen, welche dem Elektrizitätswerk weder gemeldet noch von einem zugelassenen Installateur ausgeführt sind, häufen sich in letzter Zeit besonders.

Wir weisen erneut darauf hin, daß dieses Verfahren verboten ist und daß das Elektrizitätswerk in jedem Falle, der bekannt wird, rücksichtslos die Stromentziehung vornehmen wird. Diejenigen Verbraucher, welche ihre Anlagen von Installateuren ausführen lassen, welche ohne Erlaubnis des Magistrats arbeiten, schädigen sich selbst, da diese Anlagen nicht vorschriftsmäßig und teilweise mit gestohlenem Material hergestellt sind. Auch Monteure, die beim Elektrizitätswerk oder bei den zugelassenen Installateuren arbeiten, haben nicht die Berechtigung, Anlagen auf eigene Rechnung auszuführen. Es muß noch besonders betont werden, daß derartige Anlagen auch gegen die Vorschriften der Feuerversicherungsgesellschaften verstoßen, und daß die Versicherungen bei ausbrechenden Bränden in Häusern, in denen solche Anlagen vorgefunden werden, Schadenersatz ablehnen.

Ausreden, daß die zugelassenen Installateure oder überhaupt die Bestimmungen des Elektrizitätswerkes nicht bekannt sind, werden in keinem Falle als stichhaltig anerkannt. Wem die Bestimmungen nicht bekannt sind, steht das Elektrizitätswerk stets mit Auskünften zur Verfügung. Die begonnenen Prüfungen werden laufend fortgesetzt und jeder Anlage, deren Herstellung nicht durch einen zugelassenen Installateur nachgewiesen werden kann, ohne Weiteres der Strom entzogen.

Die zur Herstellung von Anlagen zum Anschluß an das Elektrizitätswerk berechtigten Installateure sind:

Günther Liebmann, Entenplan 6
Paul Rudolph, Lindenstraße 6
Fritz Wegner, Karlstraße 8
Paul Schlippe, Weiße Mauer 14
Paul Geheb, Delarue 5
Albert Köhler, Gotthardtstraße 33
Otto Stewich, Karlstraße 35
Stefan Kruk, Burgstraße 3
Max Friedrich, Domstraße 13
Otto Völkner, Friedrichstraße 16
Landelektrizität Saalkreis Bitterfeld, Halle a. S. Magdeburgerstr. 67

Merseburg, den 25. Februar 1920.

VIII. 72 20 Der Magistrat.

Geschäftsverkehr im Rathaus.

Für den Sprechverkehr sind geöffnet:
die Verwaltungsgeschäftszimmer vormittags 9—12½ Uhr,
die Kämmerei- und Steuerkasse vorm. 8—12 Uhr, Sonnabends 8—1 Uhr.

Merseburg, den 7. Oktober 1919. I 3251.19.

Der Magistrat.

Kassenstunden der städtischen Sparkasse.

Werktags 8—12½ Uhr vormittags,
außerdem Freitag nachmittag 3—4 Uhr.

Merseburg, den 28. Oktober 1919.

X 559.19. Der Magistrat.

Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Anzeigen.

Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Freitag abend 6 Uhr starb nach kurzem schweren Leiden unser lieber Sohn, Bruder und Bräutigam

Paul Himmelreich

im Alter von 23 Jahren. Dies zeigen schmerzerfüllt an
Familie Hermann Drese.
Emma Strauch, als Braut.
Merseburg, den 6. 3. 1920.
Weißenfelser Str. 6.
Die Beerdigung findet Dienstag nachmittags 3 Uhr von der städtischen Friedhofskapelle aus statt.

Einf. möbl. Zimmer mit 2 Betten u. Kochgelegenheit, poss. f. j. Ehepaar, zu verm. Weiße Mauer 24 II.

Besseres möbl. Wohn- und Schlafzimmer für 2 Herren zu vermieten. E. Wendel, Leunaer Str. 26.

Alleinstehende Dame sucht per sofort **1—2 Zimmer.** Offert. unt. 596 an die Exp. d. Bl.

Nürnberger Monteur sucht **möbl. Zimmer od. Schlafstelle** Off. unt. 610 a. d. Exp. d. Bl.

Möbliertes Zimmer für 2 Herren gesucht. Off. unt. 613 an die Exped. d. Bl. erb.

Junges, anständig. Mädchen sucht möbliertes Zimmer od. Schlafstelle. Off. unt. 611 a. d. Exp. d. Bl.

Wohnungstausch! Hausmanns-Wohnung gegen größere Wohnung umzutauschen. Offert. unt. 616 an die Exp. d. Bl.

Baustelle in schönster Lage, hier, verkauft Carl Herfurth.

Restaurations- oder Geschäftsgrundstück in guter Lage bei hoher Anzahlung zu kaufen gesucht. Off. unter L. P. 366 an Rudolf Mosse, Plauen i. V.

20 000 Mark auf 10 Morg. Feld, zum 1. 4. zu 4%, gesucht. Wiegand, Wälzerstraße 8.

Für die zahlreichen Aufmerksamkeiten anläßlich unserer Vermählung sagen

herzlichsten Dank

Fritz Peter und Frau
Marta geb. Kreuslich.
Zöschen, den 6. März 1920.

Kurt Endler und Frau
Hanny geb. Wenzel
grüssen als Vermählte.
Merseburg, Karlstrasse 10, den 6. März 1920.

Nachruf!

Nach längerem Leiden verstarb am Freitag unser lieber Kollege, der Maschinenbauer

Ernst Woche

im Alter von 28 Jahren.
Ein die Interessen des Verbandes allezeit würdig vertretendes Mitglied ist mit ihm leider allzufrüh dahingeschieden.
Er ruhe in Frieden!
Merseburg, den 6. März 1920.
Verband der Deutschen Buchdrucker.
Ortsverein Merseburg.
Die Beerdigung findet Montag nachm. 2 Uhr von der Leichenhalle des Altenburger Friedhofes aus statt. Die Mitglieder werden gebeten, sich zahlreich einzufinden.

Nachruf!

Am 4. d. M. verschied
Herr Rentier

Bruno Becker

Merseburg
stellv. Vorsitzender unseres Aufsichtsrats.
Herr Becker gehörte 50 Jahre unserer Genossenschaft und hiervon über 25 Jahre unserem Aufsichtsrat an. Während dieser langen Zeit war er uns in selbstloser Weise ein treuer Berater und werden wir seinen Namen hoch in Ehren halten.
Merseburg, den 5. März 1920.
Vorstand und Aufsichtsrat der Merseburger Vereinsbank E. G. m. b. H.

Nachruf.

Am 3. März starb unser Mitarbeiter, der Eisenhobler

Christian Kuhne

im Alter von 76 Jahren.
Sein biederer Charakter und offenes, ehrliches Wesen sichern ihm bei uns ein dauerndes Gedenken.
Merseburg, den 5. März 1920.
Die Arbeiterschaft der Fa. Th. Groke A.G.

Ein Winterpaletot dunkelbl. Eskimo m. Kammgarn-Futter, für größ. Fig., sehr gut erh., 1 gold. Damenuhr mit Kette preisw. z. verk. Z. erfr. Neumarkt 46, i. Laden

6 Meter schwarzen Kleiderstoff zu verkaufen Neumarkt 4.

Ein neuer Zylinder (Chapeau Claque) Gr. 55 zu verkauf. od. geg. Gr. 57 zu tausch. Daselbst sind auch 1 Paar Halbstiefel zu verkaufen. Zu erfrag. Neumarkt 34, Hof, 1 Tr.

1 P. Damenschuhe (Gr. 35, für Konfirm. poss.), zu verkaufen Neumarkt 72, 1 Tr.

1 Paar ganz neue Kinderschuhe, Größe 21, und 1 Paar wenig getr. Kinderschuhe, Gr. 20, zu verk. Preußerstr. 10, pt. l.

Ein Paar Halbstiefel zu verkaufen Hackethraße 1, 1 Tr.

Schwarze elegante neue **Herrenstiefel** (Größe 40) zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Militärschuhe, neu, Gr. 28, gegen Stiefeln einzutauschen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Nutz- und Brennholz-Auktion.

Dienstag, den 9. März, vorm. von 9 Uhr ab sollen im Zöschener Ritterguts forste folgende Brenn- und Nutzhölzer meistbietend versteigert werden:
ca. 620 Rmtr. Abraum- und Unterholz,
„ 65 „ Scheite.
Vormittag von 11 Uhr ab:
10 Eichen mit ca. 5 Festmtr. 5 Weißbuchen mit ca. 1½ Festmtr.
20 Eschen „ „ 6 „ 1 Linde „ „ 70 „
25 Rüstern „ „ 10 „ 6 Pappeln „ „ 2 „
F. Laube.

// Ich kaufe laufend //

alle Arten Felle

Häute

Schafwolle usw.

zu den jeweils höchsten Tagespreisen.

Albrecht, Unter-Altenburg Nr. 18.

Mein Seifengeschäft befindet sich jetzt

Roßmarkt Nr. 3, im Laden.

Prima Waschseifen in allen Preislagen, sowie Schmierseife und Seifenpulver.
Franz Schneider

Achtung! Zum Markt bringe einen großen Posten **Achtung!**

Bilder aller Art

sowie Kunstblätter, Eisenreichen, Sommerluft und vieles andere mehr, Bilderrahmen nim. billigst zum Verkauf. (Bilder und Maß nicht vergessen!)
M. Türpe, Leipzig, Hohe Straße 42 (zur Messe an der Straßenbahn-Haltestelle). — Stand vor dem Rathaus.

Zum Jahrmarkt!

Sehr gut verkäufl. Wirtschafts-Artikel an Händler sofort abzugeben. Hohe Verdienstmöglichkeit. Zu erfragen in der Expedition d. Bl.

Meiner verehrten Kundschaft von Merseburg und Umgebung zur gefälligen Kenntnis, dass ich das Geschäft meines verstorbenen Mannes

Adler-Drogerie Kurt Atzel

in unveränderter Weise fortführe.

verw. Anna Atzel.

Merseburg, den 6. März 1920.

Funke & Scherz
vormals Theodor Lücke
Merseburg Tel. 616 — Sangerhausen Tel. 475
sind ständig Käufer größerer und kleinerer Posten
Hülsenfrüchte, Feld-Sämereien sowie sonstig. Landesprodukten

Leipziger Lebens-Versicherungs-Gesellsch. a. G. (Alte Leipziger)
Gegründet 1830 Leipzig Dittrichring 21
Versicherungsbestand
1 Milliarde 220 Millionen Mk.
übernimmt Versicherungen unter **günstigen Bedingungen** gegen **billigste Beiträge.**
Kostenlose Auskunft erteilen die Vertreter:
Kaufm. **Max Steckner**, Am Neumarktstor 2,
Kaufm. **Georg Haupt**, Meuschauer Strasse 19.

Anzeigen erzielen den **größten Erfolg** in dem am meisten gelesenen **„Merseburger /// // Korrespondent"**

Prima Saatgerste

Bethges II 2. Absaat
Hanna 2. Absaat
gegen Saatkarte abzugeben.
Landwirtschaftl. Konsumverein E. G. m. b. H.
Merseburg Weißenfelser Str. 13

Jeder Deutsche, der zur Verringerung des Bargeld-Umlaufs beiträgt, stärkt die wirtschaftliche Kraft des Vaterlandes; ein jeder benutze deshalb für seine Zahlungen ein Postscheck-, Bank- oder Sparkassen-Konto.

Auskunft erteilen kostenlos:
das Postamt,
Bankhaus Friedrich Schulze,
Mitteldeutsche Privat-Bank A.-G., Zweigniederl. Merseburg,
Sächsische Provinzialbank, Landeshaus,
Städtische Sparkasse,
Sparkasse des Kreises Merseburg,
Merseburger Vereinsbank E. G. m. b. H.

---

1 P. Kinderschuhe, für 1½jähr. K. poss., zu verkaufen Hallesche Straße 56.

Neue Credenz zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Gut erhaltener Tisch und Bettstelle zu verk. Zu erfr. i. d. Exp. d. Bl.

Badeeinrichtung gut erh., 3 Leitern, 1 Vogelkäfig, neu, 1 K. Herrenhut, fast neu, Gardinenstangen, 1 Küchenbrett, 3 Gazefenster zu verk. Z. erfr. i. d. Exp. d. Bl.

Gebr. Kinderwagen bill. zu verkaufen An der Geisel 5.

Ein gut erhaltener Kinderwagen zu verkaufen Leunaer Str. 26.

Bringmaschine (neu) verkauft Unter-Altenburg 4.

1 Herren- u. 1 Damen-Fahrrad (Brennabor) ohne Bereifung und **1 photograph. Apparat** (6½×9, für Anfänger) zu verkaufen Lindenstraße 3, 1 Tr.

6 vollständige Bände **Meyers Lexikon** zu verk. Besicht. Sonnt. vorm. 10—11 Uhr. Gutenbergstr. 5, II

Marmorplatte, auf Nachttischchen passend, zu verkaufen Brühl 9.

Eiserne Egge und eiserne Saategge zu verkaufen Atzendorf Nr. 27.

Groß. weißes Ziegenfell verkauft Neumarkt 33, 2 Tr.

4 lange Rüstern zu verkaufen Meuschau 68.

Transportabler wetterfester **Hühner-Stall** 2 m breit u. hoch, 1 m tief, billigst zu verkaufen Hallesche Str. 39, Hof.

Großer vierteiliger **Kaninchenstall** mit Doppeltüren zu verkaufen Schiesweg Nr. 1.

Kaninchenstall, 3teilig, zu verk. Karlstraße 1, 3 Tr.

30 Kaninchen (2 tragende, 1 mit Jungen) zu verkaufen Gerichtsrain 9.

4 Stück ¼jähr. Kaninchen zu verk. Zu erfr. i. d. Exp. d. Bl.

Kaninchen zu verk. Hallesche Str. 61, pt.

12 Stück kleine Gänse zu verk. Meuschau Nr. 63.

Zwei große **Hofhunde** sind zu verkaufen Roßmarkt Nr. 23.

Eine Färse 1¾ Jahr alt, zu verkaufen Großkayna Nr. 9.

Gebr. Knaben-Anzug (12 J.) zu kaufen gesucht. Off. unt. 615 an die Exped. d. Bl.

Sitz- und Liegewagen und ½ Morgen Land zu kauf. ges. Off. u. 614 a. d. Exp. d. Bl.

Fahrrad mit oder ohne Bereifung, wenn auch defekt, zu kaufen gesucht. Offerten unter 612 an die Expedition d. Bl.

Gut erhalt. Hobelbank zu kaufen gesucht Schmale Straße 3.

Geldschrank gesucht. Ausführl. Beschreibung, Maße und Preis unter 588 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Jeden Posten zerbrochene od. unbrauchbare Grammophon-Schallplatten kauft Weißenfels, Str. 35, p.

Elektro-Motore, Gleich- od. Drehstr., von ¼ PS = 6 PS zu kaufen gesucht. Angeb. erb. u. 586 an die Exp. d. Bl.

Altmetalle (Kupfer, Rotguß, Messing, Zink) kauft zu höchsten Preisen **H. Rosenthal** Metallgießerei Hallesche Straße Nr. 88.

Flaschen zu höchsten Preisen kauft **Flaschensammellager** Hamburg, Süderstr. 123/25. Ankäufer gesucht.

Mohrrüben für Speise- und Futterzwecke sowie **Futterrüben** hat wieder abzugeben E. Weißhahn, Neumarkt, Telephon 486.

Futter-Rüben, Speise- und Futter-Möhren eingetroffen Wagnerstraße 8.

Ein kleiner Posten **Apfelbäume** (beste Sorten) sind verkäuflich Leunaer Straße 12.
Daselbst ist eine große Partie **Brennholz** (Baumausputzholz, gute Abfuhr), desgl. größere u. kleinere Hackeklötze zu verkaufen.

Nur für Kenner! Shagtabak (reine Überseeware), 100 gr 7.25 M., Mittelschnitt, 100 gr 6.50 M., empfiehlt Paul Horn, Ob.-Altenburg 17, II.

Straßenbesen Stubenbesen Scheuerbürsten gute Qualität, solide Preise, empfiehlt E. Renner, Markt 18, 1 Tr.

Für die Hausschneiderei unentbehrlich
NADM Schnitte
Schnittmuster vorrätig bei Frz. Hildebrandt, Kl. Ritterstr. 13.

Zahn-Atelier Hubert Totzke Markt Nr. 19 Sprechzeit 8 bis 6 Uhr

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200307-18/fragment/page=0008

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich 2,10 Mk. Vierteljährlich 6,30 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen 6,30 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Landboten 6,60 Mk. frei Haus. Einzelnummer 20 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 25 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 57 | Sonntag den 7. März 1920 | 46. Jahrg.

Revision des Versailler Friedens?

In letzter Zeit mehren sich die Anzeichen dafür, daß die Kreise innerhalb der Entente, die für eine Revision des Friedens von Versailles eintreten, an Einfluß gewinnen. Zwar kommen aus Frankreich nur wenig Meldungen über eine Sinnesänderung, die wenigen französischen Persönlichkeiten, die sich im Sinne einer Völkerversöhnung und -verständigung ausgesprochen haben, können immer noch nur als weiße Raben gelten. Anders liegen dagegen die Dinge in Italien und vor allem in England.

Die englische Politik während des Krieges hat gewiß von allen Mitteln der Verhetzung Gebrauch gemacht, um die Bevölkerung zu jenen Leistungen zu bringen, die zur Kriegführung unbedingt notwendig waren. Der Erfolg ist dieser Politik nicht versagt geblieben, die Bevölkerung des Inselreiches hat „durchgehalten". Sofort nach dem Abschluß des Waffenstillstandes organisierte dann Lloyd George Neuwahlen, mit dem Erfolg, daß durch die Hurrastimmung der alte Liberalismus und die Arbeiterpartei an die Wand gedrückt wurden. Allmählich scheint aber England nun aus dem Kriegswahnsinn zu erwachen. Hatte Lloyd George noch den Wählern die völlige Ausplünderung Deutschlands in Aussicht stellen können, das Deutschland, das man auspressen werde wie eine Zitrone, bis man die Kerne krachen hört, und dessen Kaiser man im Tower den Prozeß machen und aufhängen werde, so greift jetzt die Ernüchterung immer mehr Platz. Der Sieg ist zwar glänzend, hat aber doch für die Bevölkerung nicht die Folgen, die man erhofft hatte. Vor allem geht das Wettrüsten in einem alles bisherige weit übersteigenden Tempo zu Wasser und zu Lande weiter, es ist bis heute noch nicht gelungen, mit Rußland einen Frieden abzuschließen. Hinzu kommt die ungeheure Verschuldung Englands an Amerika und die Entwertung des englischen Geldes. Allgemeine Teuerung, Wohnungsnot und Verkehrselend sind auch dem britischen Reich keine fremden Begriffe geblieben, wenn auch natürlich England nicht im entferntesten etwa so an den Kriegsfolgen zu leiden hat, wie Deutschland. Alle diese Dinge tragen dazu bei, daß man sich in England von der chauvinistischen Hurrapolitik ab- und dem Liberalismus zuwendet. Der englische Liberalismus aber nimmt eine Stellung ein, die geeignet ist, die Kluft zwischen Siegern und Besiegten allmählich wenigstens zu überbrücken. Der englische Liberalismus hat auch eingesehen, daß die Erfüllung des Vertrages von Versailles ein Ding der Unmöglichkeit ist. Bei der Eröffnung des englischen Parlaments am 10. Februar schloß sich der Führer der englischen Liberalen, Maclean, der sehr herben Kritik, die die Arbeiterpartei am Versailler Vertrage übte, an und brachte einen Antrag ein, in dem es u. a. heißt: „Das Unterhaus macht die Krone darauf aufmerksam, daß die Minister Ihrer Majestät noch nicht eingesehen haben, daß die Erfüllung der Friedensbedingungen für unsere ehemaligen Feinde unmöglich sei." Den sichtbarsten Ausdruck für das Erstarken des englischen Liberalismus bildet die kürzlich vollzogene Wiederwahl von Asquith in das Parlament. In diesem Wahlkampf hat die Regierungskoalition kaum eine Beteiligung versucht, so daß er sich im wesentlichen zwischen Asquith und der Arbeiterpartei abspielte. Asquith hat aus seinem Standpunkt keinen Hehl gemacht und betont, daß die Ostgrenzen der mitteleuropäischen Staaten nur provisorischen Charakter hätten. Er hat auch richtig erkannt, daß die aus der österreich-ungarischen Monarchie hervorgegangenen neuen als nicht wirtschaftlich betrachtet werden können, und er hat darauf hingewiesen, daß man von Deutschland nicht eine zu große Summe verlangen dürfe, und daß es nötig sei, diese Summe sofort bekannt zu geben.

In den englischen Regierungskreisen rechnet man wohl mit dieser Änderung der Stimmung und alle Nachrichten lassen erkennen, daß wir tatsächlich mit einer Schwankung in der englischen Politik zu rechnen haben. Der neuernannte englische Botschafter in Washington, Sir Auckland Geedes, erklärte beispielsweise einem Korrespondenten gegenüber, England werde bei der Friedenskonferenz die absolute Notwendigkeit betonen, Deutschland zu helfen, sich wieder empor zu arbeiten. Andere Nachrichten gehen noch weiter und das Pariser Blatt „La Presse" glaubte sogar, einen Beschluß des Obersten Rates mitteilen zu können, der sich für eine Hilfe für Deutschland ausspricht. Man wolle Deutschland die Mittel in die Hand geben, seine Industrien wieder aufzubauen und das französische Blatt fügt hinzu, daß dieser Beschluß eine vollständige Revision des Friedensvertrages bedeute. Auch der „Evening Standart" spricht von einem Beschluß, nach dem Deutschland mehr Rohstoffe erhalten müsse. Alle Blätter sind sich darüber einig, daß den Wirtschaftsberatungen des Obersten Rates die größte Bedeutung zukomme, das gehe schon daraus hervor, daß die Premierminister der beteiligten Staaten in diesem Wirtschaftsrat säßen, während die Erledigung der politischen Fragen den Botschaftern vorbehalten bleibe. Diese Beratungen des Obersten Rates finden in London statt und es ist durchaus wahrscheinlich, daß sich der englische Standpunkt gegenüber dem französischen durchsetzen wird. Die Vertreter Frankreichs nämlich widersetzen sich diesem englischen Standpunkt und die französischen Forderungen laufen weiter darauf hinaus, daß Deutschland restlos die Bestimmungen des Versailler Vertrages durchführen müsse.

Der englische Standpunkt muß schon deshalb den Sieg davontragen, weil, darüber kann ja gar kein Zweifel bestehen, der Vertrag von Versailles für Deutschland einfach undurchführbar ist. Trotzdem erscheint es gut, vor großen Hoffnungen auf eine baldige und weitgehende Revision des Friedens zu warnen. Vor allem ist es gefährlich, anzunehmen, daß eine solche Revision des Friedensvertrages nur um der schönen deutschen Augen wegen erfolgen werde. England weiß natürlich sehr genau, was es tut, wenn es für eine Abänderung der unmöglichen Friedensbestimmungen eintritt. Sehr klar kommt das zum Ausdruck in einem Londoner Telegramm des „Petit Journal", in dem berichtet wird, die englische Politik stelle sich seit einiger Zeit auf den Standpunkt, man müsse aus Rußland alles herausholen, was an Nahrungsmitteln und Rohstoffen herausgeholt werden könne, und man müsse aus Deutschland die große Fabrik machen, in der diese Rohstoffe verarbeitet würden.

Die britische Politik hat sich noch niemals durch Selbstlosigkeit ausgezeichnet, wie denn dieser Begriff im politischen Leben ja überhaupt wohl unbekannt ist. England hat während des Krieges sehr zielbewußt und klar seine Politik darauf gerichtet, den gefährlichen Rivalen auf dem Kontinent zu erdrücken. Es wird mit allen Kräften dahin streben, ein Emporkommen dieses Rivalen zu verhindern. Nur die Einsicht, daß es ihm allein unmöglich ist, den Kampf gegen den neuen Konkurrenten Amerika durchzufechten, und die Einsicht, daß Europa nicht gesunden könne, so lange der Kern, Deutschland, krank ist, kann England veranlassen, für eine Revision des Friedens von Versailles, dessen Undurchführbarkeit für jeden Einsichtigen klar auf der Hand liegt, einzutreten. Europa wird gemeinsam leben oder sterben. Ein gesundes Europa aber ist nur denkbar mit einem gesunden Deutschland.

W. A.

Zum Wiederaufbau Europas.

Rotterdam, 5. März. (Priv.-Tel.) „Times" melden, daß das Manifest über die Teuerung und den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas, das der Oberste Rat aufgesetzt hat, augenblicklich der französischen Regierung zur Genehmigung vorliegt. Nitti schlägt vor, daß alle an Deutschland gestellten Forderungen der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschland untergeordnet werden sollen. Es wurde jedoch der französische Abänderungsantrag, daß der Wiederaufbau der verwüsteten französischen Gebiete mindestens das gleiche Interesse bei den Alliierten zu beanspruchen habe, schließlich angenommen.

Wie der Corriere della Sera meldet, hat der Oberste Rat der Alliierten dem Vorschlag des italienischen Ministerpräsidenten Nitti für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands zugestimmt. Deutschland erhält danach die Erlaubnis zur Aufnahme einer Anleihe in den alliierten und neutralen Ländern im Betrage von 30 bis 40 Milliarden. Von diesen bleiben 12 Milliarden vorberechtigt für den Einkauf von Lebensmitteln und Rohstoffen.

Der Präsidentschaftskandidat der Rechtsparteien.

Berlin, 6. März. (T.-U.) Wie uns gemeldet wird, wird schon in nächster Zeit ein Aufruf von führenden Männern und Frauen der vaterländischen Kreise ergehen, der zur Wahl des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg zum Reichspräsidenten vorbereiten soll. Es besteht Grund zu der Annahme, daß der Feldmarschall die Wahl annehmen wird. (Es ist dies nur eine Wiederholung einer schon vor einiger Zeit von den Rechtsparteien in die Diskussion geworfenen Präsidentenagitation. Damit haben wir schon zwei Kandidaten: Dr. Damaschke und v. Hindenburg. D. R.)

Frankreich behält „Kriegsbeschuldigte".

Berlin, 6. März. (Priv.-Tel.) Die „P. P. N." berichten, daß Frankreich 900 Kriegsgefangene zurückbehalte, bis die gegen sie angestrengten Prozesse erledigt seien.

Protest gegen die französischen Verhaftungen.

Berlin, 6. März. (Priv.-Tel.) Gegen die Verhaftung von Persönlichkeiten im besetzten Gebiet durch die Entente wegen angeblicher Kriegsverbrechen waren vom Reichskommissar Vorstellungen bei der Rheinlandkommission erhoben worden. Wie jetzt verschiedenen Blättern aus Koblenz berichtet wird, ordnete die französische Regierung an, daß dem Befehl zur Verbringung der Verhafteten nach Frankreich keine Folge zu geben sei.

Die deutsche Kommission für Rußland.

Berlin, 6. März. (Priv.-Tel.) Wie nach verschiedenen Blättern verlautet, würde der Führer der deutschen Delegation, die nach Moskau geht, Generaldirektor der A. E. G. Walter Rathenau sein.

Immer wegen Kohlenmangel . . .

Kuxhaven, 6. März. (T.-U.) Die Einstellung der Zufuhren ist nunmehr erfolgt, da wegen Kohlenmangel die Cuxhavener Fischdampferflotte untätig im Hafen liegen bleiben muß.

Frankreich will die Türkei erobern.

Paris, 6. März. (T.-U.) Die Londoner Pall Mall Gazette erklärt, es werde eine militärische Expedition nach der Türkei unternommen, deren Hauptkosten Frankreich tragen wird. (In Frankreich dürfte es gehen wie anderwärts. Hochmut kommt vor dem Falle. D. R.)

Wer wird Verwalter von Konstantinopel?

Haag, 6. März. (Priv.-Tel.) „Nieuwe Courant" meldet aus London: Lloyd George habe im Unterhause mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten keineswegs sich endgültig geweigert hätten, ein Mandat für Konstantinopel anzunehmen, sondern sich nur vorläufig von den Besprechungen über die türkische Frage zurückgezogen hätten.

Paris, 6. März. (Havas.) Lord Robert Cecil erklärte einem Pariser Journalisten gegenüber, daß er dafür sei, Frankreich ein Verwaltungsmandat über Konstantinopel unter Kontrolle des Völkerbundes zu übertragen. Er äußerte sich auch dahin, daß es endlich an der Zeit wäre, daß man die von Deutschland zu zahlenden Summen festsetze.

Streik der norwegischen Hafenarbeiter.

Christiania, 6. März. (T.-U.) Gestern abend ist in den westnorwegischen Häfen ein Teilstreik der Hafenarbeiter ausgebrochen, der alle Schiffe und Schiffsladungen betrifft. Die Veranlassung dazu ist ein Streik der Hafenarbeiter im Hafen von Bergen, der jetzt durch den teilweisen Ausstand der übrigen Hafenarbeiter unterstützt werden soll.

Ein britisches Gibraltar in der Ostsee.

Stockholm, 6. März. (T.-U.) Dagens Tidningen schreibt, daß es kein Geheimnis mehr sei, daß England von den Alandsinseln Besitz nehmen wolle, um dort ein britisches Gibraltar in der Ostsee zu errichten. Von diplomatischer Seite wird mit Bestimmtheit behauptet, daß alle Vorbereitungen dafür bereits getroffen seien, aus der Insel eine gewaltige Marinebasis zu machen. „Die Gefahr", so schreibt das Blatt, „kann nur mit Hilfe von Amerika von dem skandinavischen Reich abgewendet werden."

Rumänien nimmt den russischen Frieden an.

London, 6. März. (T.-U.) Die Times melden, daß der Ministerpräsident von Rumänien das Friedensangebot Sowjetrußlands angenommen habe.

Nach dem Frieden.

Die Absichten des Obersten Rates mit Deutschland.

Aus Paris wird gemeldet: Der italienische Ministerpräsident Nitti, der sich auf der Durchreise von London nach Rom drei Stunden in Paris aufhielt, empfing einen Mitarbeiter des „Matin" und gab ihm folgende Erklärungen: Wir sprachen in London von Deutschland und über die Notwendigkeit, dessen Industrie zu neuem Leben zu erwecken. Wir waren uns darüber einig, daß ein Land, das nicht die nötigen Rohstoffe hat und nicht kaufen kann, nicht in der Lage ist, zu produzieren und infolgedessen das nicht bezahlen kann, was es schuldig ist. Wenn wir deshalb beschlossen haben, Deutschland zu Hilfe zu kommen, so geschieht es im wirtschaftlichen Interesse Europas und es geschieht auch deshalb, damit Deutschland in der Lage sei, Frankreich jene Entschädigungen zu zahlen, auf die dieses berechtigten Anspruch hat. Wir haben eine Anleihe Deutschlands bei den neutralen Staaten in Aussicht genommen. Den Zeichnern dieser Anleihe werden die nötigen Sicherheiten durch die Wiedergutmachungskommission gewährt werden. Wir haben alle Mittel in Betracht gezogen, um das wirtschaftliche Leben Europas wieder in Gang zu setzen. Zu einer Beunruhigung Frankreichs ist kein Anlaß vorhanden.

Über das Maß der Deutschland zugedachten Hilfe und ihrer Verwendung glaubt der Mailänder „Corriere della Sera" folgendes berichten zu können:

Lugano, 6. März. Nach dem Sonderkorrespondenten des „Corriere della Sera" hat der Oberste Rat beschlossen, der deutschen Regierung zu erlauben, eine internationale Anleihe von 30 bis 40 Milliarden Mark in den neutralen und ehemals feindlichen Ländern aufzunehmen. Von diesem Betrage kann Deutschland 12 Milliarden Mark für den Ankauf von Nahrungsmitteln und Rohstoffen verwenden, um sich in den Stand zu setzen, den vollen Betrieb seiner Produktion wieder zu erreichen. Der Rest der Summe soll angeblich zugunsten der Alliierten für die Entschädigung verwendet werden, doch scheint das noch nicht festzustehen. In den Kreisen der Friedenskonferenz hofft man, daß diese internationale Anleihe in den mit Deutschland in Handelsbeziehungen stehenden neutralen Staaten eine gute Aufnahme finden wird und auch den zahlreichen Deutschen in Amerika willkommen ist, die zum wirtschaftlichen Wiederaufbau ihres Vaterlandes beitragen wollen.

Frankreichs Furcht vor Deutschland.

Aus Paris wird gemeldet: Die Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten und für Heeresangelegenheiten in der französischen Kammer hielten am Donnertag eine gemeinsame Sitzung ab, wobei Ministerpräsident Millerand ein ausführliches Exposé über die auswärtige Lage hielt. Der offizielle Bericht über diese Sitzung ist sehr knapp gehalten und es hat den Anschein, als ob Millerand nur mit äußerster Vorsicht alle jene Punkte berührte, die gegenwärtig den Komplex der internationalen Situation bilden. Über Kleinasien sagte er, daß die Lage dort äußerst delikat sei. Die aus englischen und amerikanischen Quellen stammenden Nachrichten über die Haltung der einheimischen Bevölkerung gegenüber den französischen Truppen sei mit großer Vorsicht aufzunehmen, aber in Kleinasien müsse tatsächlich mit größter Klugheit vorgegangen werden.

Was Deutschland anbelangt, so erklärte Millerand, daß der Verkehr zwischen den Ententekommissionen in Deutschland und den deutschen Behörden sich in durchaus korrekten Formen abspiele. Schwierigkeiten mache Deutschland bezüglich der Auslieferung des Kriegsmaterials, wobei den alliierten Kommissionen immer versichert werde, Kriegsmaterial, dessen Auslieferung verlangt würde, sei bereits zerstört worden. Millerand zweifelt nicht daran, daß dieses Kriegsmaterial irgendwo sorgfältig verborgen gehalten werde. Die Garantien Frankreichs gegenüber Deutschland, falls dieses die Ausführung von Bestimmungen des Versailler Friedens ablehne, liegen nach Mitteilung Millerands noch immer in der verlängerten Besetzung des linken Rheinufers. Auch wirtschaftliche Repressalien können in Anwendung kommen, ohne daß Deutschland dies als feindliche Absicht betrachten könne. Heute über acht Tage wird in der Kammer selbst die auswärtige Lage noch einmal besprochen werden.

Der aus Rußland und Polen zurückgekehrte General Massenet erklärte ferner [illegible] für auswärtige Angelegenheiten, die Pa[illegible] Wenn man den Weltfriede[illegible] Rußland durch Puffersta[illegible] Die Unabhängigkeit [illegible] ihm besonders wertv[illegible] und Vieh finden.

Holland [illegible] ab.

Nach ein[illegible] es in der Antwortnote [illegible] Note der Alliierten be[illegible]en Kaisers, die holländis[illegible]was ihr im vorliegenden [illegible] zu keinem anderen Sch[illegible]r Note vom 21. Januar [illegible]atte, dem Verlang[illegible] es zu den höchsten Pfl[illegible]inen Rechtsgrundsätzen [illegible] Reiches zu achten, darf[illegible]arauf hinzuweisen, daß[illegible]iche und der Gerechtigkei[illegible] Ehre unvereinb[illegible]ächte zulassen würde, die [illegible]m Gebiet befindlichen [illegible] Gesetze ihm zuerkennen. [illegible] Antwort aufrechterhalte[illegible]flicht bewußt, die ihr di[illegible]n Gebiete des Reiches a[illegible]t, als in dem der intern[illegible]egierung Ihrer Majestät bestrebt gewesen, [illegible]r ihre Pflicht vorschreibt, und wird es auch weiterhin tun. Sie weiß, daß sie in der Lage ist, ihre Souveränität auszuüben, um an Ort und Stelle genügend Vorsorgemaßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um die Freiheit des ehemaligen Kaisers den erforderlichen Beschränkungen zu unterwerfen. Sie vertraut darauf, daß diese Erklärungen, die den Beweis liefern, daß die Niederlande die Gefahr in Rechnung ziehen, die die Mächte fürchten, nicht verfehlen werden, ihre Besorgnis zu beseitigen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200307-18/fragment/page=0009